

DIE AUFTEILUNG EINES INFOLGE ARBEITSUNFALLES
ENTSTANDENEN PERSONENSCHADENS ZWISCHEN DEM
NACH DER REICHSVERSICHERUNGSORDNUNG IN SEINER
HAFTUNG PRIVILEGIERTEN UND EINEM WEITEREN
SCHÄDIGER

von

Günter Wiest
aus Augsburg



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41546208_0008

DIE AUFTEILUNG EINES INFOLGE ARBEITSUNFALLES
ENTSTANDENEN PERSONENSCHADENS ZWISCHEN DEM
NACH DER REICHSVERSICHERUNGSORDNUNG IN SEINER
HAFTUNG PRIVILEGIERTEN UND EINEM WEITEREN
SCHÄDIGER

Inaugural-Dissertation
der Juristischen Fakultät
der Friedrich-Alexander-Universität
Erlangen-Nürnberg



vorgelegt von
Günter Wiest
aus Augsburg

ALLE VORLESUNGEN SIND ZU BEZUGNEHMEN
UND SIND ZU BEZUGNEHMEN
UND SIND ZU BEZUGNEHMEN
UND SIND ZU BEZUGNEHMEN
UND SIND ZU BEZUGNEHMEN

ALLE VORLESUNGEN SIND ZU BEZUGNEHMEN
UND SIND ZU BEZUGNEHMEN
UND SIND ZU BEZUGNEHMEN
UND SIND ZU BEZUGNEHMEN
UND SIND ZU BEZUGNEHMEN



Referent: Professor Dr. L. Schnorr v. Carolsfeld
Tag der mündlichen Prüfung: 14. 2. 1968

Stammesgeschichte
Herkunftsforschung

1. Einleitung

Stammesgeschichte

Die Stammbaueinführung ist die

2. Stammbaueinführung Meinen Eltern

Die Stammbaueinführung ist die

1. Die Stammbaueinführung ist die

2. Die Stammbaueinführung ist die

3. Die Stammbaueinführung ist die

4. Die Stammbaueinführung ist die

5. Die Stammbaueinführung ist die

6. Die Stammbaueinführung ist die

7. Die Stammbaueinführung ist die

8. Die Stammbaueinführung ist die

9. Die Stammbaueinführung ist die

10. Die Stammbaueinführung ist die

11. Die Stammbaueinführung ist die

3. Stammbaueinführung

Die Stammbaueinführung ist die

1. Die Stammbaueinführung ist die

2. Die Stammbaueinführung ist die

3. Die Stammbaueinführung ist die

4. Die Stammbaueinführung ist die

Inhaltsübersicht

Literaturverzeichnis	VII
Abkürzungsverzeichnis	XII

<u>§ 1 Einführung</u>	1
-----------------------	---

Erster Teil

Die Haftungs Sonderregelung der RVO

<u>§ 2 Die Haftungsprivilegierung</u>	5
I. Der Haftungsausschluß	5
1. § 636 RVO	5
a. Arbeitsunfall	5
b. Begriff des Unternehmers	7
c. Ausgeschlossene Ansprüche	9
2. § 637 RVO	10
a. Betriebsangehörige	10
b. Betriebsfremder	13
c. Betriebliche Tätigkeit	16
II. Die Haftungsbeschränkung	17
1. Vorsatz	18
2. Teilnahme am allgemeinen Verkehr	19
<u>§ 3 Die Ersatzansprüche der Versicherungsträger</u>	22
I. Der abgeleitete Anspruch	22
1. Der Rechtsübergang nach § 1542 RVO	22
2. Mehrheit von Versicherungsträgern	25
a. Unfall- und Krankenversicherung	25
b. Unfall- und Rentenversicherung	28

III

II. Der Rückgriff nach § 640 RVO	30
1. Der Erstattungsanspruch	30
2. Die Rückgriffsschuldner	34

Zweiter Teil

Einwendungen der Schuldner gegen die Ersatzansprüche

<u>§ 4 Einwendungen gegen den Schadenersatzanspruch des Geschädigten</u>	37
I. Einwendungen des Dritten gegen den auf den Versicherungsträger übergegangenen Anspruch .	37
1. Mitverschulden des Verletzten	37
2. Mitverschulden des Unternehmers oder Be- triebsangehörigen	38
a. Ungehinderter Rechtsübergang	38
b. Beschränkung der Versicherungsträger? .	39
c. Kritik an RGZ 134/293	40
3. Mitverschulden der Berufsgenossenschaft ..	42
II. Einwendungen gegen den beim Verletzten ver- bliebenen Schadenersatzanspruch	43
<u>§ 5 Einwendungen des Unternehmers und des Be- triebsangehörigen gegen § 640 RVO</u>	44
I. Mitverschulden des Verletzten	44
II. Mitschuld der Berufsgenossenschaft	47
1. Kein Einfluß auf das Verschulden der Re- greßpflichtigen	47
a. Getrennte Pflichtenkreise	47
b. Indiz für die Schwere des Verschuldens.	51
2. Schuldhafte Verhaltensweisen der Berufs- genossenschaft	53
a. Nichterlaß von Unfallverhütungsvor- schriften	53

b. Mangelhafte Betriebsüberwachung	55
3. Einwand aus § 254 BGB.....	57
III. Mithaftung anderer Personen	58

D r i t t e r T e i l

Ausgleich nach der Inanspruchnahme

<u>§ 6 Der Drittschädiger als alleiniger Schuldner .</u>	60
I. Ausgleich aus § 426 BGB	60
1. Kein Gesamtschuldverhältnis gegenüber dem Verletzten	60
2. Der § 636 RVO als Hindernis eines Ausgleichs	62
a. Relativität des Haftungsausschlusses?..	62
b. Der § 636 RVO als Schutz des Arbeitsfriedens	64
c. Ausgleich für den Unternehmerbeitrag ..	65
3. Der § 637 RVO als Hindernis eines Ausgleichs	68
a. Konflikt mit dem innerbetrieblichen Schadensausgleich	69
b. Gleichbehandlung der übrigen Fälle	70
II. Anspruch aus § 823 Abs. 2 BGB	71
<u>§ 7 Drittschädiger und Haftungsprivilegierter als Schuldner des Versicherungsträgers</u>	73
I. Problem und Beispiele	73
II. Gesamtschuldverhältnis gegenüber dem Versicherungsträger	75
1. Die Meinung der Rechtsprechung und des Schrifttums	75
2. Kritik der Begründung	76
3. Eigene Begründung	77
4. Ad-hoc - Gesamtschuldverhältnis?	78

III. Abtretung einer Forderung oder wechselseitige Erfüllungswirkung?	85
1. Kein Fall der sog. "verschiedenstufigen Haftung"	87
2. Analoge Anwendung des § 422 BGB	88
3. Umfang der Erfüllungswirkung	91
IV. Ansprüche aus auftragloser Geschäftsführung .	92
V. Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung	94
1. Verzicht nach § 640 Abs. 2 RVO als Rechtsgrund	95
2. Befreiung nicht "auf Kosten" des anderen Schuldners	96
VI. Verteilung durch den Sozialversicherungsträger	97
1. Pflicht gegenüber dem Unternehmer	97
2. Pflicht gegenüber dem Dritten	99
3. Grenze des § 242 BGB	99
VII. Ergebnis	100
<u>§ 8 Vorschlag de lege ferenda</u>	101
I. Unbilligkeit der jetzigen Regelung	101
II. Lösungsmöglichkeiten	103
1. Durchbrechung des Haftungsausschlusses ...	103
2. Versagung des innerbetrieblichen Schadensausgleichs	104
3. Verkürzung der Ersatzansprüche	106

<u>§ 9 Die Haftungsbeschränkung nach § 636 Abs. 1</u>	
<u>Satz 2 RVO</u>	100
I. Ausgleichspflicht bezüglich der "Spitze" ...	109
II. Ausgleichspflicht bezüglich der Sozialversicherungsleistungen	110
1. Der Ausgleichsanspruch des Dritten gegen den Unternehmer bzw. gegen den Betriebsangehörigen	110
2. Der Ausgleichsanspruch gegen den Dritten.	114
<u>§ 10 Schadensausgleich aus Vertrag</u>	117
I. Ansprüche des nach § 640 RVO Belasteten gegen den Vertragspartner	118
1. Vertragsansprüche des Unternehmers	118
2. Vertragsansprüche der Betriebsangehörigen	122
a. Die Arbeitnehmer haben eigene vertragliche Rechte	122
b. Einwendungen	124
II. Ansprüche des Dritten gegen den Unternehmer.	127
1. Der § 636 RVO steht dem Ersatzanspruch nicht entgegen	128
2. Kritik der Gegenmeinungen	130
3. Einwendungen	133

Literaturverzeichnis

- Andrée Richard Haftungsausschluß in der
gesetzlichen Unfallver-
sicherung nach dem Unfall-
versicherungs-Neuregelungs-
gesetz in DB 63/553
- Andrée Richard Die Unfallverhütungsvor-
schriften. Entstehung, recht-
liche Bedeutung und Folgen
ihrer Nichtbeachtung in
DB 63/831 u. 866
- Asanger Reimund Die Rechtspflicht zur Unfall-
verhütung ist unteilbar
in BG 59/515
- Asanger Reimund Anm. zum Urteil des LG Kempten
v. 1.4.1958, VersR 59/139
in VersR 59/419
- Asanger Reimund Die rechtliche Bedeutung der
Unfallverhütungsvorschriften,
in Grundsatzfragen der socia-
len Unfallversicherung
Festschrift für Herbert Lau-
terbach zum 60. Geburtstag,
S. 227 f.
Berlin 1961
- Bereiter-Hahn Werner Unfallversicherung,
Textausgabe des 3. Buches
der RVO in der Fassung
des Unfallversicherungs-Neu-
regelungsgesetzes - UVNG -
mit Erläuterungen,
Berlin 1963
- Berthmann H. Das Mitverschulden der Be-
rufsgenossenschaften bei
Arbeitsunfällen
in VersR 61/682
- Blomeyer Arwed Allgemeines Schuldrecht,
Berlin und Frankfurt/M.
1964 3. Auflage
- Böhmer Emil Änderung der Rechtsprechung
des BGH zu § 899 RVO?
in MDR 58/828

- Wimmer Emil
Kritische Bemerkungen zum
Urteil 63/1155
in BGR 64/1155
- Brackmann Kurt
Handbuch der Sozialversiche-
rung,
1. - 6. Aufl. 1966
Bad Godesberg
- Bulla
Anm. zum Beschluß des Gr. S.
des BAG vom 25. 9. 1957,
in Arbeitsrechts Blätter,
Haftung des Arbeitnehmers,
Anm. zur Entscheidung Nr. 8
- v. Caemmerer Ernst
Anm. zum Urteil des BGH
in NJW 63/1403, NJW 63/579
- Clauß Karl
Haftungsbeschränkung zwi-
schen Gemeinschaftsangehö-
rigen im Arbeits-, Dienst-
und Familienrecht,
in NJW 59/1408
- Cosack Konrad -
Mitteis Heinrich
Lehrbuch des bürgerlichen
Rechts, Erster Band,
8. Aufl. Jena 1927
- Dette H.
Haftungsausschluß und Haf-
tungsbeschränkung für Unter-
nehmer und Arbeitnehmer bei
Arbeitsunfällen nach den
§§ 636, 637 RVO n. F.
in BG 64/329
- Ebel Wilhelm
Sozialrechtliche und pri-
vatrechtliche Unternehmer-
haftung, Kritische Bemerk-
ungen zur Anwendung des
§ 903 RVO,
in VersR 51/281
- Eckert J.
Sozialversicherungsgesetze,
Loseblattsammlung, Stand
Juni 1966
München und Berlin
- Eisele Fr.
Correalität und Solidarität,
AcP 77/374 ff
- Elleser Karl
Haftung von Unternehmern und
anderen Personen nach dem Un-
fallversicherungs-Neurege-
lungsgesetz und Deckungs-
schutz,
in SocVers 63/215

- Elleser Karl Die Rückgriffsansprüche der Sozialversicherungsträger und Arbeitsunfall bei Teilnahme am allgemeinen Verkehr in SozVers 64/38
- Elleser Karl Verzicht auf das Rückgriffsrecht der Sozialversicherungsträger in BB 65/378
- Elleser Karl Beschränkung der Haftpflicht von Unternehmern und Betriebsangehörigen mit Beziehung auf § 1542 Abs. 1 Satz 3 v. § 640 RVO in SozVers 66/35
- Elleser Karl Die Problematik des Anspruches aus unmittelbarem Recht (§§ 903 RVO a. F., 640 n. F.) in BG 66/271
- Elleser Karl Haftung der Unternehmer und Betriebsangehörigen gegenüber den Trägern der Sozialversicherung, in BB 64/1493
- Elleser Karl Haftung von Unternehmern und anderen Personen bei Teilnahme am allgemeinen Verkehr, in SozVers 64/135
- Enneccerus-Lehmann Recht der Schuldverhältnisse, 15. Bearbeitung von Heinrich Lehmann, Tübingen 1958
- Erman Walter Handkommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, Münster/Westf., 1967 4. Aufl.
- Esser Josef Schuldrecht, Allgemeiner und Besonderer Teil, 2. Aufl., Karlsruhe 1960
- Feyock Hans Die Rechtsnatur des Rückgriffsanspruchs der Sozialversicherungsträger aus § 640 RVO in NJW 64/1706
- Fikentscher Wolfgang Das Schuldrecht, Berlin 1965

- Flerschütz Achim
Der Haftungsausschluß von
Unternehmern und Versicher-
ten nach dem Unfallversiche-
rungs-Neuregelungsgesetz
Diss. Würzburg 1965
- Frick Erich
Der Anspruch der Berufsge-
nossenschaft nach § 1542 RVO
im Verhältnis zur Mitschuld
des Betriebsunternehmers
in ZfS 51/23
- Frotz Gerhard
Dogmatische Fortschritte im
Verständnis der Regreßmetho-
den bei Schuldnermehrheit?
in JZ 64/665
- Gamilscheg Franz -
Hanau Peter
Die Haftung des Arbeitnehmers,
Karlsruhe 1965
- Geigel Reinhard und
Robert
Der Haftpflichtprozeß mit
Einschluß des materiellen
Haftpflichtrechts,
13. Aufl. 1967,
München und Berlin
- Gitter Wolfgang
Die Rechtsnatur des Rück-
griffsanspruches gem. §§ 640
ff RVO,
in Die Sozialgerichtsbarkeit
1963, S. 404
- Gotzen Otfried
Die Haftung von Unternehmern
und anderen Personen nach dem
Unfallversicherungs-Neurege-
lungsgesetz
in B1StSozArbR 63/200
- Gotzen Otfried -
Doetsch Werner
Kommentar zur Unfallver-
sicherung,
Berlin-Spandau 1963
- Gräber Fritz
Ausgleichung zwischen meh-
reren am Zustandekommen eines
Arbeitsunfalles Beteiligten,
in VersR 58/581
- Gumpert Jobst
Die gefahrgeneigte Arbeit
in der Rechtsprechung
in BB 58/710
- Gunkel Werner
Die Haftung von Unternehmern
und Betriebsangehörigen, 3. Aufl.
Berlin 1965

Gunkel Werner	Haftung bei Mitnahme eines Arbeitskollegen im Kraftfahrzeug in Soz. Vers 63/293
Gregor Horst-Dieter	Regreßanspruch der Berufsgenossenschaft gegen Unternehmen bei Inanspruchnahme aus einem Arbeitsunfall in DB 65/999
Haase Winfried - Koch Hans-Henning	Die gesetzliche Unfallversicherung, München 1963
Haidinger	Anm. zum Urteil des BGH in LM § 1542 Nr. 21
Hafferburg A.	Der Begriff der Fahrlässigkeit im Zivilrecht in NJW 59/1398
Helm Johann Georg	Die Ausdehnung des Schutzbereiches allgemeiner Geschäftsbedingungen auf die Haftung der Arbeitnehmer in AcP 161/516 ff
Herschel Wilhelm	Anm. zum Urteil des RG in DR 40/1779
Herschel Wilhelm	Anm. zum Beschluß des Großen Senats des Bundesarbeitsgerichts vom 25. 9. 1957 in JZ 58/257
Hohenester Hermann	Die Ausgleichshaftung der öffentlichen Hand und des von §§ 898 f RVO erfaßten Personenkreises in NJW 62/1140
Hofmann Edgar	Zur Problematik des § 903 RVO in VersR 59/371
Höring Gustav	Rechtsverhältnisse im Haftpflichtdreieck: Berufsgenossenschaft - Betriebsun- ternehmer - Dritter in VersR 51/110
Höring Gustav	Anm. zum Urteil des OLG Stuttgart vom 26. 4. 1956 (VersR 56/455) in VersR 56/565

- Hueck Alfred -
Wipperdey Hans Carl Lehrbuch des Arbeitsrechts,
1. Band von Alfred Hueck
7. Aufl. Berlin und Frank-
furt/M. 1965
- Hueck Götz Schadensersatz und Regreß
bei Dienst- und Arbeitsun-
fällen
in RdA 54/251
- Hueck Götz Zum Entwurf eines Gesetzes
zur Neuregelung der gesetz-
lichen Unfallversicherung
(UVeHG) und seiner arbeits-
rechtlichen Bedeutung
in RdA 62/185
- Hueck Götz Die Neuregelung der Unfall-
versicherung durch das UVeG
und die Haftung des Arbeit-
gebers und anderer Personen
bei Arbeitsunfällen
in RdA 63/224
- Jacobi Ernst Nochmals: Haftet der Unter-
nehmer als KFZ-Führer seinem
betriebsunfallgeschädigten
Betriebsmitglied
in VersR 57/143
- Ilgenfritz Georg Die Haftung von Unternehmern
und anderen Personen nach
dem Unfallversicherungs-Neu-
regelungsgesetz
in NJW 63/1046
- Ilgenfritz Georg Neuregelung des Rechts der
gesetzlichen Unfallversiche-
rung
in BB 63/403
- Kersting Anm. zum Urteil des RG in
RGZ 153/38; in JW 37/747
- Kersting Anm. zum Urteil des RG in
RGZ 157/181
in JW 38/1958
- Klein Rüdiger Rechtsfortbildung und Bil-
ligkeitsrechtsprechung -
Zum Beschluß des Großen Se-
nats des Bundesarbeitsge-
richts vom 25. 9. 1959
in JZ 58/585

Klein Rüdiger	Die Bedeutung der Schadensübernahme durch die gesetzliche Unfallversicherung für Schadensersatzforderungen gegen den Arbeitskollegen in BB 64/644
Klein Rüdiger	Schadenshaftung im Arbeitsverhältnis, Heidelberg 1964
Klingmüller Fritz	Unechte Gesamtschuldverhältnisse in JherJb 64/31 ff
Knoll Ernst	Sollen bei Arbeits- und Dienstunfällen Schmerzensgeldansprüche gegen den Arbeitgeber gewährt werden? in JZ 55/318
Knoll Ernst	Die Rechtsfolgen des vom Mitarbeiter verschuldeten Arbeitsunfalls in JZ 59/137
Kurzwelly Friedrich-Wilhelm	Das Rückgriffsrecht gegen Dritte in Sozialversicherung, Versorgung und Fürsorge Diss. Leipzig 1937
Küchenhoff Günther	Haftung bei Arbeitsunfällen mit Personenschäden - BAG, NJW 1966, 1045 in JuS 67/251
Krolik Wolfgang	Ausgleichsmöglichkeit zwischen dem Unternehmer bzw. Sozialversicherungsträger und einem für den Betriebsunfall mithaftenden Dritten in VersW 52/26
Lange Hermann	Anm. zum Urteil des BGH in JZ 63/547
Larenz Karl	Lehrbuch des Schuldrechts 1. Band Allgemeiner Teil München und Berlin 8. Aufl. 1967
Larenz Karl	Zur Schutzwirkung eines Schuldvertrages gegenüber dritten Personen in NJW 60/78

- | | |
|--------------------------------------|---|
| Lauterbach Herbert | Gesetzliche Unfallversicherung
Loseblattkommentar
3. Aufl. Stuttgart
Stand März 1967 |
| Linthe Hans | Einzelvorschriften der Unfallversicherungs-Neuregelung.
Ein Überblick
in BG 1963 Mai-Sonderheft
S. 5 ff |
| Linthe Hans | Die versicherten Personen und Fragen der Haftung nach dem UVNG
in BABl. 63/343 |
| Medicus Dieter | Haftungsbefreiung und Gesamtschuldnerausgleich
in JZ 67/398 |
| Mellwitz Artur | Technische Fragen bei Prüfung des Verschuldens im Haftpflichtprozeß
in VersR 53/48 |
| Miesbach Hermann -
Baumer Wilhelm | Die gesetzliche Unfallversicherung nach dem Unfallversicherungs-Neuregelungsgesetz (UVNG) - Loseblattkommentar
Frankfurt/M. 1964 |
| Möller H. | Schadenersatzrecht und Sozialversicherung. Das Ineinandergreifen zweier Rechtsgebiete als methodisches Problem
in JuS 61/10 (Korreferat) |
| Möring Fritz | Und nochmals: Zur Frage der Anwendung der §§ 898, 899 RVO bei Kraftfahrzeugunfällen
in SozVers 57/5 |
| Möring Fritz | Rechtsübergang bei Leistungspflicht mehrerer Sozialversicherungsträger (§ 1542 RVO)
in VersR 56/80 |
| Möring Fritz | Kann die BG einen Unternehmer als Kraftfahrer gemäß § 903 RVO in Anspruch nehmen?
in VersR 56/533 |

- Möhring Fritz Kann der aus § 903 RVO vom SVT in Anspruch genommene mitschädigende Arbeitgeber bzw. dessen Haftpflichtversicherer gegen den Mitschädiger Regreß nehmen? in VersR 59/685
- Müller Wigo Die Haftung des "weiteren Unternehmers" für Arbeitsunfälle (§ 636 Abs. 2 URG) Diss. Würzburg 1961
- Munzert Eberhard Die Haftung einfacher Arbeitnehmer bei Arbeitsunfällen. Ein Beitrag zur Reform des Rechts der gesetzlichen Unfallversicherung Diss. Saarbrücken 1958
- Neumann-Duesberg Horst Haftung bei Unfällen aus Arbeiten an Fahrleitungsmasten in VersR 64/208
- Nikisch Arthur Arbeitsrecht, 1. Band Allgemeine Lehren und Arbeitsvertragsrecht 3. Aufl. Tübingen 1961
- Ohr Günter Haftungsbeschränkung für Arbeitnehmer. Kritik an dem Beschluß des Großen Senats des Bundesarbeitsgerichts in NJW 60/1593
- Ohr Günter Die drei Erscheinungsformen des innerbetrieblichen Schadensausgleichs und ihr Anspruch auf lückenlose Geltung in VersR 62/205
- Oertmann Paul Bürgerliches Gesetzbuch Zweites Buch Recht der Schuldverhältnisse 3. und 4. Aufl. Berlin 1910
- Pagendarm Anm. zum Urteil des BGH in IM § 618 Nr. 1

- Falandt
Bürgerliches Gesetzbuch
bearbeitet von Danckelmann,
Gramm, Hoche, Keidel, Lau-
terbach
26. Aufl. München und Ber-
lin 1967
- Peters Georg
Zu der Frage der Erstattungs-
fähigkeit der Kosten des
Durchgangsarztes
in VersR 59/10
- Pflaum Hans-Joachim
Die Bedeutung der Unfall-
verhütungsvorschrift in
der gesetzlichen Unfall-
versicherung
Diss. Göttingen 1960
- Podzun Hanns
Haftung und strafrechtliche
Verantwortlichkeit für Un-
fälle im Betrieb
3. Aufl. Berlin 1961
- Rabel E.
Ausbau oder Verwischung des
Systems? Zwei praktische
Fragen
in RheinZ 19/20 S. 89 ff
- Raisch Peter
Zur Begriffsbestimmung der
Gesamtschuld
in JZ 65/703
- Das Bürgerliche Gesetzbuch
Kommentar, herausgegeben
von Reichsgerichtsräten und
Bundesrichtern
11. Aufl. Berlin 1960
- Rein Walter
Der Verschuldensbegriff im
Bereich der unfallversiche-
rungsrechtlichen Unternehmer-
haftung
Diss. Würzburg 1965
- Reinhardt R. und
Schulz D.
Schadenersatzrecht und So-
zialversicherung. Das In-
einandergreifen zweier Rechts-
gebiete als methodisches
Problem, Referat,
in JuS 61/2
- Rietschel
Anm. zum Urteil des BGH in
LM § 1542 RVO Nr. 19

XVII

RVO	Kommentar zum gesamten Recht der Reichsversicherungsordnung einschließlich zwischenstaatlicher Abkommen und internationaler Übereinkommen von Dersch, Knoll, Brockhoff, Schieckel, Schröter, Aye, Göbelsmann Wiesbaden 1967 (zit: Gesamtkommentar)
Sänger	Anm. zum Urteil des RG in JW 24/1157
Saum Franz	Nochmals: Haftung bei Mitnahme eines Arbeitskollegen im Kraftfahrzeug in SozVers 64/40
Scharrenbroich Wilhelm	Der Rückgriffsanspruch des Versicherungsträgers in der Krankenversicherung Berlin 1939
Schieke Heinz	Der Unternehmerbegriff in der gesetzlichen Unfallversicherung in BB 62/1381
Schieke Heinz	Der Unternehmerbegriff in der gesetzlichen Unfallversicherung bei juristischen Personen in NJW 61/2148
Schiekel Horst	Die Ersatzansprüche der Versicherungsträger Stuttgart 1935
Schmalzl Max	Der interne Ausgleich zwischen gemäß § 903 und § 1542 RVO haftenden Personen in MDR 60/14
Schmalzl Max	Die Haftung des Unternehmers nach dem Gesetz zur Neuregelung des Rechts der gesetzlichen Unfallversicherung in NJW 63/1708
Schmalzl Max	Haftungsfragen im neuen Unfallversicherungs-Neuregelungsgesetz (UVNG) B. Auswirkungen des UVNG auf die Betriebshaftpflichtversicherung, in VersR 64/31

XVIII

- | | |
|-------------------------------|---|
| Schmidt Reimer | Der Regreß des Versicherers
(§ 37 VVG und § 1542 RVO)
in VersR 53/157 |
| Schmidt Reimer | Die Haftung für den Arbeits-
unfall des Arbeitskollegen
Bemerkungen zu einem Be-
schluß des Großen Senats des
Bundesarbeitsgerichts
in MDR 58/193 |
| Schmidt Rudolf | Unechte Solidarität
in JherJb 72 S. 1 ff |
| Schnorr von Carolsfeld Ludwig | Arbeitsrecht
2. Aufl. Göttingen 1954 |
| Schnorr von Carolsfeld Ludwig | Der Übergang von Forderungen
kraft Gesetzes - eine gesetz-
liche Lösung von Drittscha-
densfällen
in DJ 37/1488 |
| Schnorr von Carolsfeld Ludwig | Anm. in AP Nr. 5 und Nr. 8
zu § 670 BGB |
| Schnorr von Carolsfeld Ludwig | Zur Frage der Auslegung sozial-
versicherungsrechtlicher Vor-
schriften
in Sozialenquete und Sozial-
recht
Festschrift für Walter Bogs
S. 161 ff
Wiesbaden 1967 |
| Schuck Franz | Verfahrensrechtliche Fragen
zu § 640 RVO
in BG 64/369 |
| Seitz Herbert | Die Ersatzansprüche der So-
zialversicherungsträger nach
§§ 640 und 1542 RVO
2. Aufl. Berlin 1964 |
| Selb Walter | Schadensbegriff und Regreß-
methoden; Eine Studie zur
Wandlung der Denkform des
Regresses bei Schuldnermehr-
heit mit der Veränderung des
Schadensbegriffes
Heidelberg 1963 |
| Sieg Karl | Der Einwand des Mitverschul-
dens gegenüber dem Anspruch
aus § 903 RVO
in DB 60/1327 |
| Sieg Karl | Verschulden von Berufsgenos-
senschaft und Unternehmer bei
Arbeitsunfall
in BB 63/1340 |

- | | |
|------------------|---|
| Soergel-Siebert | Bürgerliches Gesetzbuch
neu herausgegeben von
W. Siebert
9. Aufl. Stuttgart 1959 |
| Stahl | Der Rückgriff der Genossen-
schaft gegen den Unternehmer
in BG 53/271 |
| v. Staudinger J. | Recht der Schuldverhältnisse
1. Teil §§ 241 - 432, erläu-
tert von Alfred Werner
9. Aufl. München, Berlin 1930 |
| Steindorff Ernst | Fahrlässigkeit der Arbeit-
nehmer
in JZ 59/1 |
| Stiegler Ernst | Die Ersatzansprüche auf Grund
§§ 903, 904 und 1542 RVO und
das Zusammentreffen von An-
sprüchen im Gebiete der §§
903, 904 und des § 1542 RVO
München 1933 |
| Stier-Somlo | Kommentar zur Reichsversiche-
rungsordnung und ihrem Ein-
führungsgesetz
2. Bd., 3. Buch: Unfallver-
sicherung
Berlin 1916 |
| Tamm Adolf | Ist die Haftbefreiung des
Unternehmers gem. § 898 RVO
heute noch vertretbar?
in RdA 60/412 |
| Teutsch August | Das Beschäftigungsverhältnis
als Grundlage des gesetz-
lichen Unfallversicherungs-
schutzes und des Haftungs-
sonderrechts der Unternehmer
Tübingen 1953 |
| von Tuhr Andreas | Der 82. Band der Entschei-
dungen des Reichsgerichts
in Zivilsachen
in DJZ 14/334 |
| Vollmar Karl | Die Erstattungs-fähigkeit der
Durchgangsarzt-Berichtsge-
bühen im Rückgriffsverfah-
ren gemäß § 1542 RVO
in VersR 58/436 |

- Vollmar Karl Zusammentreffen von Rückgriffsansprüchen mehrerer Berechtigter nach § 1542 EVO in VersR 56/335
- Vollmar Karl Nochmals: Das Mitverschulden der Berufsgenossenschaften bei Arbeitsunfällen in VersR 62/212
- Vollmar Karl Haftungsfragen im neuen Unfallversicherungs-Neuregelungsgesetz (UVNG)
A. Haftungserweiterung in der gesetzlichen Unfallversicherung in VersR 64/40
- Wannagat Georg Zivilrechtliche Ansprüche des Versicherten aus Arbeitsunfällen in NJW 52/806
- Wannagat Georg Die unfallversicherungsrechtliche Gefährdungshaftung im allgemeinen Haftungssystem in NJW 60/1597
- Wannagat Georg Lehrbuch des Sozialversicherungsrechts. 1. Band
Tübingen 1965
- Wolber Kurt Mitverschulden bei Arbeitsunfall und Rückgriffsanspruch der Sozialversicherungsträger in BB 63/1138
- Wolber Kurt Zur Ausübung des Rückgriffsrechts der Unfallversicherungsträger gegenüber Betriebsangehörigen in BG 65/488
- Wussow Werner und Hansjoachim Das Unfallhaftpflichtrecht 8. Aufl. Köln, Berlin 1963
- Wussow Werner Die Gerichtsbarkeit im Falle des § 640 RVO in BG 64/409

Abkürzungsverzeichnis

Periodisch erscheinende Werke sind nach Jahrgang und Seite zitiert, soweit nicht etwas anderes vermerkt ist.

AcP	Archiv für die civilistische Praxis (zit. nach Bd. und S.)
a.F.	alte Fassung
AHB	Allgemeine Haftpflichtversiche- rungs-Bedingungen
AnVG	Angestelltenrentenversicherungsge- setz vom 23. 2. 1957
AP	Arbeitsrechtliche Praxis Nachschlagewerk des Bundesarbeits- gerichts (zit. nach §§)
Art.	Artikel
AVAVG	Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. 7. 1927
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsge- richts (zit. nach Bd. und S.)
BB	Der Betriebsberater
Bd.	Band
Bem.	Bemerkung
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch vom 18. 8. 1896
BGBI	Bundesgesetzblatt
BGB-RGRK	Kommentar zum BGB, herausgegeben von Reichsgerichtsräten und Bundesrich- tern
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichts- hofes in Zivilsachen (zit. nach Bd. und S.)
BlStSozArbR	Blätter für Steuerrecht, Sozialver- sicherung und Arbeitsrecht
BSGE	Entscheidungen des Bundessozialge- richts (zit. nach Bd. und S.)

DB	Der Betrieb
ders.	derselbe
DJ	Deutsche Justiz, Rechtspflege und Rechtspolitik
DJZ	Deutsche Juristen-Zeitung
DR	Deutsches Recht
Fußn.	Fußnote
GewO	Gewerbeordnung für das Deutsche Reich in der Fassung vom 26. 7. 1900
GUVG	Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz vom 30. 6. 1900
GrS	Großer Senat
HeimarbG	Heimarbeitsgesetz vom 14. 3. 1951
HGB	Handelsgesetzbuch vom 18. 5. 1897
HRR	Höchststrichterliche Rechtsprechung
Jahrg.	Jahrgang
JherJb	Jherings Jahrbücher
JugarbSchG	Jugendarbeitsschutzgesetz vom 9. 8. 1960
JuS	Juristische Schulung
iSd	im Sinne des
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristenzeitung
LG	Landgericht
LM	Das Nachschlagewerk des BGH in Zivilsachen, herausgegeben von Lindenmaier und Möhring (zit. nach §§)
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
OGH BrZ	Oberster Gerichtshof für die Britische Zone
OLG	Oberlandesgericht
RdNr.	Randnummer
RdA	Recht der Arbeit
RG	Reichsgericht
RGBL	Reichsgesetzblatt

IIII

RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen (zit. nach Bd. und S.)
RheinZ	Rheinische Zeitschrift für Zivil- und Prozeßrecht
RKnG	Reichsknappschaftsgesetz vom 1. 7. 1926
RVO	Reichsversicherungsordnung vom 19. 7. 1911 in der Fassung des UVNG vom 30. 4. 1963
SeuffArch	Seufferts Archiv für Entscheidungen oberster Gerichte (zit. nach Bd. und S.)
SHG	Gesetz über die Haftpflicht der Eisenbahn und Straßenbahnen für Sachschaden vom 29. 4. 1940
s.o.	siehe oben
SozVers	Die Sozialversicherung
StVG	Straßenverkehrsgesetz vom 19. 12. 1952
s.u.	siehe unten
TZ	Textziffer
UVNG	Gesetz zur Neuregelung des Rechts der gesetzlichen Unfallversicherung - Unfallversicherungsneuregelungs-Gesetz vom 30. 4. 1963
VersR	Versicherungsrecht Juristische Rundschau für die Individualversicherung
VersW	Versicherungswirtschaft
VVG	Versicherungsvertragsgesetz vom 30. 5. 1908
zit.	zitiert(e)
zust.	zustimmend
ZfS	Zentralblatt für Sozialversicherung und Versorgung

§ 1: Einführung

In einem rheinischen Weinort sollte, wie alljährlich zur Weinlese, am Ortseingang ein "Triumphbogen" über der Straße errichtet werden. Mit der Aufstellung wurde ein Zimmermeister beauftragt. Die Durchfahrt durch den Triumphbogen wurde durch ein Verkehrsschild für Fahrzeuge über eine bestimmte Höhe und Breite gesperrt. Der Zimmermeister hatte aus Nachlässigkeit der für die Aufstellung des Verkehrsschildes zuständigen Straßenverkehrsbehörde falsche Maße des Torbogens angegeben. Ein Lastwagenfahrer steuerte seinen Lastzug, dem nach dem Verkehrsschild die Durchfahrt möglich war, durch den Torbogen und riß dabei, weil die Breite geringer als angegeben war, einen Seitenpfeiler ein. Ein Geselle des Zimmermeisters, der mit Arbeiten am Torbogen beschäftigt war, fiel dabei von seiner Leiter. Die Leiter entsprach nicht den von der zuständigen Berufsgenossenschaft erlassenen Unfallverhütungsvorschriften. Dies hatte der Geselle gewußt. Der Fehler war von dem technischen Aufsichtsbeamten, der einige Tage zuvor den Betrieb des Zimmermeisters auf seine Sicherheit überprüft hatte, nicht bemerkt worden. Wäre die Leiter ordnungsgemäß gewesen, hätte sie den Erschütterungen durch den Lastwagen standgehalten, und die Verletzungen des Gesellen wären nicht so schwer gewesen.

Im Mittelpunkt steht der Unfall des Gesellen. Mehrere haben ihn durch ihr Zusammenwirken verursacht. Wer kann und soll für den Schaden in welchem Umfang verantwortlich gemacht werden? Der Geselle, das darf hier vorweggenommen werden, hat einen Arbeitsunfall erlitten. Läge kein Arbeitsunfall vor, so böte die Lösung keine Schwierigkeiten. Jeder der Schädiger haftete dann dem Verletzten in gleicher Weise auf Ersatz des ganzen Scha-

dens; untereinander wären sie in dem Maße, in dem sie zum Unfall beigetragen haben, ausgleichspflichtig.

Wenn ein Arbeitsunfall vorliegt, verhält sich die Sache anders. Dann haftet nämlich nicht jeder Schädiger in derselben Weise. Es gibt eine Gruppe von Personen, die von ihrer Schadensersatzpflicht ganz oder teilweise befreit sind. Die RVO hat sie aus besonderen, noch zu erwähnenden Gründen von ihrer Haftung dem Geschädigten gegenüber befreit. Verursacht nun ein derart in seiner Haftung Privilegierter zusammen mit einem Nichtprivilegierten, einem normal Haftenden, einen Arbeitsunfall, so taucht die Frage auf, ob der haftpflichtige Schädiger gegen den Privilegierten, gegen den ein Schadensersatzanspruch in der Regel nicht besteht, eine Ausgleichsforderung hat oder ob sich dieser ihm gegenüber ebenso wie gegenüber dem Geschädigten auf seine Haftungsbefreiung berufen darf.

Die haftungsprivilegierten Personen sind gegenüber dem Geschädigten von einer Schadensersatzpflicht frei. Sie sind damit aber nicht von jeglicher Ersatzpflicht frei. Sie sind nämlich, unter bestimmten Voraussetzungen, den Sozialversicherungsträgern zum Ersatz verpflichtet. (Das sind diejenigen Institutionen, die dem Verunglückten nach der RVO Leistungen zu gewähren haben, um seine Heilung zu fördern und seine Arbeitsfähigkeit wieder herzustellen, oder um seine Hinterbliebenen zu versorgen.) So sieht sich also auch der Haftungsprivilegierte einer Erstattungsanspruch ausgesetzt und muß sich fragen, ob er von diesen Trägern, gegen den dieser Erstattungsanspruch nicht besteht, Ansprüche zu verlangen kann.

Der Sozialversicherungsträger, der Gläubiger des Erstattungsanspruchs gegen den Haftungsprivilegierten ist, wird durch einen vom Gesetz angeordneten Rechts-

Umgang auch Gläubiger des Schadensersatzanspruches der Verunglückten, soweit er an diesen Leistungen erkrankt. So vereinigen sich in seiner Hand zwei verschiedene Ansprüche gegen zwei verschiedene Schuldner. Beide Ansprüche sind zwar selbständig, haben aber doch einen gemeinsamen Rechtsgrund in der schädigenden Handlung, die den Arbeitsunfall herbeiführte.

Wenn der Versicherungsträger einen seiner Ansprüche geltend macht, kann der betroffene Schuldner dadurch in einer Höhe belastet werden, die dem Grad seiner Beteiligung am Unfall nicht entspricht, ja ihm sogar in starkem Maße widerspricht.

Kann der also Betroffene gegen den Gläubiger einwenden, nicht er allein habe den Unfall in zurechenbarer Weise verursacht, es träfe auch noch andere eine Verantwortung? Hat er, wenn er damit nicht durchdringt, gegen den anderen Schädiger einen Anspruch, daß die Last so aufgeteilt wird, wie es dem Maß der jeweiligen Beteiligung entspricht? Ist, wenn auch ein solcher Anspruch nicht gegeben ist, der Gläubiger gehalten, bei der Geltendmachung seines Anspruches die Beteiligung seiner Schuldner am Unfall von sich aus abzuwägen und sie dementsprechend heranzuziehen? Wenn schließlich nach dem geltenden Recht keine Möglichkeit zur befriedigenden Schadensverteilung besteht, auf welche Weise könnte dann de lege ferenda eine Lösung des Problems erfolgen? Dies zu untersuchen, ist Aufgabe dieser Arbeit.

Im eingangs dargestellten Beispiel könnte der Versicherungsträger gegen den Kraftfahrzeughalter einen Teil der Ansprüche des Verletzten geltend machen. Jener wird einwenden, den Verunglückten treffe eine Mitschuld, weil er bewußt eine nicht den Sicherheitsvorschriften entsprechende Leiter benutzt habe, was zur

Vergrößerung des Schadens beigetragen habe. Ferner habe der technische Aufsichtsbeamte der Berufsgenossenschaft den Betrieb des Zimmermeisters nur mangelhaft kontrolliert, sonst hätte er den Verstoß gegen die Unfallverhütungsvorschriften und damit eine Mitursache der Verletzungen des Gesellen bemerken müssen. Vor allem aber habe der Arbeitgeber des Verletzten, der Zimmermeister, den Unfall durch grobe Nachlässigkeit verschuldet, indem er die Maße des Triumphbogens falsch angegeben und dadurch bewirkt habe, daß der Lastzugfahrer glaubte, sicher durch das Tor steuern zu können. Er als Kraftfahrzeughalter hafte dagegen nur aus Gefährdungshaftung.

Der Versicherungsträger könnte auch gegen den Zimmermeister vorgehen. Auch dieser wird einwenden, den Verletzten treffe eine Mitschuld; ebenso hafte auch der Lastwagenhalter für die Unfallfolgen. Man könne außerdem von ihm deswegen nicht den ganzen Betrag fordern, weil die Berufsgenossenschaft es selber in der Hand gehabt habe, durch eine sorgfältige Überprüfung seines ganzen Betriebes eine Ursache aufzudecken und die Unfallfolgen zu mildern. Deshalb sei es unbillig, wenn er allein für den Unfall aufkommen solle.

Da bei der Erörterung, wie der Schaden aufzuteilen ist, davon ausgegangen wird, daß ein Haftungsausschluß oder eine Haftungsbeschränkung nach der RVO bei einem Schädiger vorliegt und bei dem anderen nicht, soll zuerst ein Überblick über die Haftungssonderregelung der RVO und die dem Sozialversicherungsrecht eigenen Ersatzansprüche gegeben werden.

Dann folgt die Untersuchung, welche Einwendungen ein Schädiger gegen den ihn treffenden Ersatzanspruch geltend machen kann.

Daran schließt sich die Darstellung einer Schadensverteilungsmöglichkeit nach erfolgter Inanspruchnahme an.

Erster Teil

Die Haftungs-sonderregelung der RVO

§ 2: Die Haftungsprivilegierung

I. Der Haftungsausschluß

1. § 636 RVO

a) Arbeitsunfall

Nach § 636 RVO ist der Unternehmer den in seinem Unternehmen tätigen Versicherten nicht zum Ersatz^{*} des Personenschadens verpflichtet, den diese durch einen Arbeitsunfall erleiden.

Was ein Arbeitsunfall ist, sagt das Gesetz nicht erschöpfend. In § 548 RVO ist zunächst nur gesagt, wer einen Arbeitsunfall erleiden kann. Es sind die in §§ 539, 540 und 543 bis 545 RVO genannten Personen. Mit ihnen ist zugleich der Kreis der gegen Arbeitsunfall Versicherten abgesteckt. Wegen ihrer Bedeutung sind vor allem hervorzuheben die auf Grund eines Arbeits-, Dienst- oder Lehrverhältnisses Beschäftigten, § 539 I Ziff. 1 RVO; ferner Heimarbeiter, § 539 I Ziff. 2 RVO und Unternehmer als Mitglieder einer landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft, § 539 I Ziff. 5.

Der Begriff des Arbeitsunfalles ist von der Rechtsprechung und der Lehre entwickelt worden. Unter Arbeitsunfall versteht man ein von außen auf den Menschen einwirkendes, körperlich schädigendes, plötzliches, zeitlich eng begrenztes Ereignis, das mit einer der in §§ 539, 540 und 543 bis 545 RVO genannten Tätigkeiten in ursächlichem Zusammenhang steht¹.

¹Brackmann II S. 479; Seitz S. 221; Lauterbach § 548 Anm. 5; BSGE 15/41.

Neben diesem sogenannten "echten" Arbeitsunfall gelten nach der RVO als Arbeitsunfälle auch solche Unfälle, die ein Versicherter bei einer der in §§ 548 Abs. 1 Satz 2, 549 und 550 RVO genannten Tätigkeiten erleidet; ferner Berufskrankheiten, § 551 RVO und bei der Binnenschifffahrt die Unfälle der in § 552 RVO genannten Art.

Zwischen der unfallbringenden Tätigkeit und dem Unfallereignis muß ein ursächlicher Zusammenhang bestehen (haftungsbegründende Kausalität) und zwischen dem Unfallereignis und der Gesundheitsschädigung muß ebenfalls ein ursächlicher Zusammenhang bestehen (haftungsausfüllende Kausalität)².

Während für die haftungsausfüllende Kausalität der bürgerlichrechtliche Verursachensbegriff gilt³, ist für die haftungsbegründende Kausalität ein eigener unfallversicherungsrechtlicher Ursachenbegriff maßgebend: Als Ursache gilt nur diejenige Einzelbedingung, die wegen ihrer Beziehungen zum Erfolg zu dessen Eintritt wesentlich mitgewirkt hat⁴.

Ob ein Arbeitsunfall vorliegt, stellen die Versicherungsträger oder die Sozialgerichte bindend fest, § 638 RVO. Mit dieser Feststellung steht und fällt die Anwendung des § 636 RVO für den Unternehmer⁵.

²Lauterbach § 548 Anm. 3. Vgl. auch Rehnert von Carolisfeld in Festschrift für Walter Bagg S. 165 f.

³Geigel S. 852 RdNr. 27.

⁴BSGE 1/150. Lauterbach § 548 Anm. 8; Geigel S. 852 RdNr. 28. Eine Begründung für diesen eigenen versicherungsrechtlichen Kausalitätsbegriff ist im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich.

⁵Zur Bindungswirkung der Feststellung vgl. Geigel S. 876 RdNr. 114 ff.

b) Begriff des Unternehmers

Da § 636 RVO die Haftung des Unternehmers gegenüber den in seinem Unternehmen tätigen Versicherten im allgemeinen ausschließt, ist für dessen Ansprüche entscheidend, wer als sein Unternehmer anzusehen ist.

Unternehmer im unfallversicherungsrechtlichen Sinne ist nach § 658 Abs. 2 RVO der, für dessen Rechnung das Unternehmen (Betrieb, Einrichtung, Tätigkeit) geht. Das ist derjenige, welchem das wirtschaftliche Ergebnis des Unternehmens, der Wert oder Unwert der im Unternehmen verrichteten Arbeiten unmittelbar zum Vor- oder Nachteil gereicht. Ein Unternehmer in diesem Sinne liegt nur vor, wenn die in Frage stehende Person das echte Geschäftswagnis und die Kosten des Unternehmens trägt und darüber entscheidende Verfügungsbefugnisse hat. Unerheblich ist, ob er auch nach außen als Unternehmer in Erscheinung tritt⁶.

Auch juristische Personen können Unternehmer sein. Ihre gesetzlichen Vertreter, Geschäftsführer, Repräsentanten etc. sind aber nicht Unternehmer⁷.

Der § 636 Abs. 2 RVO befreit den "weiteren" Unternehmer ebenfalls von Ersatzansprüchen. Mit dem "weiteren" Unternehmer wird kein zweiter Unternehmerbegriff eingeführt. Es gibt nur einen Unternehmer; dieser kommt in den Genuß der Haftungsprivilegierung gegenüber zwei verschiedenen Beschäftigungsgruppen, nämlich gegenüber den Versicherten seines eigenen Unternehmens und ferner gegenüber den in einem anderen Unternehmen Versicherten. Der Haftungsausschluß erstreckt sich auf solche Personen, die in erster Linie bei einem anderen Unternehmer und nur auf Grund einer besonderen Abmachung mit diesem zu-

⁶ Brackmann II S. 503; Lauterbach § 658 Anm. 7 und 8; Beyerle-Fahn § 658 Anm. 2; Schiecke BP 62/1991; vgl. auch Lehmann von Lersfeld Arbeitsrecht S. 66.

⁷ Beigel S. 360 RdNr. 63; Florschütz S. 52; Schiecke BP 61/2148.

sätzlich im eigenen, dem "weiteren" Unternehmen beschäftigt sind.

Diesen Personen, eigentlich Arbeitnehmer eines anderen Unternehmers, sind Ansprüche gegen den "weiteren" Unternehmer dann abgeschnitten, wenn sie dessen "Beschäftigte" geworden sind. Dieser Ausdruck sagt, daß es nicht genügt, wenn sie rein zufällig und für kurze Dauer im neuen, "weiteren" Unternehmen tätig werden. Sie müssen dort wie dessen eigene Arbeiter tätig sein⁸.

Was damit gemeint ist, ergibt sich aus der amtlichen Begründung zu § 636 RVO, nach der Abs. 2 bezwecken soll, Haftungsansprüche bei Leiharbeitsverhältnissen und Unternehmerarbeitsgemeinschaften auszuschließen⁹. Wesentlich für ein Leiharbeitsverhältnis ist nach der Rechtsprechung, daß der entlehene Arbeiter in das entleihende Unternehmen wie ein eigener Arbeiter eingegliedert wird¹⁰. Auch bei Arbeitsgemeinschaften ist wesentlich, daß eine gegenseitige Eingliederung der Arbeiter in die von mehreren Unternehmern gebildete Arbeitsgemeinschaft, die als ein Betrieb gilt, erfolgt.

Diese Erfordernisse gelten auch für die Auslegung des § 636 RVO. Der Haftungsausschluß für Arbeitsunfälle fremder Arbeitnehmer setzt voraus, daß sie in das Unternehmen nach Art eigener Arbeiter eingegliedert worden sind¹¹.

⁸Vgl. BGH NJW 64/40; Neumann-Duesberg VersR 64/208.

⁹Vgl. Müller S. 78.

¹⁰BGH VersR 57/245; VersR 59/305; VersR 60/426.

¹¹Lauterbach § 636 Anm. 51; Geigel S. 363 RdNr. 75; Gunkel S. 19; Ilgenfritz NJW 63/1047; Götz Hueck RdA 62/186; Müller S. 32 I; Schmalz NJW 63/1706; Hanau in Gamillscheg-Hanau S. 108; RVO-Gesamtkommentar § 636 Anm. 5.

Ob sie eingegliedert wurden, bestimmt sich nach den tatsächlichen Verhältnissen¹². Kriterien für die Annahme einer Eingliederung sind, daß eine dem Willen des Arbeiters entsprechende tatsächliche Betätigung vorliegt, die den Interessen des fremden Betriebs und auch dem - wenigstens mutmaßlichen - Willen des fremden Unternehmers dient, daß die Betätigung in einem inneren ursächlichen Zusammenhang mit dem Betrieb steht, und daß sich der Arbeiter den Weisungen des fremden Unternehmers oder dessen Vertreter unterstellt¹³. Das bloße gemeinsame Arbeiten am selben Arbeitserfolg oder im gleichen örtlichen Bereich bewirkt noch keine gegenseitige Eingliederung der Arbeitnehmer in das jeweils andere Unternehmen und führt noch nicht zum Haftungsausschluß des anderen Unternehmers.

c) Ausgeschlossene Ansprüche

Nach § 636 RVO sind die Ansprüche auf Ersatz des Personenschadens ausgeschlossen. Das betrifft sämtliche Ansprüche aus allen Haftungsgründen des öffentlichen und bürgerlichen Rechts.

Ausgeschlossen sind auch Schmerzensgeldansprüche nach § 847 BGB, da Schmerzensgeld Ersatz für körperlichen oder seelischen Schaden ist, also zum Personenschaden rechnet¹⁴.

Der Sachschaden wird vom Haftungsausschluß nicht erfaßt, da § 636 RVO nur ausdrücklich vom Personenschaden spricht. Zum Sachschaden zählen nach § 548 Abs. 2 RVO nicht Beschädigungen an Körperersatzstücken

¹²Lauterbach § 636 Anm. 51; Müller S. 64; Florschütz S. 57

¹³Vgl. BGH VersR 63/252; Geigel S. 363 RdNr. 75; Lauterbach § 636 Anm. 51; Wussow TZ 1951.

¹⁴H. L.; BGH NJW 58/220; NJW 61/457; BAG VersR 56/736; Schnorr von Carolsfeld Arbeitsrecht S. 272; Schmalzl VersR 64/901; Wussow TZ 1940; Geigel S. 380 RdNr. 13; Lauterbach § 636 Anm. 27. Kritische Autoren zitiert bei Böhmer MDR 64/187.

oder größeren orthopädischen Hilfsmitteln. Sie sind den Körperschäden gleichgestellt, weil die Körperersatzstücke als Körperteile betrachtet werden. Da für diese Schäden der Sozialversicherungsträger aufkommt (vgl. § 557 Abs. 1 Nr. 2 RVO), besteht kein Grund, insoweit den Unternehmer haften zu lassen.

Der Haftungsausschluß erstreckt sich auf Versicherte, deren Angehörige und Hinterbliebene, §§ 636, 637 RVO.

Außer den kraft Gesetzes Versicherten (§§ 539, 540 RVO) und denen, auf die die Satzung der Berufsgenossenschaft die Versicherungspflicht ausgedehnt hat (§§ 543, 544 RVO), fallen unter § 636 RVO auch die Personen, die sich freiwillig versichert haben (§ 545 RVO). Nicht zählen dazu diejenigen, die nach §§ 541, 542 RVO versicherungsfrei sind.

Mit der Erwähnung des Begriffs der "Angehörigen" ist eine alte Streitfrage, ob auch Ansprüche nach § 845 BGB ausgeschlossen sind, bejahend beantwortet.

Hinterbliebene sind die Witwe (§ 590 RVO), die frühere Ehefrau (§ 592 RVO), der Witwer (§ 593 RVO), Waisen (§ 595 RVO) und Eltern (§ 596 RVO).

2. § 637 RVO

a) Betriebsangehörige

Die Bestimmung des § 637 RVO ist auf die zur Frage der Haftung unter Arbeitskollegen ergangene Rechtsprechung zurückzuführen¹⁵. Der Haftungsausschluß des § 636 RVO gilt auch für einen in demselben Betrieb wie der Ver-

¹⁵Vgl. BAGE 5/1 ff; BGH NJW 58/1086; BGH NJW 59/2205. Amtl. Begründung bei Lauterbach § 637 Anm. 1. Das UVNG ist über die Rspr. sogar hinausgegangen. Es kommt nun nicht mehr darauf an, ob es sich um eine gefahrgeneigte Arbeit handelt; Dette BG 64/331; Gunkel SozVers 63/296.

letzte tätigen Betriebsangehörigen.

Gegenüber dem sonst durchwegs gebrauchten Begriff "Unternehmen" führt hier das Gesetz den Begriff "Betrieb" ein. Beide Begriffe sind nicht identisch; es kann nicht davon ausgegangen werden, daß der Gesetzgeber ohne Absicht das Wort "Betrieb" verwendet hat¹⁶. Nach § 658 Abs. 2 RVO ist das Unternehmen der Betrieb, die Einrichtung, die Tätigkeit. Der § 637 RVO spricht nur von "Betrieb". Betrieb ist damit der engere Begriff als Unternehmen.

Unter Betrieb versteht man die auf räumlicher Einheit beruhende Vereinigung von persönlichen, sachlichen und immateriellen Mitteln zur Verfolgung eines von einem Rechtssubjekt gesetzten wirtschaftlichen Zweckes¹⁷.

Der Betrieb bildet den äußeren Rahmen, in dem sich die Betriebsgemeinschaft entwickelt. Die Arbeit im gleichen Betrieb schafft ein Gemeinschaftsverhältnis der Arbeiter untereinander. Es bestehen soziologische Beziehungen zwischen den innerhalb eines Betriebes Beschäftigten¹⁸.

Diese Beziehungen sollen nicht durch gegenseitige Haftungsansprüche der Arbeiter gestört werden. Die Wahrung des Betriebsfriedens ist ausdrücklicher Zweck der gesetzlichen Regelung des § 637 RVO¹⁹.

Aus dieser Zweckbestimmung ergibt sich auch die Auslegung des Wortes "Betriebsangehöriger". Der Gesichtspunkt der Wahrung des Betriebsfriedens hat nämlich keine

¹⁶Lauterbach § 637 Anm. 7.

¹⁷Schnorr von Carolsfeld Arbeitsrecht S. 30. Lauterbach § 637 Anm. 7; Haase-Koch § 637 Anm. 4.

¹⁸Schnorr von Carolsfeld Arbeitsrecht S. 29.

¹⁹Bundestagsdrucksache IV 938 S. 18; vgl. RVO-Gesamtkommentar § 637 Anm. 1.

Bedeutung bei Personen, die nicht dem Betrieb angehören, die nur in dem Betrieb tätig sind²⁰. Dem Betrieb angehörig sein, heißt also mehr, als nur in ihm tätig sein. Der Betriebsangehörige muß an den soziologischen Beziehungen im Betrieb teilhaben, er muß Mitglied des zwischen den Arbeitern bestehenden Gemeinschaftsverhältnisses sein, er muß dem Betrieb eingegliedert sein²¹.

Dieses Erfordernis erfüllen auch Angehörige eines Hilfs- oder Nebenbetriebes, wenn sie mit Angehörigen des Hauptbetriebes zusammenarbeiten. Denn die erforderliche räumliche Nähe und organisatorische Verbindung²² ist hier gegeben. Bei der Wertung des Begriffes "Betrieb" und "in demselben Betrieb tätig" dürfen die tatsächlichen Verhältnisse nicht außer Acht gelassen werden²³.

Ist der Schädiger Betriebsangehöriger, so ist es für seinen Haftungsausschluß ohne Bedeutung, ob er auch dem gleichen Unternehmen wie der Verletzte angehört, oder ob er eigentlich Beschäftigter eines anderen Unternehmers ist und nur auf Grund einer besonderen Abmachung mit diesem nun auch in den Betrieb des neuen Unternehmers wie dessen eigener Arbeiter eingegliedert ist²⁴; denn weil § 637 RVO auch auf § 636 Abs. 2 RVO verweist, sind Betriebsangehörige auch die in den Betrieb eingegliederten Arbeiter eines anderen Unternehmers und die nur vorübergehend als Helfende in den

²⁰ Bundestagsdrucksache IV 938 S. 18.

²¹ Gunkel S. 30; Ilgenfritz NJW 63/1047; Elleser SozVers 64/136; Küchenhoff JuS 67/255; Florschütz S. 83.

²² Schnorr von Carolsfeld Arbeitsrecht S. 31 lit. d.

²³ Ilgenfritz BG 63/405; Florschütz S. 83; Lauterbach § 637 Anm. 8.

²⁴ Lauterbach § 637 Anm. 9; Götz Hueck RdA 62/186; Elleser BB 64/11219; Florschütz S. 84; Ilgenfritz BB 63/405 und NJW 63/1047; Linthe S. 24.

Klein BB 64/644 ist der Ansicht, Betriebsangehöriger sei nicht, wer auf Grund eines Leiharbeitsverhältnisses in demselben Betrieb tätig und nur dadurch Versicherter geworden sei.

Betrieb eingegliederten nach § 539 Abs. 2 RVO versicherten Personen.

Durch das Erfordernis der Eingliederung, das für alle mehrseitigen Arbeitsverhältnisse Wesensmerkmal ist, kommt zum Ausdruck, daß dieselbe Betriebsverbundenheit bestehen muß wie unter Stammarbeitern des Betriebes und deshalb haftungsrechtliche Unterschiede nicht gemacht werden können²⁵.

Angehöriger des Unfallbetriebes muß nur der Schädiger sein, nicht dagegen der Verletzte. Dieser muß lediglich Versicherter und im Unfallbetrieb tätig geworden sein.

b) Betriebsfremder

Der Nicht-Betriebsangehörige, der Betriebsfremde, genießt nicht das Haftungsprivileg des § 637 RVO.

Betriebsfremd sind die vorübergehend oder aus Gefälligkeit tätigen Personen, wenn sie nicht dem Betrieb eingegliedert sind²⁶. Dies ergibt sich aus dem Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses des Bundestags²⁷, nach dem ein Antrag abgelehnt wurde, nur vorübergehend tätige Personen freizustellen, die im Betrieb tätig sind, ohne ihm als Arbeitnehmer anzugehören. Der tiefere Sinn, den Arbeitsfrieden zu wahren wird nicht in Frage gestellt, wenn Ansprüche gegen betriebsfremde Arbeitnehmer nicht abgeschnitten werden.

²⁵Lauterbach § 637 Anm. 8.

²⁶Lauterbach § 637 Anm. 8; Geigel S. 874 RdNr. 106; Detle BG 64/332; Eller BB 64/1217; Bereiter-Hahn § 637 RdNr. 3; Gotzen-Doetsch S. 169; Schmalzl NJW 63/1707; Küchenhoff JuS 67/255; a. A. LAG Frankfurt DB 66/1021; OLG Stuttgart VersR 65/977.

²⁷Bundestagsdrucksache IV 938 S. 18.

Betriebsfremd sind auch diejenigen Bediensteten e i n e s Unternehmers, die irgendeinem seiner Betriebe, aber gerade nicht dem Unfallbetrieb angehören²⁸. Es ist nicht möglich, alle Arbeiter eines Unternehmers, seien sie auch in verschiedenen Betrieben tätig, als Betriebsangehörige eines jeden einzelnen Betriebs anzusehen²⁹. Das Gesetz spricht nicht von Unternehmensangehörigen³⁰. Der Arbeitsfriede verdient nur Schutz im Betriebsbereich³¹.

Wenn der Betriebsfremde einen Arbeitsunfall durch einen Arbeitsunfall durch einen Betriebsangehörigen erleidet, hat er keine Ansprüche. Wenn er dagegen einen Arbeitsunfall des Betriebsangehörigen verursacht, haftet er diesem, denn für ihn gilt § 637 RVO ja nicht³². Hieran zeigt sich, daß die vom UVNG vorgenommene Regelung der Haftung unter Arbeitnehmern nicht problemlos ist³³. Es

²⁸ Lauterbach § 637 Anm. 8; Florschütz S. 32. A. A. Saum SozVers 64/41 und Seitz S. 261.

²⁹ Ausgenommen den oben erwähnten Fall von Haupt- und Hilfsbetrieb.

³⁰ Klein S. 34 und BB 64/644; Isenhardt BB 63/407 und NJW 63/1047; Florschütz S. 81; Schmalzl NJW 63/1707; vgl. auch Detle BG 64/332 und Elleser BB 64/1219.

³¹ Bundestagsdrucksache IV 938 S. 18. BGH BB 59/157; vgl. auch BGH NJW 61/2156; Geigel SozVers 63/296; Andrée DB 63/553.

³² Geigel S. 875 RdNr. 106; Klein S. 35; Schmalzl NJW 63/1707. Florschütz S. 34 will dies Ergebnis nicht wahrhaben. Er verkennt bei seiner Kritik an Schmalzl und Klein aber, daß diese zwischen eingegliederten Arbeitern und Stamarbeitern nicht differenzieren wollten, sondern nur zwischen Stamarbeitern und nichteingegliederten Arbeitern.

³³ Eine besondere Problematik ergibt sich aus der Frage, ob im Falle schadensgeneigter Arbeit der betriebsfremde, jedoch dem gleichen Unternehmen angehörige Schädiger einen Anspruch auf Freistellung gegen den gemeinsamen Unternehmer hat; dieser haftet ja wegen § 636 RVO nicht für den Arbeitsunfall. Der Fall unterscheidet

erscheint unbillig, dem betriebsfremden Arbeiter Ersatzansprüche wegen eines von Betriebsangehörigen verschuldeten Unfalles abzuschneiden, ihn aber andererseits für einen von ihm verursachten Unfall haften zu lassen.

Von dem Zweck des Gesetzes her, den Betriebsfrieden zu sichern, war diese Lösung nicht notwendig. Denn der Betriebsfriede wird nach der Begründung nicht gefährdet, wenn der Betriebsangehörige gegen den Betriebsfremden Ansprüche geltend macht. Er wird aber ebensowenig gestört, wenn der Betriebsfremde gegen den Betriebsangehörigen Ansprüche geltend macht. Denn wenn beide Kontrahenten nicht demselben Betrieb angehören, kann eine Betriebsverbundenheit und damit der Betriebsfriede nicht beeinträchtigt werden.

sich von dem, der Anlaß für den Beschluß des Großen Senats des BAG vom 25. 9. 1957 (BAGE 5/1) war, nur dadurch, daß hier eine Betriebsverbundenheit des Verletzten und des Schädigers fehlte.

Klein S. 85 und Schmalz NJW 63/1706 schlagen vor, die Lösung in Anlehnung an die Entscheidung des BAG in NJW 63/778 zu suchen. Dort war als entscheidend für den Haftungsausschluß zwischen den an sich verschiedenen Betrieben angehörigen Schädiger und Verletzten angesehen worden, daß der Lebensatbestand der gemeinsamen Arbeit und des gemeinsam erstrebten Arbeitserfolges vorgelegen habe. Dies habe schon die nötige Verbundenheit zwischen den Arbeitnehmern ausgemacht. Das hilft aber dann nicht weiter, wenn Schädiger und Verletzter nebeneinander an verschiedenen Arbeitserfolgen arbeiten. Eine Lösung läßt sich, will man die Haftungsfreistellung des Unternehmers beibehalten, wohl nur erreichen, wenn man das Erfordernis der Betriebsangehörigkeit des Schädigers in § 637 RVO fallen läßt.

Manau in Gamillscheg-Manau S. 123 möchte hier das Unternehmerprivileg beschränken. Klein S. 85 Fußn. 114 hält eine gesetzliche Unachtsamkeit für möglich.

Das Problem taucht nicht auf, wenn der Betriebsfremde Angehöriger eines fremden Unternehmers ist. Denn im Verhältnis zu diesem ist der verunglückte Betriebsangehörige des weiteren Unternehmers ein beliebiger Dritter, so daß § 636 RVO nicht eingreift. Vgl. Klein BB 64/644 (646).

c) Betriebliche Tätigkeit

Der Betriebsangehörige genießt das Haftungsprivileg des § 637 RVO nur, wenn er den Arbeitsunfall des anderen durch eine betriebliche Tätigkeit herbeigeführt hat.

Dieses Merkmal soll von der privaten, eigenwirtschaftlichen Tätigkeit abgrenzen. Es ist dann gegeben, wenn der Schädiger mit seiner unfallbringenden Tätigkeit dem Betrieb dienen wollte, wenn er im Rahmen seines betrieblichen Wirkungskreises gehandelt hat, wenn er eine Betriebsaufgabe erfüllen wollte, wenn seine Tätigkeit mit dem Zwecke des Betriebs zusammenhängt, wenn sie im Rahmen eines betriebsbezogenen Verhältnisses ausgeführt wurde³⁴. Die betriebliche Tätigkeit muß im Unfallzeitpunkt vorgelegen haben³⁵.

Die betriebliche Tätigkeit ist begrifflich nicht der Betriebsangehörigkeit oder der Tätigkeit im Betrieb gleichzusetzen. Auch mit der Anerkennung eines Unfalles als Arbeitsunfalles ist noch nichts darüber gesagt, ob er auch durch betriebliche Tätigkeit verursacht wurde. Denn, ob ein Arbeitsunfall vorliegt, beurteilt sich aus der Person des Verletzten, ob er durch betriebliche Tätigkeit herbeigeführt wurde, allein aus der Person des Schädigers³⁶.

Deshalb kann auch ein Wegeunfall durch betriebliche Tätigkeit verursacht werden. Zwar ist der Gang zum Betrieb selber keine betriebliche Tätigkeit, sondern hängt nur mit ihr zusammen³⁷. Wer aber auf diesem Gang einen Unfall erleidet, erleidet nach § 550 RVO einen Arbeits-

³⁴ Wussow TZ 1958; Lauterbach § 637 Anm. 12.

³⁵ Lauterbach § 637 Anm. 12; Wussow TZ 1958; Klein BB 64/644.

³⁶ Lauterbach § 637 Anm. 12; Wussow TZ 1958; Klein BB 64/644; Gunkel SozVers 63/296.

³⁷ Lauterbach § 637 Anm. 12; Dette BG 64/331; Ilgenfritz BB 53/403 u. NJW 63/1046. A. A. Klein BB 64/644 Fußn. 13.

unfall und dieser kann wohl von einem Betriebsangehörigen durch eine betriebliche Tätigkeit verursacht worden sein³⁸.

Da das Merkmal der betrieblichen Tätigkeit nur für den Betriebsangehörigen verlangt wird, will er in den Genuß des Haftungsprivilegs kommen, nicht dagegen für den Unternehmer, ist die vom UVNG angestrebte haftungsrechtliche Gleichstellung zwischen Betriebsangehörigen und Unternehmer nicht erreicht³⁹. Die unterschiedliche Behandlung ist aber im Hinblick darauf gerechtfertigt, daß der Unternehmer ganz allein die Lasten der Unfallversicherung zu tragen hat, während der Betriebsangehörige ohne Gegenleistung das Haftungsprivileg genießt⁴⁰.

II. Die Haftungsbeschränkung

Nach §§ 636, 637 RVO sind der Unternehmer und der Betriebsangehörige zum Ersatz des Personenschadens dann verpflichtet, wenn sie den Arbeitsunfall vorsätzlich^{40a} herbeigeführt haben oder wenn der Arbeitsunfall bei der Teilnahme am allgemeinen Verkehr eingetreten ist.

Deren eigene Haftung ist in diesen Fällen wieder hergestellt. Es handelt sich somit um eine Ausnahme von der Ausnahme des Haftungsausschlusses. Dennoch ist es gerechtfertigt, auch hier von einem Haftungsprivileg zu sprechen. Denn die Schadensersatzansprüche gegen den Unternehmer und Be-

³⁸Florschütz S. 88 ist mindestens mißverständlich, wenn er sagt, Wegeunfälle würden nicht zur betrieblichen Tätigkeit gerechnet.

³⁹Vgl. Klein S. 57 Fußn. 89 und S. 77.

⁴⁰Dette BG 64/331.

^{40a}

Zum erforderlichen Bezugspunkt des Vorsatzes vgl. Schnorr von Carolsfeld Arbeitsrecht S. 212.

triebsangehörigen vermindern sich um die Leistungen der Sozialversicherungsträger. Eine Bevorzugung vor anderen Schädigern bleibt also bestehen.

Zum Nachteil des Verletzten wirkt sich diese Bevorzugung nicht aus; er erhält seinen gesamten Schaden (einschließlich Schmerzensgeld) ersetzt: soweit die Versicherungsleistungen seinen vollen Schaden nicht decken, besteht der Anspruch gegen den Schädiger.

Aus § 637 RVO folgt für den Betriebsangehörigen, daß, auch wenn er den Arbeitsunfall seines Kollegen vorsätzlich herbeigeführt oder bei der Teilnahme des Verletzten am allgemeinen Verkehr verschuldet hat, untersucht werden muß, ob er betrieblich tätig war⁴¹. Denn nur wenn er den Arbeitsunfall durch eine betriebliche Tätigkeit verursacht hat, gelten für ihn §§ 637, 636 RVO und damit auch die Haftungsbeschränkung nach § 636 Abs. 1 Satz 2 RVO. War er nicht betrieblich tätig, so haftet er nach den allgemeinen Regelungen, da dann § 637 RVO überhaupt keine Anwendung findet.

1. Vorsatz

Der erste, wenngleich wegen seiner Seltenheit nicht wichtigste Fall der persönlichen Haftung des Unternehmers und der Betriebsangehörigen ist der des vorsätzlich herbeigeführten Arbeitsunfalles. Es entspricht den Grundsätzen von Recht und Billigkeit, daß der, dem vorsätzlich ein Schaden zugefügt wurde, auch vollen, von keinem Haftungsausschluß beeinträchtigten Ersatz bekommt⁴².

⁴¹RVO-Gesamtkommentar § 637 Anm. 7.

⁴²Rein S. 144.

Weil § 636 RVO privatrechtliche Schadensersatzleistungen betrifft, ist für den Begriff des Vorsatzes der des Zivilrechts maßgebend⁴³. Vor dem UVNG konnte das noch zweifelhaft sein; denn § 898 a. F. RVO forderte, daß der Vorsatz des Schädigers strafgerichtlich festzustellen sei. Dies hat § 636 n. F. RVO nicht übernommen; er ist damit von strafrechtlichen Elementen befreit, so daß nur der zivilrechtliche Vorsatzbegriff gelten kann.

Vorsätzlich handelt, wer sich den Erfolg seines Handelns vorstellt und ihn in Kenntnis der Pflichtwidrigkeit seiner Herbeiführung dennoch in seinen Willen aufnimmt. Vorsatz ist der auf den rechtswidrigen Erfolg gerichtete Wille⁴⁴.

Es ist nicht erforderlich, daß der Täter mit Absicht (Vorsatz ist auf einen ganz bestimmten Erfolg gerichtet)⁴⁵ oder mit "Dolus directus" gehandelt hat; es genügt "dolus eventualis"⁴⁶. Der Täter haftet also, wenn er wenigstens in dem Bewußtsein gehandelt hat, daß durch sein Verhalten der Versicherte geschädigt werden könnte und wenn er diesen Erfolg billigend in Kauf genommen hat.

2. Teilnahme am allgemeinen Verkehr

Von großer praktischer Bedeutung ist die Beseitigung des Haftungsausschlusses, wenn der Arbeitsunfall des Versicherten bei seiner Teilnahme am allgemeinen Verkehr eingetreten ist. Sie geht zurück auf das Gesetz über die erweiterte Zulassung von Dienst- und Arbeitsunfällen vom 7. 12. 1943⁴⁷. Die Regelung dieses Gesetzes ist, insoweit sie hier von Bedeutung ist, ohne sachliche Änderung in das UVNG übernommen worden, weil

⁴³Geigel S. 867 RdNr. 87; Rein S. 145.

⁴⁴Larenz Lehrbuch des Schuldrechts, Allg. Teil § 19 II, S. 218. Zum erforderlichen Schuldbezugspunkt vgl. Schnorr von Carolsfeld Arbeitsrecht S. 212.

⁴⁵Lauterbach § 553 Anm. 6; Bereiter-Hahn § 553 Anm. 3.

⁴⁶Geigel S. 867 RdNr. 87; Lauterbach § 636 Anm. 32.

⁴⁷RGBI. I 674.

die ihm zugrundeliegenden Gedanken ihre Gültigkeit nicht verloren haben⁴⁸. Diese Gedanken sind folgende:

Angesichts des immer größer werdenden Verkehrs wuchs die Gefahr, daß ein Versicherter auf seinem Wege vom und zum Ort seiner Tätigkeit von seinem Arbeitgeber oder von Arbeitskollegen verletzt wird. Um die Schlechterstellung des Versicherten bei einem solchen Unfall gegenüber einem nicht unter Versicherungsschutz Stehenden zu beseitigen, wurde der Haftungsausschluß aufgehoben. Alle Teilnehmer am allgemeinen Verkehr sollten haftungsrechtlich gleichgestellt sein⁴⁹. Der Haftungsausschluß ist auch deswegen nicht gerechtfertigt, weil Arbeitsunfälle, die auf dem Wege von und zur Arbeit passieren, mit der dienstlichen Tätigkeit nur in einem verhältnismäßigen Zusammenhang stehen⁵⁰.

Unter allgemeinem Verkehr ist der jedermann zugängliche Verkehr auf den öffentlichen Straßen, Plätzen und Wegen zu verstehen⁵¹. Der Versicherte nimmt am allgemeinen Verkehr teil, wenn er sich auf Grund eigenen Entschlusses beliebig in den Verkehr einordnen, sich frei in ihm bewegen und sich nach seinem Belieben aus ihm ausgliedern kann, wie jeder andere Verkehrsteilnehmer auch⁵².

⁴⁸Bundestagsdrucksache IV/120; Lauterbach § 636 Anm. 34.

⁴⁹Vgl. Gunkel S. 33; Klein S. 66; Ilgenfritz NJW 63/1047.

⁵⁰Vgl. amtliche Begründung des Gesetzes vom 7. 12. 1943 in DJ 44/21.

⁵¹Haase-Koch § 636 Anm. 8 a.

⁵²Lauterbach § 636 Anm. 36; Bereiter-Hahn § 636 Anm. 11.
Vgl. auch Schnorr von Carolsfeld Arbeitsrecht S. 267.

Der Begriff der Teilnahme am allgemeinen Verkehr soll abgrenzen vom sogenannten "betrieblichen Verkehr". Wer an einem Verkehr teilnimmt, der sich in der betrieblichen Sphäre abspielt, der sich als reine innerbetriebliche Angelegenheit zwischen dem Unternehmer und dem Arbeitnehmer darstellt⁵³, der nimmt nicht am allgemeinen Verkehr teil. Entscheidend ist, ob der Versicherte als Betriebsangehöriger am Verkehr teilnimmt, ob er den Unfall gerade deswegen erleidet, weil er eine mit dem Betrieb zusammenhängende Tätigkeit ausübt oder ob auch eine andere betriebsfremde Person in gleicher Weise zu Schaden hätte kommen können⁵⁴.

Ob der Versicherte am allgemeinen Verkehr teilgenommen hat, ist nur von seiner Warte aus zu beurteilen⁵⁵. Gleichgültig ist, ob der Unternehmer oder Betriebsangehörige bei der schadenszufügenden Handlung am allgemeinen Verkehr teilgenommen haben. Die Teilnahme am allgemeinen Verkehr ist ein nur beim Verletzten zusätzlich mögliches Tatbestandselement, das die für Arbeitsunfallschäden ausgeschlossene Haftung des Unternehmers bzw. Betriebsangehörigen wieder aufleben läßt⁵⁶.

Der Begriff der Teilnahme am allgemeinen Verkehr ist ein relativer. Denn es ist möglich, daß sich der Unfall des Verletzten, wenn er Leiharbeiter ist, dem verleihenden Unternehmer gegenüber als Arbeitsunfall bei Teilnahme am allgemeinen Verkehr darstellt, während er sich dem

⁵³Rein S. 151.

⁵⁴BGHZ 8/330 (337); BGHZ 3/298 (304); BGH VersR 56/36; BGH VersR 64/270; BAG BB 56/927; Gotzen BStSozArbR 63/200; Linthe S. 23.

⁵⁵Vgl. Klein S. 77.

⁵⁶Klein BB 64/644.

entleihenden Unternehmer gegenüber als Arbeitsunfall bei Teilnahme am innerbetrieblichen Verkehr darstellt⁵⁷.

§ 3: Die Ersatzansprüche der Versicherungsträger

I. Der abgeleitete Anspruch

1. Der Rechtsübergang nach § 1542 RVO

Nach § 1542 RVO gehen Ansprüche des Versicherten oder seiner Hinterbliebenen auf Ersatz des Arbeitsunfallschadens auf den Versicherungsträger über, soweit dieser nach der RVO Leistungen zu gewähren hat.

Der Unfallversicherte erhält bei einem Arbeitsunfall die gesetzlich festgelegten Sozialleistungen vom Versicherungsträger. Ohne den gesetzlichen Forderungsübergang nach § 1542 RVO könnte der Versicherungsträger gegen den Schädiger keinen Ersatzanspruch geltend machen, weil er nur mittelbar Geschädigter ist. Die Folge wäre, daß der Versicherte dann bereichert wäre, weil er selbst sowohl vom Versicherungsträger wie auch vom Schädiger Ersatz erhielte. Ein Gewinn des Verletzten wäre jedoch unbillig. Ebenso ungerechtfertigt wäre es, wenn der Schädiger einen Vorteil hätte, wenn er dem Verletzten keinen Ersatz leisten müßte. Deshalb kam der Gesetzgeber zu folgender Lösung: Die Leistungspflicht des Schädigers muß voll bestehen bleiben. Der verletzte Versicherte muß sofort Klarheit über seine Rechtslage haben und folglich einen Anspruch gegen den Versicherungsträger auf Versicherungsleistungen besitzen. Der Anspruch des Verletzten gegen den Schädiger muß sofort auf den Versicherungsträger übergehen¹.

⁵⁷Vgl. die amtl. Begründung zum Gesetz vom 7. 12. 1943 in DJ 44/21 bei § 1.

¹Schnorr von Carolsfeld DJ 37/1488; Geigel S. 821 RdNr. 48.

Dieser Vorgang kann einmal vom Gesichtspunkt des Vorteilsausgleichs aus verstanden werden. Es ist aber auch möglich, ihn unter folgendem Gesichtspunkt zu sehen: Wer in einer zum Schadensersatz verpflichtenden Weise Werte vernichtet, soll demjenigen zum Schadensersatz verpflichtet sein, der wirtschaftlich hierdurch geschädigt ist, gleich, ob er unmittelbar oder mittelbar Geschädigter ist. Hier ist der Versicherungsträger mittelbar Geschädigter. Da der Gesetzgeber dem Drittgeschädigten keinen allgemeinen Ersatzanspruch gewährt hat, mußte die Lösung einer Einzelregelung vorbehalten bleiben. Der § 1542 RVO hat für das soziale Versicherungsrecht eine befriedigende Lösung gebracht².

Der § 1542 RVO gilt für alle Träger der durch die RVO geregelten Versicherungszweige. Er gilt also für

Krankenkassen, § 225 RVO und
Ersatzkassen der Krankenversicherung, § 1543 a RVO;
die Seekrankenkasse, §§ 476 ff RVO;
Berufsgenossenschaften, §§ 646 ff RVO;
Landesversicherungsanstalten, § 1326 RVO.

Er gilt aber auch:

nach § 1372 Ziff. 20 RVO für die sogenannten Sonderanstalten, das sind nach § 1360 RVO die Deutsche Bundesbahn und die Seekasse in Hamburg

nach § 109 Abs. 2 RKuG für die Knappschaften als Träger der Kranken- und Rentenversicherung. Für die Bergbauberufsgenossenschaft gilt § 1542 RVO unmittelbar.

nach § 77 Abs. 2 AnVG für die Bundesanstalt für Angestellte in Berlin als Träger der Angestelltenrentenversicherung.

Für die Arbeitslosenversicherung bringt § 205 AVAVG eine entsprechende Regelung.

²Schnorr von Carolsfeld DJ 37/1488.

Der Rechtsübergang erfaßt die Ansprüche, die der Versicherte nach anderen gesetzlichen Vorschriften wegen des Unfalles hat.

Wenn der Unternehmer oder ein Betriebsangehöriger den Unfall zurechenbar verursachen, ist zu unterscheiden: der Versicherte und damit der Träger der Sozialversicherung kann gar keinen Anspruch haben, er kann einen beschränkten Anspruch haben und er kann einen vollen Anspruch auf Schadensersatz haben.

Er hat keinen Anspruch, wenn die Haftung des Unternehmers bzw. des Betriebsangehörigen nach § 636 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 und § 637 RVO ausgeschlossen ist. Ein Rechtsübergang kann dann nicht erfolgen.

Er hat einen beschränkten Anspruch, wenn der Unternehmer bzw. Betriebsangehörige den Unfall vorsätzlich herbeiführten oder der Unfall bei Teilnahme des Verletzten am allgemeinen Verkehr eintrat, § 636 Abs. 1 Satz 2 RVO. Da also ein - wenn auch beschränkter - Anspruch gegen den Schädiger besteht, wäre an sich ein Rechtsübergang nicht ausgeschlossen. Jedoch verbietet für diese Fälle § 1542 Abs. 1 Satz 3 RVO³ den Rechtsübergang ausdrücklich⁴.

Der Verletzte hat einen unverminderten Anspruch, wenn §§ 636, 637 RVO überhaupt nicht eingreifen; etwa, wenn sein Unfall kein Arbeitsunfall war oder wenn der Betriebsangehörige den Unfall durch eine nicht-betriebliche Tätigkeit herbeiführte. In diesen Fällen geht der

³§ 1542 Abs. 1 Satz 3 RVO ist nun zu lesen: "... Anspruch gegen den Unternehmer oder die ihm nach § 637 Gleichgestellten ...", Art. 4 § 16 UVNG. Vgl. Brackmann S. 976 e; Lauterbach § 637 Anm. 14; Götz Hueck RdA 63/226.

⁴Um trotzdem nicht eine doppelte Entschädigung des Verletzten zu ermöglichen, erreicht hier § 636 Abs. 1 Satz 2 RVO mit der Anspruchsverminderung das gleiche Ziel wie sonst § 1542 Abs. 1 Satz 1 RVO mit dem Rechtsübergang. Vgl. unten S. 110.

Anspruch des Verletzten nach § 1542 Abs. 1 Satz 1 RVO auf den Sozialversicherungsträger über. Der Satz 3 der Vorschrift steht dem nicht entgegen. Denn das Übergangsverbot erstreckt sich nicht auf die Fälle, in denen die Haftungssonderregelung der RVO überhaupt nicht zur Anwendung kommt⁵.

2. Mehrheit von Versicherungsträgern

Es ist nicht möglich und nicht notwendig, im Rahmen dieser Arbeit auf alle Probleme einzugehen, die der Rechtsübergang nach § 1542 RVO mit sich bringt. Es soll aber noch eine Frage gestreift werden, die auftaucht, wenn infolge eines Arbeitsunfalles für mehrere Versicherungsträger nach der RVO eine Leistungspflicht besteht: auf welchen dieser Versicherungsträger geht der Schadensersatzanspruch in welcher Höhe über?⁶

Die meisten der in der gesetzlichen Unfallversicherung versicherten Personen sind auch in anderen Zweigen der Sozialversicherung versichert. Sie gehören der Krankenversicherung und regelmäßig auch der Rentenversicherung der Arbeiter oder Angestellten an. Der Versicherungsfall der Unfallversicherung ist dann auch ein Versicherungsfall der Krankenversicherung und vielfach auch der Rentenversicherung.

a) Unfall- und Krankenversicherung

Welcher der beiden Versicherungsträger dem Verletzten Sozialleistungen erbringen muß, richtet sich nicht danach, an wen sich der Verletzte wendet und von wem er Hilfe fordert, noch richtet es sich danach, welcher der Versicherungsträger leisten will. Die Leistungspflicht

⁵Klein S. 88 Fußn. 119; Elleser SozVers 66/36; Gunkel S. 40; Wolber BG 65/489.

⁶Zu den Problemen, die auftauchen, wenn ein Versicherungsträger und der öffentliche Dienstherr leistungspflichtig sind, vgl. Pentz NJW 59/2149.

dem Verletzten gegenüber ist vom Gesetz genau festgelegt. Nach § 565 RVO trifft bei einem Arbeitsunfall die Krankenkasse die Verpflichtung zur Gewährung ihrer Kassenleistungen. Der Unfallversicherungsträger hat nur zusätzlich seine Leistungen zu ermitteln und, soweit sie die der Krankenkasse übersteigen, zu gewähren. Diese Vorleistungspflicht der Krankenkasse endet dann, wenn der Unfallversicherungsträger von seinem in § 565 Abs. 2 RVO gegebenen Recht Gebrauch macht, die Heilbehandlung zu übernehmen.

Von der Frage, wer an den Verletzten leisten muß, ist die Frage zu unterscheiden, wer im Verhältnis der Versicherungsträger zueinander im Innenverhältnis letztlich die Lasten tragen soll. Die Antwort hierauf gibt § 1504 RVO. Alle Aufwendungen bis zum 18. Tag nach dem Unfall gehen zu Lasten des Krankenversicherungsträgers. Die Aufwendungen für die folgende Zeit (mit Ausnahme des Sterbegeldes) gehen zu Lasten des Unfallversicherungsträgers.

Die Kosten der Krankenpflege trägt immer die Krankenversicherung; die Aufwendungen, für die gemäß § 565 Abs. 2 RVO übernommene Heilbehandlung und die während der Heilbehandlung zu gewährenden Geldleistungen treffen immer die Unfallversicherung.

Für das eingangs erwähnte Problem, auf welchen Versicherungsträger die Ansprüche des Versicherten nach § 1542 RVO übergehen sollen, gibt es nach dem Gesagten zwei Möglichkeiten. Entweder sie gehen auf denjenigen über, der letztlich die Aufwendungen tragen muß oder sie gehen auf den über, der dem Verletzten gegenüber unmittelbar zur Leistung verpflichtet ist.

Schon der Wortlaut des § 1542 RVO spricht für die zweite Alternative. § 1542 RVO spricht davon, daß der Anspruch gegen den Haftpflichtigen auf die Versicherungsträger insoweit übergeht, als sie dem Entschädigungsberechtigten Leistungen nach der RVO zu gewähren haben. Der Rechtsübergang ist also an die Voraussetzung geknüpft, daß der Versicherungsträger nach außen hin, d. h. dem Geschädigten gegenüber zur Leistung gesetzlich verpflichtet ist. Die internen Ausgleichsbestimmungen der §§ 1504 ff RVO berühren nicht die Rechtsbeziehungen zu einem Dritten. Sie verteilen lediglich unter öffentlich-fiskalischen Gesichtspunkten, die den verschiedenen sozialpolitischen Aufgaben, der unterschiedlichen Leistungskraft und den praktischen Bedürfnissen Rechnung tragen, die Sozialversicherungslast endgültig auf die Versicherungsträger⁷.

Für die zweite Alternative spricht auch das Erfordernis der Rechtssicherheit. Der Dritte muß durch einen Blick in das Gesetz den richtigen Gläubiger ohne größere Schwierigkeit ermitteln können. Diesem Ziel wird nur eine Lösung gerecht, die es nicht auf das interne, schwer durchschaubare Abrechnungsverhältnis der Versicherungsträger untereinander abstellt, sondern auf die klar erkennlichen Leistungspflichten dem Verletzten gegenüber⁸.

Der Rechtsübergang nach § 1542 RVO muß - unabhängig von den Vorschriften der §§ 1504 ff RVO über den internen Ausgleich unter den Versicherungsträgern - auf den Sozialversicherungsträger erfolgen, der nach § 565 RVO dem Verletzten gegenüber unmittelbar und in erster Linie leistungspflichtig ist⁹.

⁷BGH NJW 58/947.

⁸BGH NJW 58/947.

⁹BGH NJW 58/947; Haidinger LM Anm. zu § 1542 RVO Nr. 21; RVO-Gesamtkommentar § 1542 Anm. 8 d S. 84/5; Wussow TZ 1921; Lauterbach § 1542 Anm. 26; Seitz S. 186; Brackmann S. 982 a.

b) Unfall- und Rentenversicherung

Unfallversicherungsträger und Rentenversicherungsträger sind dem Verletzten gegenüber nach Maßgabe des § 1278 RVO verpflichtet. Grundsätzlich bestehen die Renten nebeneinander; die Rente aus der Rentenversicherung ruht nur insoweit, als ^{sie} zusammen mit der Verletztenrente aus der gesetzlichen Unfallversicherung 85 vom Hundert der maßgeblichen Bemessungsgrundlage übersteigt.

Wenn der Schadensersatzanspruch des Versicherten der Höhe nach ausreicht, um die Aufwendungen beider Versicherungsträger zu erstatten, geht er auf jeden in Höhe seiner Leistungen über.

Das Problem, wie sich der Rechtsübergang auf die Versicherungsträger vollziehen soll, taucht erst dann auf, wenn der Schadensersatzanspruch des Versicherten hinter der Höhe der Sozialleistungen zurückbleibt. Dann muß entweder der Anspruch des Versicherten auf jeden der Versicherungsträger verkürzt auf das, was jeder im Verhältnis der beiderseitigen Rentenbelastung auf sich nehmen muß, übergehen; die beiden Versicherungsträger wären dann Teilgläubiger. Oder ihre Ansprüche verkürzen sich nicht und sie bilden, soweit ihre Leistungen vom Schadensersatzanspruch höhenmäßig nicht zugleich gedeckt werden, eine Gläubigergemeinschaft mit der Pflicht zu interner Auseinandersetzung.

Der schon oben erwähnte Gesichtspunkt der Rechtssicherheit und Rechtsklarheit hat auch bei der Lösung dieses Problems entscheidende Bedeutung.

Die Aufteilung der einheitlichen Schadensersatzforderung unter mehrere gesetzliche Zessionare würde für den Schadensschuldner eine nicht unerhebliche Erschwerung seiner Rechtsstellung bedeuten. Selbst bei einer eingehenden Beschäftigung mit der sozialversicherungsrechtlichen Stellung des von einem Arbeitsunfall Betroffenen ist die Gefahr sehr naheliegend, daß der Schuldner an einen nichtberechtigten Versicherungsträger bezahlt und nachträglich einer erneuten Inanspruchnahme ausgesetzt ist, wenn jeder Versicherungsträger Gläubiger des Anspruchs nur zu einem bestimmten Teil wird. Ohne gründliche sozialrechtliche Kenntnisse und ohne umfangreiche schwierige Berechnungen wäre dem Schuldner die Ermittlung, in welcher Höhe er an welchen Versicherungsträger zahlen muß, nicht möglich. Er muß an jeden ohne Rechtsnachteil leisten können¹⁰.

Diese Argumente erfordern, daß jeder der Versicherungsträger dem Verletzten gegenüber voll berechtigt bleibt und daß die berechtigten Versicherungsträger Gesamtgläubiger sind¹¹.

Gegen die Annahme einer Gesamtgläubigerschaft spricht nicht das Bedenken, daß ein Versicherungsträger mißbräuchlich über die dem Mitgläubiger gebührenden eingezogenen Beträge verfügen könnte. Denn bei der öffentlichen Zielsetzung der Sozialversicherung entsprechenden Arbeitsweise der Versicherungsträger ist nicht zu erwarten, daß diese sich bei ihren Maßnahmen über die ihnen aus ihrer Spezialerfahrung bekannten berechtigten Belange anderer beteiligter Versicherungsträger hinwegsetzen¹².

¹⁰BGH NJW 58/1588.

¹¹BGH NJW 58/1588; Hauß IM Anm. zu § 1542 RVO Nr. 22; Seitz S. 188; Lauterbach § 1542 Anm. 26; RVO-Gesamtkommentar § 1542 Anm. 8 d S. 84/4; Wussow TZ 1919; Vollmar VersR 56/335; Geigel S. 810 RdNr. 20; Erman (Westermann) Anm. 4 vor § 420 BGB.

Für eine Teilgläubigerschaft sprechen sich aus Brackmann S. 982 b; Möhring VersR 56/80; Höring VersR 56/565.

¹²BGH NJW 58/1588.

Im übrigen besteht zwischen den konkurrierenden Versicherungsträger unbeschadet ihrer rechtlichen Selbständigkeit eine besondere Verbundenheit schon deshalb, weil sie gleichartige in einem sinnvollen Zusammenhang stehende öffentliche Aufgaben wahrnehmen¹³.

Durch die Annahme der Gesamtgläubigerschaft wird auch das im Interesse der Sozialversicherung wünschenswerte Ergebnis erreicht, daß der Schuldner schon bald auf Zahlung in Anspruch genommen werden kann, während bei der Annahme, schon im Außenverhältnis seien die Forderungen der Versicherungsträger verkürzt, Verzögerungen unvermeidbar wären, solange nur bei einem Versicherungsträger die endgültige Festsetzung der Versicherungsleistungen noch aussteht. Im Hinblick darauf wiegt der Nachteil gering, daß die Zahlungen nicht sofort auch an den Versicherungsträger kommen, dem sie im Ergebnis zustehen.

II. Der Rückgriff nach § 640 RVO

1. Der Erstattungsanspruch

Wenn Personen, deren Ersatzpflicht durch §§ 636, 637 RVO ausgeschlossen oder beschränkt ist, den Arbeitsunfall vorsätzlich oder grobfahrlässig herbeiführen, haften sie nach § 640 RVO den Sozialversicherungsträgern für deren gesamte Aufwendungen.

Diese Ersatzpflicht, die vor Erlass des UVNG in § 903 a. F. RVO festgelegt war, geht bis auf das Unfallversicherungsgesetz vom 6. 7. 1884 (§ 95) zurück.

Es besteht die Gefahr, daß Leichtsinns- und Gleichgültigkeit gegenüber den Unfallgefahren gefördert werden, wenn sich Unternehmer und Betriebsangehörige keiner-

¹³BGH NJW 58/1588.

bei Ersatzpflicht mehr ausgesetzt sehen. Dem soll der Regreß der Versicherungsträger vorbeugen. Die Verantwortungsbereitschaft der haftungsprivilegierten Personen soll wachgehalten und die Nachlässigkeit zurückge-
drängt werden. Somit hat der Anspruch eine praeventive Aufgabe: er soll in Sinne der Unfallverhütung erzieherisch wirken¹⁴.

Allerdings ist diese erzieherische Zielsetzung in gewissem Umfang fragwürdig geworden. Denn die Unternehmer, die doch in erster Linie für die Unfallverhütung zu sorgen haben, können sich durch den Abschluß einer Haftpflichtversicherung vor den Folgen einer Nachlässigkeit schützen. So werden sie vielfach persönlich von einer Ersatzforderung der Versicherungsträger nicht betroffen¹⁵. Es läßt sich aber nicht sagen, der erzieherische Zweck habe damit völlig seinen Sinn verloren¹⁶. Er tritt nur in den Hintergrund.

Wesentlicher Zweck des Rückgriffs ist, die Sozialversicherungsträger für ihre Aufwendungen anläßlich eines Unfalles schadlos zu halten¹⁷. Ihre Leistungsfähigkeit, die im Interesse aller Versicherten aufrecht erhalten werden muß, soll nicht durch unbedachtes Handeln gefährdet werden. Es kann den Versicherungsträgern nicht zugemutet werden, für vorsätzlich oder grobfahrlässig herbeigeführte Unfälle selbst aufzukommen. Wenn, wie bei der Berufsgenossenschaft, die Unternehmer zwangsweise Mitglieder sind, sollen sie nicht dafür mit ihren Beiträgen einstehen müssen, daß andere Personen die angebrachte Vor-

¹⁴Bundestagsdrucksache IV/938 S. 12; Bereiter-Hahn § 640 Anm. 1; RVO-Gesamtkommentar § 640 Anm. 1 a; Seitz S. 213; Stahl BG 53/271; Elleser SozVers 63/218.

¹⁵RVO-Gesamtkommentar § 640 Anm. 1 a; Bereiter-Hahn § 640 Anm. 1; Lauterbach § 640 Anm. 25; Stiegler S. 67; Seitz S. 213.

¹⁶So auch Rein S. 181 gegen Ebel VersR 51/282.

¹⁷BGH VersR 56/36; Stahl BG 53/274; Rein S. 182; Wussow BG 64/410.

sicht in ungewöhnlich hohem Maße außer Acht lassen. Die Personen, die das tun, müssen den Versicherungsträgern die finanzielle Einbuße ersetzen.

So stellt sich der Rückgriff nach § 640 RVO, ebenso wie die durch den Rechtsübergang nach § 1542 RVO herbeigeführte Regelung, als Weg zum Ersatz mittelbaren Schadens dar¹⁸.

Während die in § 1542 RVO getroffene Regelung aber den Anspruch des Verletzten auf den Versicherungsträger überleitete, bringt § 640 RVO einen eigenen, nicht abgeleiteten, in der Hand des Versicherungsträgers erwachsenen, originären Erstattungsanspruch¹⁹.

Die Rechtsnatur dieses Anspruchs ist nicht unbestritten. Eine Ansicht geht dahin, er sei öffentlich-rechtlicher Natur. Er entspringe dem Recht der Sozialversicherung und daher einer öffentlich-rechtlichen Materie. Die Rechtsbeziehungen zwischen der Berufsgenossenschaft und den Unternehmern sei hoheitlich bestimmt. Ein diesen Rechtsbeziehungen unterstellter Anspruch könne nicht privatrechtlich sein²⁰.

Demgegenüber spricht für die Ansicht, es handle sich um einen privatrechtlichen Anspruch, das gewichtige Argument, daß es an dem für einen öffentlich-rechtlichen Anspruch kennzeichnenden Über- und Unterordnungsverhältnis zwischen den Sozialversicherungsträgern und den Regreßschuldern doch fehlt²¹. Mag auch das Verhältnis

¹⁸ RVO-Gesamtkommentar § 640 Anm. 1 b; Lauterbach § 640 Anm. 23; Wussow BG 64/410; vgl. auch BGH VersR 57/180.

¹⁹ Das ist unbestritten; BGH VersR 57/180; Bereiter-Hahn § 640 Anm. 1; Schmalz NJW 63/1708; Elleser BG 66/272.

²⁰ Stahl BG 53/271; Gregor DB 65/999; Linthe BABl. 63/343; Ilgenfritz NJW 63/1046; Gitter Die Sozialgerichtsbarkeit 63/404; Feyock NJW 64/1706.

²¹ BGH NJW 57/384.

zwischen der Berufsgenossenschaft und ihren Mitgliedern, den Unternehmern, öffentlich-rechtlich bestimmt sein, so fehlt es somit zwischen der Berufsgenossenschaft und den Betriebsangehörigen an einem geschulten Anknüpf. Und auch alle anderen Versicherungsträger haben gegenüber den Unternehmern und deren Bediensteten keine schiedliche Einwirkungsmöglichkeit²². Der Anspruch aus § 640 RVO beinhaltet einen vor allem aus finanziellen Gründen gegebenen Erstattungsanspruch, dem es an einem den öffentlich-rechtlichen Charakter begründenden Kennzeichen fehlt²³.

Daß er seinen Ursprung in einer öffentlich-rechtlich geregelten Materie, dem Sozialversicherungsrecht hat, spricht nicht gegen seine privatrechtliche Natur; auch in überwiegend öffentlich-rechtlich ausgestalteten Beziehungen ist ein privatrechtlicher Anspruch möglich, zumal wenn er ausschließlich an privatrechtliche Tatbestände anknüpft.

Auch die Tatsache der Verzichtsmöglichkeit nach § 640 Abs. 2 RVO spricht nicht gegen die privatrechtliche Natur. Ihre Erwähnung beruht nur darauf, daß ohne § 640 Abs. 2 RVO die Organe der Versicherungsträger wegen § 14 des Selbstverwaltungsgesetzes²⁴ an einem Verzicht einbringlicher Forderungen gehindert wären²⁵.

Wegen seiner privatrechtlichen Natur ist der Anspruch aus § 640 RVO vor den ordentlichen Gerichten geltend zu machen²⁶.

²²So auch Lauterbach § 640 Anm. 23.

²³Lauterbach § 640 Anm. 23; Wussow BG 64/410.

²⁴In der Fassung vom 23. 8. 1967 (BGBl. I S. 917).

²⁵Rein S. 185.

²⁶BGH NJW 57/364; Elleser SozVers 63/217 und BG 66/271; Lauterbach § 640 Anm. 23; Bereiter-Haas § 640 Anm. 1; Gotzen-Doetsch S. 179; RVO-Gesamtkommentar § 640 Anm. 16; Schmalzl NJW 63/1708; Wussow BG 64/410; Rein S. 186; Seitz S. 213; Vollmar VersR 64/29.

2. Die Rückgriffsschuldner

Der Anspruch aus § 640 RVO besteht gegen Personen, deren Ersatzpflicht durch §§ 636, 637 RVO beschränkt ist.

Entsprechend der durch das UVNG auch für Betriebsangehörige eingeführten Haftungsprivilegierung hat § 640 RVO gegenüber § 903 a. F. RVO den Kreis der Rückgriffsverpflichteten erweitert: alle Betriebsangehörigen, nicht mehr nur unternehmerähnliche Personen, werden von § 640 RVO erfaßt²⁷. Erfüllt ein Betriebsangehöriger zusammen mit dem Unternehmer den Haftungstatbestand, so ist ein gleichzeitiger Rückgriff des Versicherungsträgers gegen beide Schuldner möglich²⁸.

Durch die Verwendung des Wortes "beschränkt" können Zweifel entstehen, ob die Ersatzpflicht tatsächlich im konkreten Fall nach § 636 Abs. 1 Satz 2 RVO beschränkt sein muß, damit § 640 RVO Anwendung finden kann oder ob § 640 RVO immer dann eingreift, wenn der Schädiger zu den nach §§ 636, 637 RVO in ihrer Haftung privilegierten Personen gehört.

Wenn der Unternehmer bzw. Betriebsangehörige den Unfall vorsätzlich herbeigeführt hat, ist seine persönliche Haftung wiederhergestellt, aber nach § 636 Abs. 1 Satz 2 RVO "beschränkt" auf den die Versicherungsleistungen übersteigenden Betrag. In diesem Fall ist der Regreß schon nach dem Wortlaut des § 640 RVO gegeben.

²⁷ Zur daraus folgenden Problematik des innerbetrieblichen Schadensausgleichs vgl. Lauterbach § 640 Anm. 26; RVO-Gesamtkommentar § 640 Anm. 6 e; Seitz S. 230.

²⁸ BGH VersR 57/180 (181); Lauterbach § 640 Anm. 5; Seitz S. 220.
Unternehmer und Betriebsangehöriger sind Gesamtschuldner des Sozialversicherungsträgers. Im Hinblick auf die Grundsätze der schadensgeneigten Arbeit kann sich im Innenverhältnis die alleinige Haftung des Unternehmers ergeben.

Dem Vorsatzunfall rechtlich gleichgestellt ist in § 636 RVO der Unfall des Verletzten bei seiner Teilnahme an allgemeinem Verkehr. Hat ihn der Unternehmer . . . Betriebsangehörige grobfahrlässig herbeigeführt, so besteht auch hierfür der Anspruch nach § 640 RVO²⁹; denn auch kann die Haftung des Schlägers nach § 636 Abs. 1 Satz 1 RVO "beschränkt" sein. Daß § 640 RVO auch für solche Unfälle gelten soll, ergibt sich auch aus den Gesetzesmaterialien. Im Regierungsentwurf eines UVNG³⁰ war bestimmt, daß für Unfälle bei Teilnahme am allgemeinen Verkehr der Erstattungsanspruch nicht möglich sein solle. Auf Vorschlag des Bundesrates wurde diese Bestimmung aber gestrichen.

Den Regreß nur in den genannten zwei Fällen zuzulassen, wäre unvereinbar mit dem oben beschriebenen Zweck der Forderung. Zwar ist nur in diesen beiden Fällen die Haftung "beschränkt" nach § 636 Abs. 1 Satz 2 RVO. Das "beschränkt" in § 640 RVO darf aber nicht so eng ausgelegt werden. Neben dem Sinn der Vorschrift spricht auch der Wortlaut dafür.

Wenn "beschränkt" tatsächlich nur beschränkt im Sinne des § 636 Abs. 1 Satz 2 RVO hieße, wäre das Wort "vorsätzlich" in § 640 RVO überflüssig. Denn bei einem vorsätzlich herbeigeführten Unfall ist eben die Haftung beschränkt. Wenn "vorsätzlich" doch noch ausdrücklich erwähnt wurde, so zeigt sich daran, daß das "beschränkt" nicht nur im strengen Sinn des § 636 Abs. 1 Satz 2 RVO aufgefaßt werden darf, sondern daß darüber hinaus alle

²⁹ Lauterbach § 640 Ann. 4; Hasse-Kille § 640 Ann. 1; Ilgenfritz NW 66/1046; Gunkel S. 49; Schmalz VersR 64/31; Wieser ID 64/1413 und SozVers 16/37; Witz Recht RGA 65/124.

³⁰ Bundestagsdrucksache III 789 § 632 Abs. 1.

diejenigen Fälle erfaßt werden sollen, in denen die Haftung von Personen gegenüber dem allgemeinen Haftungsrecht besonders geregelt ist. Die Ersatzpflicht im Sinne des § 640 RVO ist nicht nur beschränkt, wenn sich der Anspruch des Geschädigten um die Leistungen des Versicherungsträgers vermindert; sie ist auch beschränkt, wenn die Haftung ganz ausgeschlossen ist. Die Forderung nach § 640 RVO richtet sich nicht nach der Art des Arbeitsunfalles, sondern nach der Zugehörigkeit des Schädigers zur privilegierten Gruppe. Es genügt für § 640 RVO, wenn zwischen Schädiger und Geschädigtem ein persönliches Verhältnis der in §§ 636, 637 RVO genannten Art vorliegt.

Ist die Haftung des Unternehmers oder des Arbeitskollegen nicht ausgeschlossen oder vermindert, etwa weil gar kein Arbeitsunfall vorlag oder weil der Arbeitskollege den Arbeitsunfall durch eine nicht-betriebliche Tätigkeit verursacht hatte, greift also die Haftungssonderregelung der §§ 636, 637 RVO überhaupt nicht ein, so ist dem Versicherungsträger ein Rückgriff nach § 640 RVO nicht möglich. Er bleibt aber trotzdem nicht ohne Ersatzmöglichkeit, denn in solchen Fällen gehen die Schadensersatzansprüche des Verletzten nach § 1542 Abs. 1 Satz 1 RVO auf ihn über; der Rechtsübergang ist nicht durch § 1542 Abs. 1 Satz 3 RVO ausgeschlossen³¹.

Ein Nebeneinander von übergegangenen und eigenen Ansprüchen gegen den gleichen Schädiger ist nach dem Gesagten nicht möglich³². Entweder greift § 1542 RVO oder § 640 RVO ein. Es kann immer nur einer der Ansprüche oder der andere gegeben sein. Insofern stehen die Ansprüche in wechselseitiger Beziehung.

³¹Vgl. oben S. 24.

³²Lauterbach § 640 Anm. 37; Klein S. 88 f und 92.

Zweiter Teil

Einwendungen gegen die Ersatzansprüche

§ 4: Einwendungen gegen den Schadensersatzanspruch des Geschädigten

I. Einwendungen des Dritten gegen den auf den Versicherungs- träger übergegangenen Anspruch

1. Mitverschulden des Verletzten

Aus der Natur des Forderungsüberganges ergibt sich, daß der Versicherungsträger gemäß §§ 412, 404 BGB alle Beschränkungen des auf ihn übergegangenen Anspruchs in gleichem Maße gegen sich gelten lassen muß, wie sie gegenüber dem Verletzten gelten würden.

Der Schadensersatz des Verletzten vermindert sich, wenn ihn Mitschuld am Arbeitsunfall trifft oder wenn er aus Gefährdungshaftung mitverantwortlich ist, § 254 BGB, 17 StVG. Es kann auf den Versicherungsträger auch nur dieser verminderte Anspruch übergehen. Die Forderung des Versicherungsträgers ist dann mit dem Einwand des Mitverschuldens behaftet¹. Will der Versicherungsträger den ganzen Schaden ersetzt haben, kann der Schädiger mit Erfolg die Mitverantwortlichkeit des Verletzten geltend machen².

Ein Mitverschulden des Verletzten kann auch darin liegen, daß er die weitere Entwicklung des Schadens negativ beeinflußt, indem er durch Nichtinanspruchnahme ärztlicher Hilfe die Heilung hinauszögert. Dies müssen sich die Versicherungsträger nach § 254 Abs. 2 BGB entgegenhalten lassen, obwohl der Einwand erst nach

¹RGZ 148/19 (21); BGH VersR 54/176; OLG Köln VersR 56/17; Brachmann S. 779; Erman (Erman) § 254 Anm. 11; Maschke 12 1925; Geigel S. 831 RdNr. 85; Seitz S. 267.

²RGZ 153/38 (41); OGH BrZ NJW 50/823.

dem Forderungsübergang entstanden ist³. Denn der Einwand hat seinen Rechtsgrund in der Schadensminderungspflicht des Geschädigten und dieser Rechtsgrund war bereits im Zeitpunkt des Forderungsübergangs existent.

2. Mitverschulden des Unternehmers oder Betriebsangehörigen

a) Ungehinderter Rechtsübergang

Soweit sich der Schadensersatzanspruch des Geschädigten nicht wegen eigener Mitverantwortlichkeit vermindert, geht der Rechtsübergang ungehindert vor sich. Ein Verschulden anderer Personen hat keinen Einfluß auf den Forderungsübergang. Der Wortlaut des § 1542 RVO bestimmt, daß der Anspruch insoweit übergeht, als der Verletzte Ersatz seines Schadens verlangen kann. Der Verletzte kann aber vom Drittschädiger vollen Schadensersatz verlangen. Sein Anspruch vermindert sich nicht deswegen, weil noch andere an dem Unfall beteiligt waren. Also geht sein Anspruch auch unbeeinflusst vom Verhalten anderer über. Es ist angesichts der unmißverständlichen Vorschrift nicht möglich, zu einem anderen Ergebnis zu kommen.

Hätte der Gesetzgeber beabsichtigt, die Forderung gegen den Dritten nicht in vollem Umfang auf den Versicherungsträger übergehen zu lassen, sondern sie zu beschränken, sobald den Unternehmer oder Betriebsangehörigen ein ursächliches Verschulden trifft, so hätte er es mit Sicherheit zum Ausdruck gebracht⁴. Gelegenheit dazu hätte bereits bei Erlass der RVO bestanden, denn schon deren Vorgänger, das Unfallversicherungsgesetz vom 6. 7. 1884 enthielt eine dem § 1542 RVO entsprechende Regelung. Auch bei den verschiedenen Novellen

³Seitz S. 167.

⁴RGZ 153/38 (43).

und zuletzt beim UVNG hätte der Gesetzgeber, der die Problematik kannte, einem anderen Willen Ausdruck geben können.

b) Beschränkung der Versicherungsträger?

Dürfen die Versicherungsträger den auf sie übergegangenen Anspruch insoweit nicht geltend machen, als der Unternehmer oder der Betriebsangehörige den Unfall schuldhaft mitverursacht hat? Muß insbesondere die Berufsgenossenschaft ein schuldhaftes Verhalten des Unternehmers, ihres Genossen gegen sich gelten lassen?

Die Frage ist zu verneinen⁵. Der Unternehmer ebenso wie der Betriebsangehörige ist eine außerhalb der rechtlichen Beziehungen zwischen dem Versicherungsträger und dem Dritten stehende Person. Sein Verhalten kann diese Beziehung nicht beeinflussen⁶. Das Verschulden des Unternehmers und Betriebsangehörigen ist nicht anders zu werten als das mitwirkende Verschulden eines beliebigen Dritten, das gegenüber dem Ersatzanspruch des Verletzten auch nicht eingewendet werden kann⁷. Einwendungen gegen den Anspruch können grundsätzlich nur aus der Person des Verletzten hergeleitet werden.

Dies gilt auch, wenn die Berufsgenossenschaft Gläubigerin des Anspruchs wird; denn die Mitgliedschaft des Unternehmers ist nur ein Internum. Die Berufsgenossen-

⁵RGZ 153/38; Scharrenbroich S. 62; Seitz S. 60; Mussow TZ 1926; Gräber VersR 58/581; Hofmann VersR 59/875; Teutsch S. 47; Neumann-Duesberg VersR 64/210; der BGH hat in VersR 63/190 unnötigerweise die Frage offengelassen.

⁶RG JW 24/1157 mit zustimmender Anm. von Säger; OLG Koblenz VersR 52/229; die Kritik von Gräber VersR 58/581 an diesem Urteil geht fehl.

⁷Geigel S. 833 RdNr. 87; vgl. auch BGHZ 33/247 (251).

schaft ist als Rechtspersönlichkeit verselbständigt und bekleidet die Stellung eines Sozialversicherungsträgers; als solche muß sie nicht für ein Verschulden ihrer Mitglieder einstehen⁸.

War die Mitschuld des Unternehmers oder Betriebsangehörigen so schwer, daß der Tatbestand des § 640 RVO erfüllt ist, so kann der Dritte auch hieraus keine Rechte ableiten. Der Anspruch gegen ihn mindert sich nicht um das, was der Versicherungsträger nach § 640 RVO - dem Beteiligungsgrad der danach Verpflichteten entsprechend - erhalten könnte⁹. Mag dies auch aus manchen Gründen wünschenswert sein¹⁰, de lege lata ist kein anderes Ergebnis möglich. An der Tatsache des ungehinderten Forderungsüberganges und des unbeschränkten Rechts der Sozialversicherungsträger, ihre Ansprüche geltend zu machen, kann nicht vorbeigegangen werden.

c) Kritik an RGZ 134/293

Das RG hat in seinem Urteil vom 12. 12. 1931¹¹ entschieden, daß sich der Rückgriffsanspruch der Berufsgenossenschaft nach § 1542 RVO um denjenigen Betrag mindere, den der Unternehmer zur Entschädigung beizutragen hätte. Soweit eigentlich der Unternehmer aus Fahrlässigkeit den Entschädigungsberechtigten zu haften hätte, trete für ihn kraft Gesetzes mit befreiender Wirkung die Berufsgenossenschaft ein. Durch diese gesetzliche Regelung würden aber die Rechte von Mitverpflichteten nicht beeinträchtigt. Sie könnten

⁸ Kersting JW 37/748.

⁹ RG JW 24/1157; OLG Koblenz VersR 52/229; Hofmann VersR 59/875.

¹⁰ Vgl. unten S. 101 ff.

¹¹ RGZ 134/293.

dadurch, daß die Berufsgenossenschaft die Schadensersatzpflicht des Unternehmers erfülle oder noch zu erfüllen habe, nicht in weiterem Umfang haftbar werden, als sie es sein würden, wenn die Sonderregelung nach der RVO nicht bestünde. Daraus ergebe sich: Die Berufsgenossenschaft sei nicht nur als Rechtsnachfolgerin des Verletzten anzusehen, sondern zugleich als diejenige Rechtspersönlichkeit, welche den Unternehmer von seiner gesamtschuldnerischen Verbindlichkeit befreit habe und kraft Gesetzes befreien haben müssen. Deshalb habe sie gegenüber dem Dritten einen Anspruch nur in der Höhe, die um den Anteil gemindert sei, den an sich der Unternehmer beizutragen habe¹². Fischer¹³ kommt zu dem gleichen Ergebnis. Der Versicherungsträger müsse auch im Verhältnis zum Dritten die Freistellung des Unternehmers von seiner Haftung auf sich nehmen, da er ein Äquivalent, nämlich die Beiträge des Unternehmers erhalten habe.

Nach der bestehenden Rechtslage ist diese Auffassung nicht zutreffend. Das RG selber hat sie in einer späteren Entscheidung aufgegeben¹⁴. Die Berufsgenossenschaft "befreit" den Unternehmer nicht von einer gesamtschuldnerischen Verbindlichkeit. Denn eine solche ist wegen der §§ 636, 637 RVO nicht entstanden¹⁵. Eine Verpflichtung zum Schadensersatz in der Person des Unternehmers ist nicht entstanden, also kann die Berufsgenossenschaft auch keinen Ausgleichsanspruch des Unternehmers geltend machen. Wenn die Berufsgenossenschaft an den Verletzten Versicherungsleistungen er-

¹²Ebenso RG HRR 1935 Nr. 202 und RGZ 152/46; angeschlossen haben sich Schnorr von Carolsfeld Arbeitsrecht S. 267 g. a. g. a. g. a., Kurzwelly S. 38, Krolik VersW 52/26.

¹³BGB-RGRK (Fischer) § 426 Anm. 15.

¹⁴RGZ 153/38.

¹⁵Siehe auch unten S. 60

bringt, so erfüllt sie nicht eine Schadensersatzpflicht des Unternehmers an den Verletzten, sondern eine eigene rechtliche Verpflichtung. Sie wird nicht anstatt des Unternehmers beansprucht. Deswegen ist sie auch nicht diejenige Rechtspersönlichkeit, die den Unternehmer von einer etwaigen Haftung befreit. Sie könnte - selbst wenn ein Ausgleichsanspruch des Unternehmers bestünde - nicht Rechtsnachfolgerin in einem solchen Anspruch werden. Die Berufsgenossenschaft und ebenso die anderen Versicherungsträger¹⁶ machen gegen den Dritten keinen Anspruch des Unternehmers geltend, sondern einzig und allein den kraft des Gesetzes auf sie übergegangenen Anspruch des Verletzten. Die Berufsgenossenschaft ist auch keine Haftpflichtversicherung des Unternehmers¹⁷. Wenn der Unternehmer durch die Zahlung der Beiträge einen Schutz vor Schadensersatzansprüchen erreicht, so wirkt sich das im wirtschaftlichen Sinn zwar wie eine Haftpflichtversicherung aus, ist aber doch rechtlich davon zu trennen. Der Dritte kann daraus keine Rechte herleiten.

3. Mitverschulden der Berufsgenossenschaft

Gegenüber dem Anspruch des Geschädigten konnte der Schädiger nicht das Mitverschulden der Berufsgenossenschaft einwenden. Er kann es auch nicht, nachdem die Berufsgenossenschaft durch den Rechtsübergang selber Gläubiger des Anspruchs geworden ist¹⁸.

Die Berufsgenossenschaft hat keine Verpflichtung einem Dritten gegenüber, dafür einzustehen, daß sich im Betriebe eines ihr angeschlossenen Unternehmens keine

¹⁶Wussow TZ 1928.

¹⁷Vgl. auch Wussow TZ 1927.

¹⁸Zur Frage, wann ein für den Unfall ursächliches Verhalten der Berufsgenossenschaft schuldhaft sein kann, vgl. unten § 5 II 2, S. 53 ff

Arbeitsunfälle ereignen. Dabei ist gleichgültig ob "Dritter" ein Außenstehender, Betriebsfremder ist oder ein Betriebsangehöriger, der den Unfall durch eine nicht-betriebliche Tätigkeit mitverschuldet. Es besteht dem Dritten gegenüber keine Amtspflicht, Unfälle im Betrieb zu verhüten. Die Berufsgenossenschaft hat keine Verkehrssicherungspflicht beliebigen Personen gegenüber mit der Maßgabe, daß die bloße Belastung dieser Personen mit einem Haftpflichtanspruch einen Schaden darstellen kann, den die Berufsgenossenschaft ersetzen müßte¹⁹. Die Vorschriften der RVO, die den Berufsgenossenschaften die Sorge für die Unfallverhütung zur Aufgabe machen, insbesondere also § 546 RVO, sind keine Schutzgesetze zugunsten des Vermögens Dritter²⁰.

II. Einwendungen gegen den beim Verletzten verbliebenen Schadensersatzanspruch

Soweit der Schadensersatzanspruch des Verletzten gegen den Dritten nicht nach § 1542 auf den Sozialversicherungsträger übergeht, sondern beim Verletzten verbleibt, gelten keine besonderen Regeln. Nur das eigene, von ihm zu vertretene Verhalten vermag seinen Ersatzanspruch zu beeinflussen. Das Verhalten anderer Personen steht außerhalb der Rechtsbeziehungen Geschädigter-Schädiger und bleibt außer Betracht²¹.

¹⁹ Mussow TZ 1929.

²⁰ Vgl. Haase-Koch § 546 Anm. 2; Lauterbach § 546 Anm. 3.

²¹ Das Verhalten eines Dritten hat der Verletzte nur im Rahmen der §§ 254 Abs. 2 Satz 2, 278 BGB zu vertreten. Der § 278 BGB setzt eine schon bestehende Verbindlichkeit voraus. Fälle, in denen eine solche Verbindlichkeit besteht, werden in § 10 behandelt.

§ 5: Einwendungen des Unternehmers und des Betriebsangehörigen gegen § 640 RVO

I. Mitverschulden des Verletzten

Wenn der Verletzte den Arbeitsunfall "absichtlich" verursacht, so entfällt ein Anspruch aus § 640 RVO völlig. Denn die Haftung nach § 640 RVO besteht nur für das, was die Versicherungsträger nach Gesetz oder Satzung infolge des Arbeitsunfalles aufwenden m ü s s e n. Sie müssen aber nichts aufwenden, sie sind von ihrer Leistungspflicht frei, wenn der Verletzte mit Absicht handelte, § 553 RVO.

"Absichtlich" heißt, der Wille des Täters muß sich über den Vorsatz hinaus auf ein bestimmtes, durch das Handeln zu erreichendes Ziel richten¹. Absicht ist ein bewußtes und gewolltes Herbeiführen eines bestimmten Erfolges, der als Ziel der Handlung von vornherein ins Auge gefaßt wurde. Absicht ist also mehr als Vorsatz².

Wenn der Verletzte den Arbeitsunfall beim Begehen einer - rechtskräftig als Verbrechen oder vorsätzliches Vergehen abgeurteilten - Straftat erlitten hat, so können ihm nach § 554 RVO die Versicherungsleistungen versagt werden. Auch in diesem Fall hat der Verletzte keinen Anspruch gegen den Versicherungsträger. Da diese nichts aufwenden müssen, entfällt ein Anspruch aus § 640 RVO. Sollten die Versicherungsträger ohne Verpflichtung durch die Satzung dem Verletzten doch Leistungen gewähren, so können sie nicht unter Berufung

¹BSGE 1/150; Lauterbach § 553 Anm. 6 a; Bereiter-Hahn § 553 Anm. 5; RVO-Gesamtkommentar § 553 Anm. 2.

²Vgl. o.S. 19 ; Haase-Koch § 553 Anm. 3; Lauterbach § 553 Anm. 6 a; Bereiter-Hahn Anm. 5. Der Begriff der Absicht ist nicht unstreitig. Vor allem gibt es keinen einheitlichen Begriff, vgl. BSG NJW 64/2035 zu § 1277 RVO, ferner Rein S. 237. Einigkeit herrscht darüber, daß dolus eventualis von der Absicht nicht umfaßt ist.

auf § 640 RVO auf den Unternehmer oder Arbeitskollegen zurückgreifen, da sie ihre Leistungen nicht erbringen müssen.

Abgesehen von diesen beiden Fällen des § 553 RVO und des § 554 RVO erlangt ein Mitverschulden des Verletzten nur noch dann eine rechtliche Bedeutung, wenn hierdurch der ursächliche Zusammenhang zwischen dem Arbeitsunfall und dem schuldhaften Verhalten des Unternehmers oder Arbeitskollegen entfällt. Diese haben den Unfall nicht nach § 640 RVO "herbeigeführt", wenn er seine Erklärung ausschließlich und einzig in dem Verhalten des Verletzten findet³.

In allen übrigen Fällen ist gegenüber dem Anspruch aus § 640 RVO das mitwirkende Verschulden des Verletzten ohne Bedeutung⁴.

Dieser Anspruch ist kein abgeleiteter Anspruch des Verletzten. Er ist ein originärer, eigener Anspruch des Sozialversicherungsträgers. Das Verhalten des Verletzten steht außerhalb und hat keinen Einfluß auf ihn. Die zu machenden Aufwendungen, die der Versicherungsträger verlangen kann, sind unabhängig von einem Verschulden des Verletzten und richten sich nach den in der RVO festgelegten Maßstäben.

Sieg⁵ vertritt die Ansicht, der Regreß gegen den Unternehmer mindere sich, wenn der Verletzte den Unfall mitverschuldet habe. Die gesetzliche Unfallver-

³BGH VersR 57/180; OLG Köln VersR 58/715; Seitz S. 232; Lauterbach § 640 Anm. 17; RVO-Gesamtkommentar Anm. 5 und 6 d 1.

⁴RGZ 62/340 (342); RGZ 62/429; RGZ 69/340 (346); RGZ 96/135; RGZ 144/31; BGH VersR 56/36; BGH VersR 56/435; BGH VersR 57/180; BGH VersR 61/370; Geigel S. 886 RdNr. 24; Lauterbach § 640 Anm. 17; Wussow TZ 1984; Stier-Somlo § 903 Anm. 4 A a; Bereiter-Hahn § 640 Anm. 1; Gotzen-Doetsch S. 176; Stiegler S. 124 f.; Seitz S. 231; Rein S. 214; Teutsch S. 46; Gunkel S. 55; Elleser BB 64/1493 und BG 66/274; RVO-Gesamtkommentar § 640 Anm. 6 d 1; Miesbach-Baumer § 640 Anm. 6 schränken dies auf den Regreß wegen Verstoßes gegen Unfallverhütungsvorschriften ein.

⁵DB 60/1327.

sicherung wirke wie eine Haftpflichtversicherung. Deswegen dürfe der Unternehmer der Berufsgenossenschaft als seinem Versicherer nicht schärfer haften, als dem Geschädigten, wenn der Versicherungsschutz nicht bestünde. Der Unternehmer sei gesetzlich verpflichtet, sich diesen Versicherungsschutz zu verschaffen, der ihn bei grober Fahrlässigkeit belaste statt entlaste. § 640 RVO lasse sich als Aufwendungsersatz nach Art der §§ 677, 683 BGB charakterisieren. Die Berufsgenossenschaft trete für den Unternehmer "in Vorlage". Wenn man sich die RVO wegdenke, könnte dieser sich auf ein Mitverschulden des Verletzten berufen. Dies müsse auch so gelten. Aus § 846 BGB sei der allgemeine Grundsatz herzuleiten, daß der mittelbar Geschädigte sich ein Mitverschulden des unmittelbar Geschädigten entgegenhalten lassen müsse. Dazu sei auch der Unternehmer berechtigt.

Sieg argumentiert von einem hypothetischen Fall aus und berücksichtigt nicht genügend, daß eben infolge §§ 636, 637 RVO eine Haftung der darin genannten Personen nicht besteht. Der Fall kann nicht eintreten, daß sie den Personenschaden des Verletzten ersetzen müssen. Der Versicherungsträger führt, wenn er Sozialleistungen an den Verletzten erbringt, ein eigenes Geschäft, das ihm auf Grund gesetzlicher Vorschrift zugewiesen ist, um unbedingte soziale Sicherheit der arbeitenden Bevölkerung zu garantieren. Sieg meint mit Recht, § 640 RVO bezwecke finanziellen Ausgleich. Gerade dann muß ein Verschulden des Verletzten aber unberücksichtigt bleiben, weil auch die Leistungen der Sozialversicherungsträger an den Verletzten ohne Rücksicht auf dessen Verschulden erfolgen. Dem Bedenken, daß eine Steigerung der Haftung des Unternehmers eintreten kann, steht gegenüber, daß die Versicherungsträger nach § 640 Abs. 2 RVO die Möglichkeit haben, auf die Erhebung des Anspruches zu verzichten. Auch die Heranziehung des

§ 846 BGB vermag nicht zu überzeugen⁶. Es ist ein Unterschied, ob ein bestehender Schadensersatzanspruch vom Geschädigten wegen seines Todes nicht mehr geltend gemacht werden kann oder ob ein Schadensersatzanspruch des Verletzten gar nie bestand. Der Anspruch aus § 640 RVO ist ja nicht ein Schadensersatzanspruch des Verletzten und deshalb kann er auch von niemand geltend gemacht werden. Vergleichbare Tatbestände liegen nicht vor.

Bei der Neuordnung der gesetzlichen Unfallversicherung durch das UVNG vom 30. 4. 1963 hätte der Gesetzgeber bei der Neufassung des § 640 RVO den Einwand des Mitverschuldens des Verletzten für den Regreß berücksichtigen können, wenn er ihn hätte zulassen wollen⁷.

II. Mitschuld der Berufsgenossenschaft

1. Kein Einfluß auf das Verschulden der Regreßpflichtigen

a. Getrennte Pflichtenkreise

Die Verpflichtung zur Verhütung von Arbeitsunfällen in seinem Betrieb trifft den Unternehmer. Diese Pflicht seinen Arbeitnehmern gegenüber folgt unmittelbar aus der dem Arbeitsverhältnis entspringenden allgemeinen Fürsorgepflicht. Der Arbeitgeber hat dafür zu sorgen, daß die zu leistende Arbeit so gefahrlos durchgeführt werden kann, wie dies nur möglich ist⁸.

Auch der Arbeitnehmer ist verpflichtet, an der Unfallverhütung mitzuwirken. Aus der Übernahme der Arbeit folgt für ihn die Verpflichtung, sie nicht schuldhaft zum Schaden Anderer durchzuführen⁹.

⁶Im Ergebnis auch Rein S. 217.

⁷Dieses Argument hat schon RGZ 96/135 gebraucht, als § 136 GUVG in den § 903 a.F. RVO übergang.

⁸Vgl. Schnorr von Carolsfeld Arbeitsrecht S. 259.

⁹Schnorr von Carolsfeld Arbeitsrecht S. 296.

Der Berufsgenossenschaft ist vom Gesetz die Aufgabe übertragen, dafür zu sorgen, daß die Unternehmer ihrer Unfallverhütungspflicht nachkommen. Nach § 546 Abs. 1 RVO haben sie mit allen geeigneten Mitteln für die Verhütung von Unfällen Sorge zu tragen. Sie haben die Verpflichtung, sich darum zu kümmern, daß innerhalb der Betriebe Vorsichtsmaßnahmen getroffen werden, die geeignet sind, Unfälle zu verhüten¹⁰.

Es bestehen also zwei verschiedene Pflichtenkreise: für den Unternehmer, die Unfälle zu verhüten, für die Berufsgenossenschaft, diese Unfallverhütung zu überwachen. Überwachung ist nicht das gleiche wie Verhütung. Den Berufsgenossenschaften ist nach dem Gesetz nicht eine Verpflichtung auferlegt worden, selbst Unfälle zu verhüten, sondern nur eine solche, die Unfallverhütung zu überwachen, § 712 RVO¹¹. Eine Möglichkeit zur direkten und unmittelbaren Schadensabwendung im Einzelfall besteht ja für die Berufsgenossenschaft auch gar nicht. Sie kann nur für den Unternehmer bestehen; er ist unabhängig von der Berufsgenossenschaft verpflichtet, alles, was in seinem Einflußbereich steht, zu tun, um seine Arbeiter unmittelbar und in der konkreten Situation vor der Verletzung durch einen Arbeitsunfall zu schützen, wozu er alle seine Kenntnisse, Kräfte und Fähigkeiten einzusetzen hat. Diese Verpflichtung des Unternehmers ist scharf zu trennen von der Überwachungspflicht der Berufsgenossenschaft¹².

¹⁰RGZ 170/70.

¹¹Andrée DB 63/833.

¹²Lauterbach § 640 Anm. 14; Asanger VersR 59/420; Vollmar VersR 62/212.

Eine Verletzung der Überwachungspflicht durch die Berufsgenossenschaft hat keinen Einfluß auf die selbständige Unfallverhütungspflicht des Unternehmers. Verletzt er die ihm selber obliegende Sorgfaltspflicht, so entlastet es ihn nicht, wenn auch die Berufsgenossenschaft die ihr obliegende Pflicht verletzt hat. Das Verschulden des Unternehmers bleibt von einem eventuellen Verschulden der Berufsgenossenschaft unberührt. Der Unternehmer darf sich bei den von ihm zu treffenden Maßnahmen nicht darauf verlassen, daß die Berufsgenossenschaft ihre - andersgearteten - Verpflichtungen erfüllt.

So kann der Unternehmer nicht davon ausgehen, daß er keine Sicherheitsvorkehrungen zu treffen hat, wenn die Berufsgenossenschaft es versäumte, Unfallverhütungsvorschriften zu erlassen. Er hat auf jeden Fall und unabhängig von Unfallverhütungsvorschriften seine Sicherheitsmaßnahmen zu treffen und seine Bediensteten zur Einhaltung möglicher Sorgfalt zu ermahnen, weil mit der Unaufmerksamkeit, dem Leichtsinn und der Übertretung von Verboten stets zu rechnen ist¹³. Auch das Vorhandensein von Unfallverhütungsvorschriften nämlich entbindet ihn nicht von selbständigem Denken und eigener Vorsorge¹⁴. Sie bilden nicht den alleinigen Maßstab für die anzuwendende Vorsicht, sie stellen nur Mindestnormen dar und regeln die vom Unternehmer zu treffenden Maßnahmen nicht erschöpfend¹⁵. Es ist dessen Pflicht, sich über den Stand der Unfallverhütungstechnik selbst zu unterrichten und zu prüfen, ob die getroffenen Schutzvorkehrungen genügen¹⁶.

¹³ Asanger BG 59/515; Andrée DB 63/866.

¹⁴ Asanger VersR 59/419; Vollmar VersR 62/212; Geigel S. 885 RdNr. 23; Andrée DB 63/866.

¹⁵ Geigel S. 884 RdNr. 20; Rein S. 128.

¹⁶ BGH DB 58/1358.

Der Unternehmer kann auch nicht davon ausgehen, daß er allen Anforderungen der Unfallverhütung gerecht geworden ist, wenn die Berufsgenossenschaft seinen Betrieb kontrollieren läßt und keine Beanstandungen erhebt. Denn die Verantwortung für die Unfallverhütung trifft ihn allein und er wird durch die Überwachungstätigkeit der Berufsgenossenschaft dieser Verantwortlichkeit nicht enthoben¹⁷.

Das gilt einmal, wenn der technische Aufsichtsbeamte der Berufsgenossenschaft, dem die Betriebsprüfung obliegt, nur Stichproben macht. Es gilt aber auch dann, wenn der ganze Betrieb geprüft wird und wenn der technische Aufsichtsbeamte eine Maschine, Anlage, Vorrichtung, Gerätschaft auf ihre Unfallsicherheit prüft und einen Fehler nicht entdeckt; denn eine Betriebsprüfung gibt keine Gewähr für lückenlose Überprüfung¹⁸. Trotz der Spezialschulung der technischen Aufsichtsbeamten kennt der Unternehmer seinen Betrieb am besten und er ist von seiner "betriebs- und arbeitsunmittelbaren" Werte aus am umfassendsten über mögliche Gefahrenquellen unterrichtet¹⁹.

Wegen der ihm obliegenden Pflicht, für die Sicherheit seiner Arbeiter alles nur Erdenkliche vorzusorgen, darf der Unternehmer nicht das Fehlen einer Beanstandung als Billigung seiner Bemühungen hinnehmen. Er muß auch mit der Nachlässigkeit und Unachtsamkeit der technischen Aufsichtsbeamten rechnen²⁰.

¹⁷RGZ 170/70; BGH VersR 59/234; Andrée DB 63/833.

¹⁸Asanger BG 59/516; Mellwitz VersR 53/48.

¹⁹Vollmar VersR 62/212; Pflaum S. 58.

²⁰Diesen Gesichtspunkt berücksichtigen Geigel S. 885 RdNr. 23 und Berthmann VersR 62/682 nicht, wenn sie meinen, der Unternehmer könne sich darauf verlassen, daß sein Betrieb sicher sei, wenn der technische Aufsichtsbeamte keine Beanstandungen erhoben habe.

Darf sich der Unternehmer nicht auf eine Betriebsprüfung durch die Berufsgenossenschaft verlassen, die den Betrieb ausschließlich unter dem Blickwinkel der Sicherheit für die darin Arbeitenden untersucht, so darf er sich auch nicht verlassen auf eine Überwachung durch Organe der staatlichen Aufsicht (Bergaufsicht, Gewerbeaufsicht, Bauaufsicht) oder durch den Technischen Überwachungsverein, Stellen, die meist neben dem Schutz der Arbeiter vor Verletzungen noch andere Gesichtspunkte, die nichts mit Unfallschutz zu tun haben, berücksichtigen müssen²¹.

Damit werden an die Sorgfaltspflicht der Unternehmer allerhöchste Anforderungen gestellt. Aber das zu schützende Rechtsgut, die Unversehrtheit und Gesundheit der Arbeiter macht diesen hohen Maßstab erforderlich.

Der Unternehmer darf nur dann darauf vertrauen, daß er alles für eine wirksame Unfallverhütung Nötige getan hat, wenn er zu einer konkreten Sicherheitsfrage ein Gutachten bei der Berufsgenossenschaft erholte und dessen Empfehlungen verwirklichte. Denn, kann er sich auch nach einer Betriebsprüfung nicht darauf verlassen, daß alles in Ordnung sei, so muß er doch erwarten können, daß ein von der Berufsgenossenschaft erstelltes Gutachten allen Sicherheitserfordernissen gerecht wird.

b. Indiz für die Schwere des Verschuldens

Ist grundsätzlich festzustellen, daß eine Pflichtverletzung seitens des Unternehmers unabhängig ist vom

²¹ Zur Zusammenarbeit der staatlichen Gewerbeaufsicht mit der technischen Aufsichtsbeamten vgl. § 701 RVO und die "Richtlinien über Gemeinschaftsarbeit der Gewerbeaufsichtsbeamten und der technischen Aufsichtsbeamten der gewerblichen Berufsgenossenschaften und der staatlichen Unfallversicherungsträger bei der Durchführung des Unfallschutzes" vom 17. 11. 1950 in BGG 27/1951.

Verhalten der Überwachungsorgane²², so erweist sich ein Blick hierauf immerhin für die Beurteilung der Schwere der Pflichtverletzung als nützlich. Es spricht nämlich gegen eine - für § 640 RVO maßgebliche - grobe Fahrlässigkeit des Unternehmers, wenn ein gewissenhaft arbeitender technischer Aufsichtsbeamte den Verstoß gegen die Sicherheitserfordernisse, den der Unternehmer nicht wahrnahm, ebenfalls nicht entdecken konnte.

Diese Wertung liegt aber auf einer ganz anderen Ebene als das oben untersuchte Problem, ob ein Verschulden des Unternehmers von dem Verhalten der Berufsgenossenschaft beeinflusst wird und hat mit diesem nichts zu tun; denn die Überwachung des Betriebes durch die technischen Aufsichtsbeamten beseitigt ja nicht die unabhängig davon bestehende Pflicht des Unternehmers zur Unfallverhütung; wenn er dieser Pflicht nicht nachkommt, obwohl er könnte, handelt er schuldhaft. Aber es kann ihm dann wohl kaum vorgeworfen werden, daß er die erforderliche Sorgfalt in ungewöhnlich hohem Maße verletzt hat und das nicht beachtete, was im gegebenen Falle jedem hätte einleuchten müssen²³.

²²Sieg BB 63/1340 vermischt beides, wenn er sagt, es sei denkbar, daß die Vernachlässigung der Überwachungspflicht des technischen Aufsichtsbeamten so groß sei, daß eine grobe Fahrlässigkeit des Unternehmers verneint werden müsse.

²³RVO-Gesamtkommentar § 640 Anm. 6 b; Berthmann VersR 61/682; Lauterbach § 640 Anm. 14; Elleser BG 66/271 (275); vgl. BGH VersR 57/353; BGH VersR 59/222; BGH VersR 63/652.

Der von Elleser a.a.O. gezogene Schluß, der Streit um die Anwendung von § 254 BGB sei überflüssig, weil § 640 RVO nicht eingreifen könne, ist nicht gerechtfertigt. Denn der Vorwurf grober Fahrlässigkeit bleibt dem Unternehmer ja nur dann erspart, wenn auch der Aufsichtsbeamte den Verstoß gegen die Sicherheitserfordernisse trotz sorgfältiger Arbeit nicht wahrnehmen konnte.

2. Schuldhafte Verhaltensweise der Berufsgenossenschaft

Für die Untersuchung, ob gegen den Anspruch aus § 640 RVO ein Mitverschulden der Berufsgenossenschaft geltend gemacht werden kann, ist nur ein solches Verhalten der Berufsgenossenschaft wichtig, das auch mitursächlich für den Arbeitsunfall ist. Ob es dies ist, muß im konkreten Einzelfall festgestellt werden.

Erweist sich ein bestimmtes Tun oder Unterlassen der Berufsgenossenschaft oder ihrer technischen Aufsichtsbeamten als mitursächlich für den Unfall, so ist weiter zu prüfen, ob es die Berufsgenossenschaft zu vertreten hat. Als Maßstab dafür können nur die vom Gesetz auferlegten Pflichten dienen.

a. Nichterlaß von Unfallverhütungsvorschriften

Nach § 708 RVO erlassen die Berufsgenossenschaften Unfallverhütungsvorschriften. Der Wortlaut des Gesetzes hat keine imperativische Form. Trotzdem beinhaltet § 708 RVO eine Rechtspflicht²⁴ der Berufsgenossenschaften. Denn wenn § 546 RVO sagt, die Unfallversicherungsträger haben mit allen geeigneten Mitteln für die Unfallverhütung zu sorgen und dann in § 708 RVO selber ein geeignetes Mittel nennt, so erstreckt sich das Muß des § 546 RVO auch auf § 708 RVO.

Unfallverhütungsvorschriften dienen primär und vor allem dem Zweck, Leben, Gesundheit und Arbeitskraft der einzelnen Arbeitnehmer vor Schaden zu bewahren²⁵. Das UVNG hat der Unfallverhütung einen zentralen Rang ein-

²⁴So auch Seitz S. 233.

²⁵Pflaum S. 49; Wannagat, Sozialversicherung S. 15; Seitz S. 227; Asanger in Festschrift für Lauterbach S. 297; Rein S. 205.

geräumt, indem es am Anfang des Dritten Buches der RVO in § 537 RVO bestimmte, Aufgabe der Unfallversicherung sei erstens, Arbeitsunfälle zu verhüten. Mit dieser ersten Aufgabe jeglicher Tätigkeit im Bereich der Unfallversicherung wäre es nicht vereinbar, wollte man den Unfallverhütungsvorschriften nur den Zweck zuschreiben, sie müßten die wirtschaftlichen Belange der Unfallversicherungsträger schützen, weil ein Interesse der Genossenschaften bestehe, in ihrem Vermögen möglichst wenig geschmälert zu werden²⁶.

Unfallverhütungsvorschriften stellen den von der zuständigen Behörde kraft öffentlicher Gewalt festgesetzten Niederschlag für die Verhütung von Unfällen auf Grund der im betroffenen Gewerbe gemachten Betriebserfahrungen dar und sind das Ergebnis der hierauf aufgebauten umfassenden Voraussicht möglicher Gefahren²⁷.

Unfallverhütungsvorschriften können nur erlassen werden für Geräte, Anlagen, Maschinen und Tätigkeiten, die der Berufsgenossenschaft bekannt oder voraussehbar sind. Es ist der Genossenschaft aber nicht möglich, für alle nur denkbaren Vorrichtungen und Geräte oder Verhaltensweisen der Arbeiter eine Unfallverhütungsvorschrift zu erlassen. Auch kann von der Berufsgenossenschaft trotz ihrer Aufgabe, die vorhandenen Unfallverhütungsvorschriften gemäß der technischen Entwicklung zu vervollkommen, nicht verlangt werden, daß sie sofort für jede neu entwickelte Maschinentype oder neu konstruierte Anlage eine spezielle Unfallverhütungsvorschrift erläßt²⁸.

Für diese Fälle sind die Berufsgenossenschaften der ihnen durch § 708 RVO auferlegten Aufgabe nachgekommen, indem sie in § 2 Abs. 1 der Unfallverhütungsvorschrift

²⁶So noch RGZ 48/327 (330); RG JW 29/1461; OLG Neustadt MDR 55/416.

²⁷BGH DB 53/670; BGH VersR 55/105; BGH VersR 61/160.
Andrée DB 63/831.

²⁸Pflaum S. 58; Berthmann VersR 61/682.

"Allgemeine Vorschriften"²⁹ die Unternehmer verpflichtet haben "soweit es nach dem Stande der Technik möglich ist, alle Baulichkeiten, Arbeitsstätten, Maschinen und Gerätschaften so einzurichten und zu erhalten, daß die Versicherten gegen Unfälle ... geschützt sind."

b. Mangelhafte Betriebsüberwachung

Der § 712 RVO verpflichtet die Berufsgenossenschaften, die Durchführung der Unfallverhütung durch technische Aufsichtsbeamte zu überwachen und ihre Mitglieder zu beraten.

Über die Art und Weise dieser Überwachung sagt das Gesetz nichts. Sie ist der Berufsgenossenschaft überlassen, die sich dabei am Ziel der Überwachung, die Unfallgefahren möglichst weitgehend auszuschalten, orientieren muß. Sie muß die für die Überprüfung erforderliche Anzahl von technischen Aufsichtsbeamten einstellen, § 712 Abs. 2 RVO³⁰.

Es ist einer Berufsgenossenschaft bei der Vielzahl der angeschlossenen Betriebe und der gefahrenträchtigen Anlagen und Geräte unmöglich, ständig jeden Betrieb, jedes Gerät, jedes Werkzeug, jede Anlage zu überprüfen³¹. Auch wenn die Berufsgenossenschaft die erforderliche Anzahl von Prüfern einstellt, so kann sie doch nie ein solches Heer von Kontrolleuren anstellen, das nötig wäre, um tatsächlich sämtliche Betriebe laufend und aufs genaueste zu überwachen.

Es muß der Berufsgenossenschaft überlassen bleiben, in welchem Zeitraum, in welcher Reihenfolge und in welcher Weise sie die Betriebe überprüft. Der einzelne Un-

²⁹Vgl. Lauterbach § 640 Anm. 14.

³⁰Vgl. dazu Seitz S. 233; Schmalzl NJW 63/1709; Wolber BB 63/1138; Ilgenfritz 63/406.

³¹So auch Andrée DB 63/866.

ternehmer hat kein Recht darauf, daß sein Betrieb in einem bestimmten Abstand oder in einer bestimmten Weise überprüft wird. Die technischen Aufsichtsbeamten dürfen es bei Stichproben bewenden lassen. Haben sie einen Mangel festgestellt, sind sie zur Überwachung seiner Beseitigung nicht verpflichtet³².

Eine andere Auffassung würde die Pflichten der Genossenschaft überspannen, ihre Kräfte überfordern und ihre realen Möglichkeiten überschätzen.

Wenn ein technischer Aufsichtsbeamte eine Anlage, Vorrichtung, Maschine etc. überprüft, muß er alle Sorgfalt und Aufmerksamkeit aufwenden, die ihm seine Ausbildung ermöglicht. Zwar zeigt die Erfahrung, daß nicht alle Verstöße gegen die Sicherheitserfordernisse festgestellt werden können, aber es müssen höchste Anforderungen an die Prüfer gestellt werden. Sie müssen die erforderliche Anzahl von Maschinen etc. überprüfen und bei dieser Prüfung sorgfältig vorgehen. Arbeiten sie bei einer konkreten Sicherheitsprüfung, bei einer "gezielten Überwachungsmaßnahme"³³ nachlässig, so handeln sie schuldhaft. Die durch § 546 RVO verpflichtend festgelegte Sorge für die Unfallverhütung kann bei einer Betriebsüberwachung nur darin bestehen, daß der technische Aufsichtsbeamte die nötige Anzahl von Maschinen sorgfältig überprüft. Sonst wäre die Überwachung sinnlos.

Die Verpflichtung zur Sorgfalt besteht gegenüber den Unternehmern und gegenüber den im Betrieb Beschäftigten. Die Berufsgenossenschaft ist nicht selber zur Unfallverhütung berufen, sondern nur zur Überwachung der Unfall-

³²Dies meint Berthmann VersR 61/682.

³³Vollmar VersR 62/212.

verhütung. Also muß auch die Rechtspflicht zur Überwachung denen gegenüber bestehen, die zur Verhütung berufen sind; das sind der Unternehmer in erster Linie, aber auch alle im Betriebe Beschäftigten, also jene, die auch als Schuldner des Anspruchs aus § 640 RVO in Frage kommen³⁴.

3. Einwand aus § 254 BGB

Ist ein bestimmtes Verhalten der Berufsgenossenschaft oder ihrer technischen Aufsichtsbeamten für den Unfall ursächlich und steht fest, daß dieses Verhalten auch schuldhaft ist, so kann der Einwand des Mitverschuldens gegenüber § 640 RVO nach § 254 BGB erhoben werden³⁵.

Die Gegner dieser Ansicht führen an, es handle sich bei § 640 RVO um einen durch die RVO als *lex specialis* geregelten Erstattungsanspruch; er sei kein Schadensersatzanspruch iSd §§ 823, 249 BGB. Seine rechtliche Natur schließe § 254 BGB aus³⁶.

³⁴ Nach RVO-Gesamtkommentar § 640 Anm. 6d2 soll die Überwachungspflicht nicht im Interesse der nach § 640 RVO Haftenden, sondern im Interesse der gesamten in der Berufsgenossenschaft zusammengeschlossenen Unternehmer bestehen. Damit diene die Überwachung dem eigenen Interesse der Berufsgenossenschaft. Das verträgt sich kaum mit den §§ 546, 712 RVO.

³⁵ Seitz S. 234; Wolber BB 63/1138; Berthmann VersR 61/682; Rein S. 220.
Im Ergebnis auch Sieg DB 60/1327. Er will den Einwand des Mitverschuldens dadurch ermöglichen, daß er den Anspruch aus § 640 RVO als Ausgleichsanspruch nach § 426 BGB einer zwischen Unternehmer und Berufsgenossenschaft fingierten Gesamtschuld ansieht. Diese Konstruktion ist aber angesichts der Haftungsfreistellung nach § 636 RVO nicht haltbar.
Schmalz NJW 63/1708, Vollmar VersR 63/212 und Ilgenfritz möchten dem Mitschuldeinwand über § 242 BGB den Weg ebnen. BGH VersR 60/614 läßt die Frage ausdrücklich offen.

³⁶ RG BG 27/45; Lauterbach § 640 Anm. 14; Asanger VersR 59/419; Vollmar VersR 62/212; Linthe S. 25; Andrée DB 63/867; Elleser BG 66/275 hält den Streit um § 254 BGB für überflüssig, vgl. Fußn. 23.

Dem kann nicht gefolgt werden.

Der § 640 RVO soll dem Versicherungsträger den Schaden ersetzen, den dieser infolge des Arbeitsunfalles erlitten hat. Daß dieser Schaden ein mittelbarer ist, weil der Versicherungsträger die Vermögenseinbuße erst auf Grund seiner gesetzlichen Leistungspflicht erleidet, kann keine Rolle spielen. Eine spezielle Regelung war nötig, weil es einen allgemeinen Anspruch auf Ersatz des mittelbaren Schadens nicht gibt. Die rechtliche Natur verbietet nicht die Anwendung des § 254 BGB. Es handelt sich um einen bürgerlich-rechtlichen Anspruch, der an bürgerlich-rechtliche Tatbestände anknüpft³⁷. Aus der RVO läßt sich nirgends entnehmen, daß § 254 BGB keine Anwendung finden solle. Wenn die Berufsgenossenschaft den Schaden mitzuvertreten hat, so kann das auf ihren Erstattungsanspruch nicht ohne Folgen bleiben.

III. Mithaftung anderer Personen

Wegen § 640 RVO kann nicht eingewendet werden, für den Arbeitsunfall hafte dem Versicherungsträger noch ein Dritter über § 1542 RVO. Das Verhalten anderer Personen beeinflußt die Rechtsbeziehungen zwischen dem Sozialversicherungsträger und dem Unternehmer bzw. Betriebsangehörigen nicht. Wenn die in § 640 RVO bezeichneten Voraussetzungen erfüllt sind, besteht der Anspruch, unabhängig davon, ob noch andere den Arbeitsunfall schuldhaft mitverursacht haben. Das Bestehen eines nach § 1542 RVO auf den Versicherungsträger übergegangenen Schadensersatzanspruchs hat keine Wirkung auf den Anspruch aus § 640 RVO³⁸.

³⁷Vgl. o. S. 32.

³⁸OLG Koblenz VersR 52/229.

Nach § 640 haften die Personen, deren Ersatzpflicht "nach § 636 oder § 637" beschränkt ist, wenn sie vorsätzlich oder grobfahrlässig den Arbeitsunfall herbeigeführt haben.

Aus dem Wort "oder" kann nicht entnommen werden, daß nur der nach § 636 RVO o d e r der nach § 637 RVO Haftungsprivilegierte haften soll, daß also, auch wenn alle übrigen Haftungsvoraussetzungen vorliegen nur einer der beiden haften soll und eine gemeinsame Haftung ausgeschlossen sei³⁹.

Wenn mehrere Personen den Haftungstatbestand des § 640 RVO erfüllen, haften sie alle in gleicher Weise gegenüber dem Versicherungsträger. Sie haften als Gesamtschuldner⁴⁰. Jeder haftet auf das Ganze und keiner kann die Mithaftung anderer einwenden, § 421 BGB. Dies gilt sowohl wenn der Unternehmer zusammen mit einem Betriebsangehörigen den Unfall verschuldete als auch, wenn dies mehrere Betriebsangehörige zusammen taten. Selbst wenn im Innenverhältnis der beiden Schuldner nach den Grundsätzen der Haftungsfreistellung wegen gefahrgeneigter Arbeit der Unternehmer allein haftet, kann der Betriebsangehörige dies nicht dem Versicherungsträger gegenüber einwenden.

Auch zwischen den nach § 641 RVO und § 640 RVO Haftenden besteht eine Gesamtschuld, denn auch hier haftet jeder auf das Ganze. Der § 641 Satz 2 RVO sagt ausdrücklich, daß die Haftung nach § 640 RVO neben der nach § 641 RVO besteht⁴¹.

³⁹BGH VersR 57/180; Seitz S. 220.

⁴⁰BGH VersR 57/180; Lauterbach § 640 Anm. 5; Götz Hueck RdA 54/255; Stiegler S. 305.

⁴¹Bereiter-Bahn § 641 Anm. 4; Gotzen-Doetsch S. 181; vgl. Lauterbach § 641 Anm. 10.

D r i t t e r T e i l

Ausgleich nach der Inanspruchnahme

§ 6: Der Drittschädiger als alleiniger
Schuldner

Wenn der Unternehmer oder ein ihm Gleichgestellter, dessen Verhalten mitursächlich für den Unfall eines Versicherten war, nicht vorsätzlich oder grobfahrlässig handelte, so ist er dem Versicherungsträger nicht nach § 640 RVO haftbar. Nach §§ 636, 637 RVO ist er auch dem Verletzten nicht Schadensersatzpflichtig, so daß er wegen des Arbeitsunfalles keinen Belastungen ausgesetzt ist. Es steht daher nur ein einseitiger Ausgleich des Dritten gegen die in ihrer Haftung privilegierten Personen in Frage.

I. Ausgleich aus § 426 BGB

1. Kein Gesamtschuldverhältnis gegenüber dem Verletzten

Die Anwendung der internen Ausgleichsbestimmungen, wie sie das bürgerliche Recht in § 426 BGB für den Fall vorsieht, daß mehrere nebeneinander für einen Schaden verantwortlich sind, scheitert an der in §§ 636, 637 RVO festgelegten Haftungsbefreiung des Unternehmers und des Betriebsangehörigen gegenüber dem Verletzten. Der Wortlaut dieser Gesetzesbestimmungen bringt klar zum Ausdruck, daß ein Anspruch auf Ersatz von Personenschaden des Verletzten gegen den Unternehmer oder einen Betriebsangehörigen von vornherein überhaupt nicht zur Entstehung gelangt¹.

¹RGZ 84/415 (431); RGZ 153/38; BGH VersR 56/36; nur Ohr meint in VersR 62/206 Anm. 14, Schadensersatzansprüche des Verletzten bestünden, würden jedoch auf besondere Weise durch die Leistungen der Sozialversicherung abgegolten. Grundsätzliche Bedenken gegen die Haftungsbefreiung haben Tamm RdA 60/412 und Böhmer MDR 64/185.

Das Reichsgericht² hat zwischendurch einmal die Ansicht vertreten, die Berufsgenossenschaft trete für den Unternehmer mit "befreiender" Wirkung ein und erfülle dessen eigentlich schon vorhandene Schadensersatzpflicht. Aber diese Entscheidungen ließen sich angesichts des unzweideutigen Wortlautes der §§ 898, 899 a. F. RVO, denen jetzt die §§ 636, 637 n. F. RVO entsprechen, nicht halten³. Der Unternehmer und die ihm Gleichgestellten haften dem Verletzten für dessen Personenschaden nicht. Das gilt auch, wenn der Unternehmer zugleich Versicherungsträger ist, wie in den Fällen der §§ 653 - 656 RVO. Denn auch hierfür gilt der Haftungsausschluß des Unternehmers und, wenn der Unternehmer dem Verletzten Hilfe leistet, so tut er das auf Grund der unfallversicherungsrechtlichen Bestimmungen und nicht auf Grund bürgerlichrechtlicher Schadensersatzpflicht.

Der Dritte haftet für den Unfall alleine. Eine Verantwortung mehrerer für den Personenschaden des verunglückten Arbeiters besteht nicht. Eine Gesamtschuld zwischen den in ihrer Haftung Privilegierten und dem Dritten gegenüber dem Verletzten besteht nicht⁴. Damit entfällt auch die Grundlage für einen Ausgleichsanspruch nach § 426 BGB. Denn die Ausgleichung ist die Folge der gemeinsamen Schadensersatzpflicht mehrerer Schädiger und setzt grundsätzlich voraus, daß mehrere als Gesamtschuld-

²RGZ 134/293 (295); RGZ 152/46 (52); RG HRR 1935 Nr. 202.

³Vgl. oben S. 41.

⁴Die in Fußn. 1 Zitierten, ferner RG DR 1940/1779; BGHZ 6/3 (22); OLG Düsseldorf VersR 58/594; Gunkel S. 41; Lauterbach VersR 59/875; Schmalz NJW 63/1706; BGB-RGRK (Haager) § 840 Anm. 5; Hofmann VersR 59/875.

ner haften^{5,6}.

2. Der § 636 RVO als Hindernis eines Ausgleichs

a) Relativität des Haftungsausschlusses?

Ein vertraglicher Haftungsausschluß des Schädigers gilt nur im Verhältnis zum Geschädigten, nicht aber zu einem weiteren Mitschädiger. Ein Haftungsverzicht oder eine Haftungsbeschränkung hat nur unter den Haftungsausschluß Vereinbarenden Wirkung. Bei Annahme einer Wirkung auf das Ausgleichsverhältnis würde der vom Gesetzgeber gewollte billige Ausgleich vereitelt werden. Die Möglichkeit freier Vertragsgestaltung muß ihre Grenzen finden, wenn eine Abrede in die gesetzlich geschützten Interessen des an der Vereinbarung nicht beteiligten Schädigers eingreift⁷. Dies gilt in der Regel auch für den Haftungsausschluß kraft Gesetzes. Es kann im allgemeinen keinen Unterschied machen, ob eine Haftungsminderung auf einer Abrede der Beteiligten beruht oder ob das Gesetz bereits von sich aus der besonderen

⁵RGZ 84/415 (431); RGZ 123/164; RGZ 146/96 (102); RGZ 153/38; BGHZ 11/170 (174).

⁶Nicht vergleichbar ist der Fall, in dem der Unternehmer zugleich Versicherungsträger ist, mit den Fällen des Beamtenrechts, in denen die Betriebsverwaltung für den Unfall neben einem Dritten verantwortlich ist und der Beamte vom Dienstherrn soziale Leistungen erhält. Dort besteht eine Ausgleichspflicht zwischen Dritten und Dienstherrn aus § 426 BGB, weil die Bestimmungen des Beamtenrechts den Anspruch des Verletzten gegen den Dienstherrn im Gegensatz zu §§ 636, 637 RVO nicht ausschließen, BGHZ 6/3 (22). Diesen Unterschied berücksichtigt Stiegler S. 327 und S. 336 nicht, wenn er beide Fälle gleichbehandeln will. Ferner identifiziert er öffentlichrechtliche Sozialversicherungsleistungen mit Schadensersatz.

⁷BGH NJW 54/875 zum vertraglichen Haftungsausschluß bei Kraftfahrzeugunfällen.

Eigenart persönlicher Beziehungen der Beteiligten durch Einführung einer Haftungsbeschränkung Rechnung trägt. Da ein Schädiger, dessen Haftung dem Verletzten gegenüber auf Grund Gesetzes oder Vertrages eingeschränkt oder ausgeschlossen ist, in der Regel dem anderen Mitschädiger zum Ausgleich verpflichtet ist, gilt der Satz nicht uneingeschränkt, daß ein Schadensausgleich immer eine gemeinsame Schadensersatzpflicht mehrerer Schädiger zur Voraussetzung haben muß⁸.

Westermann⁹ bejaht die Relativität des Haftungsausschlusses auch im Verhältnis zwischen dem Unternehmer und einem weiteren Schädiger. Um zu einem Ausgleich über § 426 BGB zu gelangen, müsse angenommen werden, daß § 636 RVO ausschließlich für das Verhältnis zwischen Unternehmer und Geschädigten gelte. Die entgegengesetzte Ansicht des RG in RGZ 153/38 wälze den dem Verschulden des Unternehmers entsprechenden Schadensteil ausschließlich auf den Dritten ab, während nach dem Sinn des Versicherungsverhältnisses und dem Austausch von Prämie und Risikotragung dieser Schaden vom Versicherer zu tragen sei¹⁰.

Auf die Entscheidungen des BGH kann sich Westermann nicht stützen. Der BGH wollte nicht generell für alle Fälle eines gesetzlichen Haftungsausschlusses oder einer Haftungsbeschränkung festlegen, daß ein interner Schadensausgleich möglich sei. Ausdrücklich heißt es hier: "Ob auch andere gesetzliche Einschränkungen der Schadenshaftung Rückwirkungen auf das Ausgleichsverhältnis mehrerer Schädiger haben, wird jeweils unter Würdigung der Eigenart und des Zweckes der Haftungseinschränkung zu prüfen sein."

⁸BGH VersR 61/918 zum Haftungsausschluß auf Grund des § 1359 BGB.

⁹In Erman(Westermann) § 426 Anm. 3; Enneccerus-Lehmann S. 374 schließt sich an. Auch Schnorr von Carlsfeld S. 267 §. 18 BBB spricht von einer Ausgleichspflicht zwischen Arbeitgeber und Dritten.

¹⁰Westermann aaO zitiert zu Unrecht als Beleg für seine Ansicht RGZ 129/128. Diese Entscheidung ist zu § 10 des Beamtenunfallfürsorgegesetzes vom 18. 6. 1901/12. 12.

Die spezielle Eigenart und der Zweck des Haftungsausschlusses nach § 636 RVO sind daher zu untersuchen. Aus der Prüfung der Besonderheiten des versicherungsrechtlichen Haftungsprivilegs wird sich ergeben, ob es nur im Verhältnis zwischen Unternehmer und Verletzten gilt, oder ob es auch gegenüber Dritten wirken muß.

b) Der § 636 RVO als Schutz des Arbeitsfriedens

Der § 636 RVO dient dem Zweck, alle Streitigkeiten zwischen dem Arbeitgeber und den Arbeitnehmern über zivilrechtliche Ansprüche, die aus einem Arbeitsunfall entstehen könnten, zu verhindern. Störungen des Arbeitsfriedens und des Arbeitsablaufes, die infolge solcher Streitigkeiten auftreten könnten, sollen unterbunden werden¹¹. Die verletzten Arbeiter würden ohne § 636 RVO versuchen, vom Arbeitgeber den durch die Unfallversicherung nicht gedeckten Schaden zu erhalten und würden gegen ihn mit zivilrechtlichen Klagen vorgehen. Weil der Arbeitnehmer in diesen Prozessen versuchen müßte, dem Unternehmer ein Verschulden nachzuweisen, würde sich im Verlauf des Prozesses Mißtrauen auf beiden Seiten breit machen, das die Betriebsatmosphäre vergiften würde¹².

Diese Gefahr besteht nicht, wenn in der Auseinandersetzung um die Schadenshaftung dem Unternehmer nicht einer seiner Arbeitnehmer, sondern ein unternehmensfremder

1923 ergangen, der einen Anspruch des verletzten Beamten gegen die Betriebsverwaltung ausschließt. Das RG verneint auf S. 132 ausdrücklich einen Ausgleichsanspruch dessen, der die Verletzung des Beamten verschuldet hat, gegen die mitschuldige Betriebsverwaltung dann, wenn diese nach dem Unfallfürsorgegesetz überhaupt nicht haftet.

¹¹ Hohinghaus S. 138 - Motive zu §§ 95 - 98 des Unfallversicherungsgesetzes von 1884; zitiert nach Munzert S. 22; BGHZ 8/330 (338); BGH VersR 56/36 und NJW 67/982; Wussow TZ 1942; Hueck-Nipperdey Bd. I S. 403.

¹² Vgl. Knoll JZ 55/318 und Munzert S. 23.

Dritter gegenübersteht. Der verletzte Arbeitnehmer, der vom Versicherungsträger mit den gesetzlichen Sozialleistungen abgefunden und im Übrigen vom Dritten vollauf für seinen Restschaden entschädigt wird, ist an der Auseinandersetzung nicht beteiligt und an ihrem Ausgang nicht interessiert. Allerhöchstens muß er als Zeuge aussagen, aber dies kann nicht den Betriebsfrieden stören.

Der zu schützende Betriebsfriede vermag also kein Argument gegen einen Ausgleichsanspruch des Dritten abzugeben.

Anders verhält es sich, wenn neben dem Unternehmer nicht ein außenstehender Dritter den Unfall mitverschuldet, sondern ein Betriebsangehöriger bei einer nicht-betrieblichen Tätigkeit¹³. Dann könnte es auf Grund des Ausgleichsanspruchs doch zu Streitigkeiten im Betrieb kommen, weil der Betriebsangehörige seinem Unternehmer Verschulden nachweisen müßte¹⁴. Das gleiche gilt, wenn der Dritte zwar nicht Betriebsangehöriger ist, aber doch demselben Unternehmen wie der Verletzte angehört¹⁵.

Bei diesen Fällen erfordert es der von § 636 RVO verfolgte Zweck der Wahrung des Betriebsfriedens, einen Ausgleichsanspruch zu versagen.

c) Ausgleich für den Unternehmerbeitrag

Der Haftungsausschluß des § 636 RVO hat neben der Wahrung des Betriebsfriedens noch einen anderen Grund:

¹³ Da § 637 RVO dann nicht eingreift, haftet er wie ein Dritter. Vgl. o. S. 16.

¹⁴ Der Betriebsangehörige kann nicht im Falle schadensge-
neigter Arbeit anstatt eines Ausgleichsanspruchs einen
arbeitsrechtlichen Freistellungsanspruch geltend machen.
Denn ein solcher besteht nicht, wenn der Betriebsange-
hörige den Unfall durch eine nicht betriebliche Tätig-
keit verursachte.

¹⁵ Dann gilt § 637 RVO für ihn nicht, s. o. S. 14. Ein
arbeitsrechtlicher Freistellungsanspruch im Falle
schadensgeneigter Arbeit verstieße gegen § 636 RVO,
vgl. u. S. 69.

Die Arbeitgeber sind kraft Gesetzes (§ 646 RVO) zwangsweise Mitglieder der Berufsgenossenschaften. Durch ihre Beiträge sollen sie für einen wirksamen und umfassenden Schutz der Arbeitnehmer nach Arbeitsunfällen Sorge tragen. Zum Ausgleich für die gesetzliche Beitragsleistung sollen sie davor geschützt werden, daß sie für die Schadensfolgen eines Arbeitsunfalles haftungsrechtlich verantwortlich gemacht werden¹⁶. Die privatrechtliche Schadenshaftung ist nach dem Sinn der gesetzlichen Regelung durch ein öffentlichrechtliches Versicherungssystem abgelöst worden. Das Risiko für Personenschäden aus Arbeitsunfällen trägt auf Grund der RVO allein die in der Berufsgenossenschaft zusammengefaßte Gemeinschaft der Unternehmer in versicherungsrechtlicher Form.

Die Ausschaltung des privaten Haftungsrechts würde entscheidend entwertet, wenn die Unternehmer doch einer Inanspruchnahme ausgesetzt wären und einem weiteren Schädiger im Wege des Ausgleichs voll oder teilweise Ersatz leisten müßten¹⁷. Der beabsichtigte Schutz der Unternehmer würde wieder zunichtegemacht. Der Unternehmer wäre einerseits durch die Beitragspflicht, andererseits durch den Ausgleichsanspruch des Dritten belastet. Dies widerspricht dem Zwecke der Reichsversicherungsordnung. Wille des Gesetzgebers war es, den Unternehmer von jeder Schadensersatzpflicht freizustellen, käme sie auch über

¹⁶RGZ 136/345 (351); RGZ 153/38 (41); RGZ 170/159 (160); BAG GrS NJW 58/235 (237); BGH NJW 67/982; Seitz S. 264; Nikisch Bd. I S. 490; Hueck-Nipperdey Bd. I S. 403. Siehe auch die amtliche Begründung zu § 636 n. F. RVO, abgedruckt bei Eckert Sozialversicherungsgesetze, Nr. 72 S. 167 a.

¹⁷BGH VersR 56/36 und NJW 67/982.

den Umweg eines Ausgleichsanspruches¹⁸. Der Unternehmer soll von niemand zu Ersatzansprüchen herangezogen werden, es sei denn von den Trägern der Sozialversicherung nach § 640 RVO¹⁹. Liegen die Voraussetzungen des § 640 RVO aber nicht vor oder verzichtet der Sozialversicherungsträger nach § 640 Abs. 2 RVO auf seine Ansprüche, so muß der Unternehmer von jeglicher Haftpflicht frei sein.

Der § 636 schützt den Unternehmer also auch vor Schadensausgleichsansprüchen durch Dritte²⁰.

¹⁸ Aus dem Urteil des BGH vom 21. 11. 1953 (VersR 54/60) kann nichts anderes entnommen werden. Denn dort trat der Haftungsausschluß erst nachträglich ein; ferner sprach die dort vorliegende Regelung (§ 5 SHG) gerade nicht für eine Drittwirkung.

¹⁹ Kersting JW 1938/1958.

²⁰ BGH VersR 56/36 und NJW 67/982; ferner Schmalzl NJW 63/1707 und Hohenester NJW 62/1140 (1143), die beide bedauern, daß nicht alle Schadenshaftpflichtfälle gleich behandelt werden.

Die Begründung von BGH VersR 56/36 könnte allerdings zu Mißverständnissen führen. Es heißt dort: "... stellt die Befreiung von Schadensersatzansprüchen der Geschädigten für die Unternehmer ... einen Ausgleich für ihre gesetzliche Haftung gegenüber der Berufsgenossenschaft dar. Dieser Ausgleich wäre nur unvollständig, wenn die Unternehmer neben der Haftung nach § 903 (jetzt § 640) RVO einer weiteren Inanspruchnahme ausgesetzt wären." Zum einen ist die Freistellung des Unternehmers kein Ausgleich für die - eventuelle - Haftung des Unternehmers nach § 640 RVO. Das sagt auch die vom BGH zitierte RG-Entscheidung RGZ 170/159 nicht. Sie ist ein Ausgleich für die alleinige Beitragszahlung des Unternehmers an die Berufsgenossenschaft. Zum anderen kann es neben dem nach § 640 RVO zu leistenden Ersatz gar nicht zu einer weiteren Inanspruchnahme des Unternehmers kommen. Denn entweder geht der Versicherungsträger über § 1542 RVO gegen den Dritten vor o d e r nach § 640 RVO gegen den Unternehmer. Da er nicht beide Forderungen zusammen realisieren kann (s. u. S.86), ist der Fall nicht möglich, daß der Unternehmer neben dem Ersatz nach § 640 RVO einem Dritten Ausgleich gewähren muß.

3. Der § 637 RVO als Hindernis eines Ausgleichs

Dem § 637 RVO liegt nicht der Interessenausgleich zugrunde, wie dem § 636 RVO. Die von § 637 RVO erfaßten Personen sind von jedem Beitrag zu den Kosten der Unfallversicherung befreit und genießen so ohne jede Gegenleistung dieselben Vorteile wie die Unternehmer selber. Ihre Freistellung von Ausgleichsansprüchen Dritter kann deswegen nicht damit begründet werden, daß sie als Ersatz für gesetzliche Mitgliedsbeiträge von jeder zivilrechtlichen Schadensersatzpflicht geschützt sein mußten.

Eine klare Begründung für die Gleichstellung der leitenden Betriebsmitglieder mit den Unternehmern im § 898 a. F. RVO ist in den Motiven der bisherigen Unfallversicherungsgesetze nicht enthalten. Lediglich ist in den Motiven zum Unfallversicherungsgesetz vom 6. 7. 1884²¹ gesagt, daß die leitenden Personen des Betriebes nicht schlechter gestellt werden dürften als die Betriebsunternehmer selbst²². In der amtlichen Begründung²³ zu dem Unfallversicherung-Neuregelungsgesetz vom 30. 4. 1963 wird die Gleichstellung der übrigen Betriebsangehörigen mit den Arbeitsaufsehern und ähnlichen Bevollmächtigten einmal mit der zur Haftung von Arbeitskollegen ergangenen Rechtsprechung begründet, zum anderen mit dem Interesse an der Aufrechterhaltung des Betriebsfriedens. Dieser betriebliche Arbeitsfriede wird aber nicht gestört, wenn ein betriebsfremder Dritter von einem Mitglied des

²¹RGBl. S. 69.

²²Hohinghaus S. 14 - Motive zu §§ 95 - 98 des Unfallversicherungsgesetzes von 1884, zitiert nach Munzert S. 23.

²³Abgedruckt in Eckert Sozialversicherungsgesetze bei § 637 RVO.

Betriebes, hier von einem Arbeitskollegen des Verletzten gütlich oder in einem Zivilprozeß Ersatz fordert. Gründe für die Versagung eines Ausgleichsanspruchs gegen den Betriebsangehörigen müssen sonach anderswo gesucht werden.

a) Konflikt mit dem innerbetrieblichen Schadensausgleich

Gesetzt den Fall, man gewährte dem mitschuldigen Dritten, der für den Schaden des Verletzten aufkam, einen Anspruch gegen den Arbeitskollegen des Verunglückten auf anteilige Erstattung des Schadens, mit der Begründung, § 637 stelle zwar den mitschuldigen Arbeitskollegen von einer Haftung gegenüber dem im selben Betrieb tätigen Arbeiter frei, jedoch greife er nicht ein, wenn ein Dritter Ausgleich verlange; der Arbeitnehmer haftete also für einen Schaden, den er bei seiner betrieblichen Tätigkeit verursacht hat.

Dann hätte der Arbeiter, wenn er im Hinblick auf die ihm übertragene, mit besonderer Gefahr verbundene Arbeit nicht mit schwerer Schuld gehandelt hat, gegen seinen Arbeitgeber einen Anspruch auf Freistellung von dieser Haftung nach den Grundsätzen des sogenannten "innerbetrieblichen Schadensausgleichs"²⁴. Letztlich müßte der Unternehmer für die Folgen des Arbeitsunfalles einstehen. Dies widerspricht aber dem § 636 RVO, der den Unternehmer von jeder Ersatzpflicht freistellt und auch eine innerbetriebliche Ausgleichspflicht des

²⁴RAG DR 41/1372 Nr. 14 und 1375 Nr. 15; BGH AP Nr. 1 zu § 611 BGB (Haftung des Arbeitnehmers); BAG GrS NJW 58/237; Hueck-Nipperdey Bd. I S. 232 f; Nikisch Bd. I S. 304.

Arbeitgebers ausschließt²⁵.

b) Gleichbehandlung der übrigen Fälle

Wenn der Arbeitskollege den Unfall bei nicht schadensgeneigter Arbeit oder bei schadensgeneigter Arbeit, aber nicht mit schwerer Schuld mitverursacht hatte, hätte er gegen seinen Arbeitgeber keinen Anspruch auf innerbetrieblichen Schadensausgleich²⁶. Trotzdem darf auch in diesen Fällen der Betriebsangehörige nicht anders behandelt werden als oben, das heißt er muß auch hier von der Inanspruchnahme durch einen Schadensausgleichsanspruch eines Dritten verschont bleiben²⁷.

Bevor § 637 des UVNG den allgemeinen Haftungsausschluß zugunsten aller im selben Betrieb tätigen Arbeitnehmer einführt, waren nach dem Beschluß des Großen Senats des BAG vom 25. 9. 1957²⁸ Arbeitnehmer nur dann von der Haftung gegenüber einem Arbeitskollegen frei,

²⁵BAG GrS aaO, der im Prinzip auch über diesen Fall entscheidet. Denn es macht für den Unternehmer keinen Unterschied, ob er für den Unfallschaden seines Arbeiters auf dem Wege Verletzter - Arbeitskollege - Unternehmer oder Verletzter - Dritter - Arbeitskollege - Unternehmer eintreten soll.

Ferner BGH BB 58/626 und VersR 59/754; Clauß NJW 59/1408; Gumpert BB 58/740; Mafferburg NJW 59/1398; Herschel JZ 58/257; Knoll JZ 59/137; Schmidt Reimer MDR 58/193; Steindorff JZ 59/1.

A. A. Bulla in Arbeitsrechts-Blattei, Haftung des Arbeitnehmers Entscheidung Nr. 8, Anm.; Klein JZ 58/585; Böhmer MDR 58/828; sie sehen zwischen dem § 898 a. F. RVO und der Freistellungspflicht des Arbeitgebers keinen Widerspruch.

Ohr in NJW 60/1594 und VersR 62/205 erkennt an, daß § 898 a. F. RVO jeder Leistungspflicht des Unternehmers entgegensteht, sieht aber den innerbetrieblichen Schadensausgleich in den von der Gesamtheit der Unternehmer, der Berufsgenossenschaft, an den Geschädigten geleisteten Sozialmitteln.

²⁶Das ist für den Fall grober Fahrlässigkeit des Arbeiters nicht unbestritten; vgl. Nikisch Bd. I S. 306 Anm. 73; Hueck-Nipperdey Bd. I S. 234 Anm. 42.

²⁷Ebenso Gunkel S. 41.

²⁸BAG GrS aaO.

wenn sie den Unfall bei einer mit besonderen Gefahren verbundenen Arbeit mit nicht schwerer Schuld verursacht hatten. Der Entwurf der Bundesregierung zum Gesetz der Neuregelung der gesetzlichen Unfallversicherung, der dem Bundesrat am 16. 2. 1957 zugeleitet wurde²⁹, sah in § 632 ebenfalls vor, allen Betriebsangehörigen den Haftungsausschluß zu gewähren, wenn ihnen bei Inanspruchnahme durch den verletzten Arbeitskollegen ein Anspruch auf Freistellung gegen den Unternehmer zustünde. Ein Haftungsausschluß war also nur bei gefahrgeneigter Arbeit und nicht schwerer Schuld vorgesehen. Der endgültige Entwurf, der Gesetz wurde, unterschied nicht mehr zwischen Arbeitsunfall bei gefahrgeneigter Arbeit und bei nicht gefahrgeneigter Arbeit. Haftungsrechtlich wurden die beiden Fälle gleich behandelt. Der Gesetzgeber befreite also den Arbeiter von seiner Haftung, ob er nun den Unfall des Kollegen bei gefahrgeneigter Arbeit mit schwerer Schuld oder nicht schwerer Schuld oder bei nichtgefahrgeneigter Arbeit verursacht hat. Dies gilt für jede Art der Haftung. Es ist dann aber auch nicht möglich, bei einem Haftungsanspruch, der nicht vom Verletzten selber als Schadensersatzanspruch kommt, sondern von einem Dritten als Schadensausgleichsanspruch gestellt wird, die beiden Fälle wieder zu trennen und verschieden zu behandeln. Dies verstieße gegen die Absicht des Gesetzgebers, den Betriebsangehörigen vorbehaltlos von seiner Haftung zu befreien.

II. Anspruch aus § 823 Abs. 2 BGB

Wenn der Unternehmer oder ein ihm Gleichgestellter den Unfall des Versicherten durch ein schuldhaftes Außerachtlassen von Unfallverhütungsvorschriften oder Sicherheitsbestimmungen mitverursachen, so verletzen

²⁹Bundesratsdrucksache Nr. 55/57.

sie damit kein zum Schutz des Dritten erlassenes Gesetz i. S. d. § 823 Abs. 2 BGB. Der Dritte kann nicht über diese Bestimmung Ausgleich für seine an den Versicherungsträger erstatteten Auslagen vom Unternehmer erlangen.

Es fehlt den Unfallverhütungsvorschriften an der Qualifikation eines Schutzgesetzes zugunsten des Dritten³⁰, wie es für § 823 Abs. 2 BGB erforderlich wäre. Die Unfallverhütungsvorschriften werden vor allem erlassen, um Sicherheit für Leben und Gesundheit der Arbeitnehmer zu erreichen; sie sollen auch zu einer möglichst weitgehenden Einschränkung von Betriebsunfällen erziehen, das Risiko der Unfallversicherungsträger abgrenzen und in tragbarem Rahmen halten. Sie dienen aber keinesfalls dazu, allgemeine wirtschaftliche Belange fremder Personen zu schützen³¹.

An den Voraussetzungen für einen Anspruch nach § 823 Abs. 2 BGB fehlt es auch deswegen, weil eine Vermögensbeeinträchtigung des Dritten, der den Ausgleich wünscht, nicht unmittelbar durch die schädigende Handlung erfolgt ist. Erst eine mittelbare Konsequenz des Unfalles, nämlich die Belastung durch den Versicherungsträger bewirkt die Vermögensminderung. Der Schaden könnte aber nur ersetzt werden, wenn er im Rahmen eines durch ein Schutzgesetz beschützten Interesses läge und unmittelbar aus der Verletzung eines Schutzgesetzes erwüchse³². Dies ist nicht der Fall.

³⁰RGZ 48/327 (530); RGZ 95/180 (182) und 238 (240); RG JW 1929/1461 mit zust. Anm. von Stier-Somlo; BGH VersR 55/105; BGH VersR 57/165 und 584; BGH VersR 61/160; BGB-RGRK (Haager) § 823 Anm. 110; Palandt (Gramm) § 823 Anm. 9; Geigel S. 833 RdNr. 24; Wussow 72 467; Seitz S. 228.

³¹OLG Hamburg VersR 54/285 und die oben Zitierten.

³²RG HRR 29/299; RG DR 40/1779 mit zust. Anm. von Herschel; BGH VersR 56/36; BGB-RGRK (Haager) § 823 Anm. 69 und 111; RVO-Gesamtkommentar § 636 Anm. 3.

§ 7: Drittschädiger und Haftungsprivilegierter
als Schuldner des Versicherungsträgers

I. Problem und Beispiele

Im Gegensatz zu den im vorangegangenen Paragraphen behandelten Fällen soll hier bei der Behandlung dieser Fallgruppe das Rückgriffsrecht der Sozialversicherungsträger nach §§ 640, 641 RVO bestehen. Der Unternehmer bzw. Betriebsangehörige muß also grob fahrlässig bei der Herbeiführung des Unfalles gewesen sein.

Beispiele:

Ein Tiefbauunternehmer hat im Auftrag einer Gemeinde Kanalarbeiten beiderseits einer Eisenbahnlinie auszuführen. Um die Arbeiten beschleunigt durchführen zu können, läßt er gleichzeitig auf beiden Seiten der Gleise arbeiten und legt seine Arbeitsstelle so an, daß seine Arbeiter häufig von der einen Seite der Schienen auf die andere wechseln müssen. Dabei erfaßt ein herannahender Zug einen Arbeiter und tötet ihn.

Auf einer Baustelle wird ein Lastenaufzug verwendet, dessen Haltesicherung nicht einwandfrei funktioniert. Der bauleitende Architekt weiß, daß die Haltesicherung schon einmal versagt hat. Er will aber eine Verzögerung der Bauarbeiten durch eine eventuelle Reparatur vermeiden und befiehlt den Arbeitern des Bauunternehmens mit dem Aufzug weiter zu arbeiten. Kurz darauf stürzt der beladene Aufzug herunter und verletzt einen Bauarbeiter.

Hauptsächlich bei dieser Art von Fällen setzten die Bemühungen der Literatur ein, demjenigen, welcher von dem Sozialversicherungsträger auf Ersatz in Anspruch genommen wurde, gegen den anderen Mitbeteiligten, einen Anspruch auf Schadensausgleich zuzugestehen. Anders als

in den Fällen, wie sie insbesondere in § 6 behandelt wurden, als der Unternehmer und die ihm gleichgestellten Personen mangels grober Fahrlässigkeit nicht einmal nach §§ 640, 641 dem Sozialversicherungsträger für den Unfallschaden hafteten, haften sie nun für die Aufwendungen der Sozialversicherungsträger. Da der Dritte den Sozialversicherungsträgern ebenfalls haftet, weil der Schadensersatzanspruch des Verletzten nach § 1542 RVO auf diese überging, ergeben sich aus diesem Nebeneinander von Ansprüchen der Versicherungsträger gegen den Dritten wie gegen den Unternehmer bzw. Betriebsangehörigen des Verletzten Ansatzpunkte, die zu einem Ausgleich führen könnten.

Der Versicherungsträger kann von sich aus eine gerechte Aufteilung der Lasten auf die Schuldner vornehmen und jeden anteilig heranziehen¹. Dann besteht das Problem der Schadensverteilung nicht. Wenn der Versicherungsträger eine Aufteilung vornahm, die dem beiderseitigen Maß der Verursachung nicht gerecht wird, taucht das Problem nur bezüglich des von einer gerechten Entscheidung abweichenden Betrages auf. Der größeren Klarheit wegen wird im folgenden davon ausgegangen, daß der Versicherungsträger die ganze Erstattungslast nur auf einen seiner Schuldner abwälzte.

Die Rechtsprechung befaßte sich des öfteren mit der Frage des Schadensausgleiches. Fast ausschließlich lag den Gerichten aber nur das Problem zur Entscheidung vor, ob der Dritte vom Unternehmer vollen oder anteiligen Ersatz für die an die Berufsgenossenschaft bezahlten Beträge erhalten kann. Der umgekehrte Fall, daß nämlich der Unternehmer vom Dritten Ersatz fordert, stand, soweit ersichtlich, nur einmal zur Entscheidung an.

¹Wussow TZ 1994.

II. Gesamtschuldverhältnis gegenüber dem Sozialversicherungsträger

Der Unternehmer bzw. der Betriebsangehörige und der Dritte sind beide Schuldner des Sozialversicherungsträgers, der Leistungen für den Verletzten erbracht hat. Der Unternehmer haftet nach § 640 RVO für dessen Leistungen, der Dritte über § 1542 RVO für dessen Verpflichtungen. In der Hand des Sozialversicherungsträgers vereinigen sich zwei Ansprüche gegen zwei verschiedene Schuldner.

Die Frage, ob diese beiden Schuldner gegenüber dem Sozialversicherungsträger Gesamtschuldner sind, ist noch nicht deshalb zu verneinen, weil beide dem Verletzten gegenüber keine Gesamtschuldner sind².

1. Die Meinung der Rechtsprechung und des Schrifttums

Das Reichsgericht hat zum ersten Mal im Urteil vom 6. 6. 1935³ unterschieden zwischen einem Gesamtschuldverhältnis gegenüber dem Verletzten und einem solchen gegenüber dem Sozialversicherungsträger.

Das RG, der BGH und ihnen folgend ein Großteil des Schrifttums verneinen das Vorliegen einer Gesamtschuld⁴.

²S. o. S. 60 ff.

³Seuff. Arch. 90/65.

⁴RG Seuff. Arch. 90/65; BGH VersR 56/36 und VersR 59/698; OLG München VersR 58/115; OLG Düsseldorf VersR 58/594; mit Einschränkungen, s. u. S. 83; BGB-RGRK (Haager) § 840 Anm. 5; Kersting JW 38/1958; Möring VersR 51/110 und das dort zitierte OLG Naumburg 3 U 202/40; Wagnat NJW 52/306; Möring VersR 59/685; Hofmann VersR 59/376; Götz Hueck RDA 54/254; Brackmann S. 932 e; Wussow TZ 1992; Seitz S. 264; RVO-Gesamtkommentar § 1542 Anm. 8 d bb (S. 83 f); Frick ZfS 51/24; Linthe S. 23; Floreckitz S. 96; RG JW 24/1157 geht offensichtlich von einem Gesamtschuldverhältnis aus, denn es zitiert als Begründung dafür, daß der Dritte dem Anspruch aus § 1542 RVO nicht Mitschuld des Unternehmers entgegenhalten könne, den § 421 BGB.

Ein echtes Gesamtschuldverhältnis setze einen inneren Zusammenhang der beiden Verpflichtungen im Sinne einer rechtlichen Zweckgemeinschaft voraus⁵. Daran fehle es bei den Verpflichtungen, auf denen die Ansprüche beruhen, die dem Sozialversicherungsträger gegen den Unternehmer sowie gegen den Dritten zustünden. Der Sozialversicherungsträger habe gegen den Dritten einen dem bürgerlichen Recht angehörenden Anspruch auf Ersatz des entstandenen Schadens, der nach § 1542 RVO kraft Gesetzes auf ihn übergegangen sei. Gegen den Unternehmer jedoch habe er einen Ersatzanspruch besonderer Art kraft eigenen Rechts auf Grund einer dem öffentlichen Recht angehörenden Gesetzesbestimmung, demgegenüber ein Mitverschulden des Verletzten nicht geltend gemacht werden könne. Die Verschiedenheit der Schuldgründe und des Entstehungsgrundes schlossen allerdings nicht aus, daß eine Gesamtschuld bestehe; entscheidend sei, daß zwischen den beiden Ansprüchen nur ein loser wirtschaftlicher Zusammenhang bestehe, denn beide hätten die Erstattung der Leistungen zum Ziel, die der Sozialversicherungsträger aus Anlaß des Betriebsunfalles erbringen mußte. Beide Verpflichtungen entbehrten deshalb des für ein Gesamtschuldverhältnis zu fördernden inneren Zusammenhang und der rechtlichen Zweckgemeinschaft. Der Unternehmer oder der Dritte werde vom Sozialversicherungsträger auch nicht als Gesamtschuldner in Anspruch genommen.

2. Kritik der Begründung

Diese Begründung begegnet Kritik aus zweierlei Gründen.

Folgt man der vom RG, vom BGH und von vielen der übrigen in § 7 Fußn. 4 Zitierten vertretenen Gesamtschuldkonzeption⁶, so läßt sich die Gesamtschuld zwischen Unternehmer bzw. Be-

⁵Vgl. noch RGZ 67/128 (130); RGZ 77/323; RGZ 82/427 (430); RGZ 92/401 (409); RGZ 159/89.

⁶Vgl. noch BGHZ 13/360 (365); BGH BB 65/251.
Schnorr von Carolsfeld Arbeitsrecht S. 267.

triebsangehörigen und dem Dritten nicht aus den angeführten Gründen verneinen.

Beide Ansprüche des Sozialversicherungsträgers dienen dem gleichen Zweck. Sowohl die Schadensersatzforderung gegen den Dritten wie auch der eigene Regreß gegen den Unternehmer und die ihm Gleichgestellten haben das Ziel, dem Versicherungsträger die Gelder wieder zufließen zu lassen, die er nach seiner gesetzlichen Verpflichtung anlässlich des Arbeitsunfalles aufgewendet hat. Die Sicherung und Befriedigung des gemeinsamen Gläubigers soll erreicht werden.

Wohl soll der drohende Regreß seitens der Berufsgenossenschaft die Unternehmer und ihre Beschäftigten zur genauen Beobachtung der Unfallversicherungsvorschriften anhalten. Doch steht diese Qualifikation des § 640 RVO als "sozialstrafrechtliche Erziehungsnorm"⁷ nicht der Beurteilung des Regresses als finanziellen Ersatzes zugunsten der Versicherungsträger entgegen.

Der erzieherische Nebenzweck wird in hohem Maße dadurch vereitelt,⁸ daß die Unternehmer eine Betriebshaftpflichtversicherung abschließen; so werden sie persönlich von einer Ersatzforderung des Versicherungsträgers überhaupt nicht mehr betroffen; ja oftmals erfahren sie gar nichts davon. So ist der erzieherische Wert, zumindest was die Unternehmer angeht, im Zusammenhang mit § 640 RVO recht fraglich geworden⁸; er wird mehr durch die Verhängung von Ordnungsstrafen erreicht,

⁷Ebel VersR 51/283.

⁸Stiegler S. 67; Lauterbach § 640 Anm. 25; Seitz S. 213; Bereiter-Hahn § 640 Anm. 1.

gegen die eine Absicherung mittels einer Haftpflichtversicherung nicht möglich ist⁹.

Dem Gesetzgeber war bekannt, daß in der Regel Betriebshaftpflichtversicherungen abgeschlossen werden, die eine erzieherische oder strafende Absicht ad absurdum führen. Wenn er trotzdem die Rückgriffsmöglichkeit bestehen ließ, so deswegen, um dem Versicherungsträger finanzielle Entschädigung zu geben¹⁰. Der Rückgriff "hat den Zweck, die Berufsgenossenschaft für ihre Aufwendungen anläßlich des Unfalles schadlos zu halten"¹¹.

Wenn aber beide Verpflichtungen die Sicherung und Befriedigung des Gläubigers bezwecken, so kann man nicht nur von einem losen wirtschaftlichen Zusammenhang sprechen. Diese gemeinsame Bestimmung verbindet sie zu einem Gesamtzweck¹², zu einer objektiven Zweckgemeinschaft.

Ihren inneren Grund haben beide Verpflichtungen in der gemeinsamen schadenstiftenden Handlung¹³. Wenn auch der Unternehmer und die ihm Gleichgestellten nicht dafür haften, so kann doch nicht geleugnet werden, daß der Regreß aus § 640 RVO nicht möglich wäre, wenn nicht andererseits der Haftungsausschluß nach §§ 636, 637 RVO bestünde. Dafür, daß die Ansprüche nicht nur lose nebeneinander bestehen, spricht auch, daß sich der Versicherungsträger grundsätzlich nach seinem Ermessen an

⁹ Elleser BB 65/378.

¹⁰ Wissow BG 64/409; a. A. Feyock NJW 64/1707; ferner Hofmann VersR 59/875 noch zu § 903 a. F. RVO.

¹¹ BGH VersR 56/36, vgl. o.S. 31

¹² Vgl. Enneccerus-Lehmann § 90 II 2 S. 361.

¹³ So Gräber VersR 58/581; Stiegler S. 335 ist ebenfalls der Ansicht, daß es nicht an der Gemeinsamkeit des Schuldverhältnisses fehlt. Er zieht aber die hier abgelehnte Konsequenz, daß ein Gesamtschuldverhältnis mit beiderseitigem Ausgleich nach § 426 BGB vorliegt.

den Schuldner seiner Wahl wenden kann, d. h. an den seiner Schuldner, von dem er sich eine reibungslosere und vollkommenerere Befriedigung seiner Forderungen erwartet¹⁴.

Ein inhaltlicher Unterschied zwischen den Verpflichtungen besteht nicht. "Aufwendungen" i. S. d. § 640 RVO und "Leistungen" i. S. d. § 1542 RVO unterscheiden sich nur in der Höhe. Beide Ansprüche stehen in Beziehung zu einem gemeinsamen Pol. Der Angelpunkt, um den sie sich drehen, ist die Leistung des Versicherungsträgers an den Verletzten, wie sie nach Art und Umfang im konkreten Fall erbracht wurde. Diese Versicherungsleistung ist nach § 640 RVO wie über § 1542 RVO zu ersetzen. Beim Anspruch aus § 640 RVO kommen noch die Verwaltungsaufwendungen des Versicherungsträgers hinzu, die nicht Versicherungsleistungen sind. Bei § 1542 wird der Umfang des Rechtsüberganges durch die zivilrechtliche Haftung des Dritten bestimmt. Der Übergang der Schadensersatzansprüche erfolgt insoweit, als der Versicherungsträger an den Verletzten Sozialleistungen zu erbringen hat, die dem Schadensersatz entsprechen, wie ihn der Schädiger normalerweise leisten mußte.

Der Anspruch aus § 640 RVO ist ein eigenständiger Erstattungsanspruch; aber auch der nach § 1542 RVO übergegangene ursprüngliche Schadensersatzanspruch des Verletzten zeigt Anzeichen eines selbständigen Erstattungsanspruchs der Sozialversicherungsträger¹⁵.

¹⁴OLG Koblenz VersR 52/229; Hofmann VersR 59/875.

¹⁵Näher Schmidt-Reimer VersR 53/457, der ausführt, daß beispielsweise das Recht des Sozialversicherungsträgers vom Dritten nach § 1542 Abs. 2 in Verb. mit § 1524 Abs. 1 Satz 2 bis 4 Pauschalbeträge anstatt der tatsächlichen Aufwendungen zu verlangen, nicht mehr von der cessio legis des § 1542 RVO gedeckt ist und seinen Grund nur in einer gewissen Vorseibständigkeit des Anspruches haben kann. Dies zeige sich auch beim Recht des Versicherungsträgers, beim Unfall eines Invalidenrentners für die Hinterbliebenenrente Ersatz vom Dritten fordern zu können.

Daß die Forderungen der Höhe nach verschieden sein können, steht der Annahme einer Gesamtschuld bezüglich des gleichen Teils nicht entgegen¹⁶. Es besteht der Eindruck, daß das RG und der BGH, die wegen § 636 RVO einem Ausgleichsanspruch des Dritten gegen den Unternehmer nicht zulassen wollten, aus diesem Grunde unbedingt zu einer Ablehnung eines Gesamtschuldverhältnisses kommen wollten. Wegen der von ihnen vertretenen Auffassung von den Voraussetzungen einer Gesamtschuld wählten sie diese Begründung. Nun zeigt sich aber, was sie nicht erörtert hatten, daß es Fälle des Nebeneinanderbestehens der §§ 640 und 1542 RVO gibt, in denen §§ 636, 637 RVO einem Ausgleichsanspruch nicht entgegenstehen¹⁷. Dann erzwingt keine sozialversicherungsrechtliche Sonderbestimmung die Ablehnung einer Gesamtschuld.

Der andere Grund, warum eine Verneinung eines Gesamtschuldverhältnisses gegenüber dem Sozialversicherungsträger aus den oben angeführten Gründen Bedenken begegnet, ist der: Die "Zweckgemeinschaft" und der "innere Zusammenhang" werden als Kriterien zur Unterscheidung einer Gesamtschuld von anderen Forderungsmehrheiten in zunehmendem Maße von der Lehre abgelehnt. Die Definition der Gesamtschuld wird nach anderen Gesichtspunkten gesucht, weil die Abgrenzung nach solchen Merkmalen nicht geeignet ist, gesicherte Ergebnisse zu erreichen¹⁸.

¹⁶RGZ 92/401 (408); BGH BB 65/521.

¹⁷S. näher § 9 II 2, S. 114 ff.

¹⁸BGB-RGRK (Fischer) § 421 Anm. 8; Soergel-Siebert (Schmidt Reimer) § 421 Anm. 3 c; Erman (Westermann) § 421 Anm. 2; Esser Schuldrecht S. 447; Blomeyer Allgemeines Schuldrecht S. 310 f; Fikentscher Das Schuldrecht § 62 III S. 309; Larenz Lehrbuch des Schuldrechts Allg. Teil § 33 III S. 387; Selb S. 14; Frotz JZ 64/665; Raisch JZ 65/703 (704).

3. Eigene Begründung

Zwischen den Ansprüchen des Sozialversicherungsträgers aus § 640 RVO und dem nach § 1542 RVO auf ihn übergegangenen Anspruch kann bei der angenommenen Fallgestaltung deshalb kein Gesamtschuldverhältnis bestehen, weil die §§ 636, 637 RVO, wie in § 6 gezeigt wurde, verhindern, daß ein einseitiger Ausgleichsanspruch des belasteten Dritten gegen den Unternehmer bzw. Betriebsangehörigen des Verletzten entsteht. Es widerspricht der Systematik und der dem BGB zugrundegelegten Konzeption von der Gesamtschuld, daß einer der beiden Schuldner unter k e i n e n Umständen einen Ausgleichsanspruch gegen den anderen hat.

Ein Gesamtschuldverhältnis wird durch den Gesetzgeber bei mehreren Schulden gleichen Inhalts, von mehreren Schuldnern geschuldet, eingeführt, damit sich einmal die Rechtsstellung des Gläubigers verstärkt und zum anderen der technische Ausgleich über § 426 BGB möglich wird¹⁹.

Die Ausgleichspflicht unter den Gesamtschuldnern ist der Gesamtschuld wesentlich zugehörig. Daran ändert nichts, daß sich der Ausgleichsanspruch bis auf Null ermäßigen kann, wenn eine anderweitige Bestimmung i. S. d. § 426 Abs. 2 Satz 1 BGB vorliegt. Wenn bei einer Gesamtschuld einer der Gesamtschuldner vom anderen keinen Ausgleich verlangen kann, so beruht das entweder auf einer vertraglichen Vereinbarung, oder auf gesetzlichen Schadensverteilungsregeln, wie beispielsweise in § 840 Abs. 2 und Abs. 3 BGB oder auf den Umständen des Einzelfalles, das heißt der Schwere der beiderseitigen Verursachung²⁰.

¹⁹Schnorr von Carolsfeld, Anm. zu AP Nr. 5 zu § 670 BGB.

²⁰RGZ 84/430; RGZ 159/90; Enneccerus-Lehmann § 95 I S. 373.

Wenn der Dritte gegen den Unternehmer bzw. Betriebsangehörigen keinen Ausgleichsanspruch hat, so beruht das auf keinem dieser Kriterien, insbesondere nicht auf einer Abwägung der beiderseitigen Verursachung. Ohne Rücksicht auf das Maß der Verursachung des Unternehmers bzw. Betriebsangehörigen ist der Ausgleich versagt. Die Sonderregelung in den §§ 636, 637 RVO nimmt von den Maßstäben des § 426 Abs. 1 BGB keine Notiz. Sie hat mit einer Schadensverteilung überhaupt nichts zu tun. Ihr Zweck ist ein ganz anderer. Sie verteilt nicht die Last des Unfalles oder bindet sie den anderen in §§ 636, 637 RVO, nicht genannten Personen auf. Dies beweist schon die Existenz des § 640 RVO. Sie verhindert einen Ausgleichsanspruch des Dritten in jedem Fall und unter allen Umständen.

Wenn bei einer Schuldnermehrheit ein Anspruch auf internen Ausgleich eines der beiden Schuldner gegen einen anderen einseitig dem Grunde nach schon nicht entstehen kann und generell ausgeschlossen ist, so kann diese Schuldnermehrheit aus diesem Grunde nicht den Regeln der Gesamtschuld unterstellt werden²¹. Das innere Schuldverhältnis, dessen Folge die immerhin potentielle gegenseitige Ausgleichspflicht ist, ist ein wesentliches Element der Gesamtschuld. Wenn es fehlt, kann keine Gesamtschuld vorliegen.

Der § 840 Abs. 2 und Abs. 3 BGB steht diesem Ergebnis nicht entgegen. Äußerlich zwar liegt die Fallgestaltung ähnlich: wenn beispielsweise der Tierhalter dem Geschädigten den ganzen Schaden ersetzt, hat er einen Ausgleichsanspruch gegen den mithaftenden Schädiger. Wenn dieser zuerst Schadensersatz leistet, hat er keinen Ausgleichsanspruch gegen den Tierhalter. Aber diese Regelung berücksichtigt bereits ein internes Haftungsteilungsprinzip. Die Beteiligung am Unfall

²¹ Ebenso Hofmann VersR 59/576; Raisch JZ 65/703 (707).

sind abzuwägen; nicht verbieten der Abwägung der Beteiligung fremde Kriterien, wie sie §§ 636, 637 RVO darstellen, den Ausgleich.

4. Ad-hoc-Gesamtschuldverhältnis?

Ein Gesamtschuldverhältnis zwischen dem Unternehmer bzw. dem Betriebsangehörigen und dem Dritten besteht also nicht.

Schmalz²², der dies anerkennt, möchte aber doch dem Unternehmer, der nach § 640 RVO an den Sozialversicherungsträger gezahlt hat, einen Ausgleichsanspruch gegen den Dritten geben. Um dies zu erreichen, konstruiert er ein "ad-hoc gedachtes, realiter nicht vorhandenes Gesamtschuldverhältnis"²³.

Im Effekt müsse die Rechtslage so betrachtet werden, als griffe weder § 636 RVO für den Unternehmer noch § 1542 RVO für den Dritten ein. Diese relative Beurteilung finde ihre innere Rechtfertigung darin, daß die Bestimmung des § 636 RVO, die den Unternehmer privilegieren soll, ihm völlig sinnwiderig zum Nachteil gereichte, wenn man aus rein formalistischen Erwägungen als unabweisbare Konsequenz hinnähme, daß sie einem Ausgleichsanspruch gegenüber einem Dritten hindernd im Wege stehe. Daß dieses fingierte Gesamtschuldverhältnis immer nur zugunsten des einen Gesamtschuldners Ausgleichsansprüche gewähre, verträge sich durchaus mit dem geltenden Recht.

Neben Gräber²⁴ beurteilt auch das OLG Düsseldorf in seinem Urteil vom 22. 7. 1958²⁵ die Rechtslage verschieden, je nachdem, ob der Dritte den Unternehmer zum

²²MDR 60/15.

²³Schmalz gibt in NJW 63/1708 zu, daß jeder Versuch, dem Unternehmer einen Ausgleich zu geben, sich mit einer artifizierten Konstruktion behelfen müsse.

²⁴VersR 58/581.

²⁵VersR 58/594.

Ausgleich heranzieht, oder ob der Unternehmer vom Dritten Ersatz für seine Zahlungen an die Berufsgenossenschaft fordert. Für den ersteren Fall schließt sich das Urteil der Entscheidung des BGH vom 23. 11. 1955 an²⁶, verneint also das Vorliegen eines Gesamtschuldverhältnisses und damit eine Ausgleichsmöglichkeit, weil es an der rechtlichen Zweckgemeinschaft fehle. In letzterem Fall betrachtet das OLG die beiden als Gesamtschuldner der Berufsgenossenschaft; denn es sagt im Rahmen der Prüfung, ob der Unternehmer vom Dritten Ausgleich erhalten könne, dies könne jedenfalls dahinstehen, da ein Verschulden des Dritten sich in der durchgeführten Beweisaufnahme nicht ergeben habe.

Es ist nicht möglich, die nach § 636, 637 RVO geschützten Personen und die Mitschädiger einmal als Gesamtschuldner zu behandeln und einmal nicht. Es wurde schon dargelegt, daß eine Gesamtschuld mit einem ausnahmslos nur einseitigen internen Ausgleich nach dem geltenden Recht nicht möglich ist. Deswegen verbietet sich auch ein Ausgleichsanspruch des Unternehmers oder der ihm Gleichgestellten im Wege einer analogen Anwendung des § 426 BGB²⁷. Ob mehrere Forderungen über eine bloße Mehrheit von Forderungen hinaus in einer so engen Rechtsgemeinschaft stehen, daß sie ein Gesamtschuldverhältnis bilden, kann nicht davon abhängen, wer von wem nach Befriedigung des gemeinsamen Gläubigers Ausgleich haben will. Zwischen Gesamt-

²⁶ BGH VersR 56/36.

²⁷ Götz Hueck RdA 54/254 nimmt das an. - Im modernen Schrifttum wird die analoge Anwendung des § 426 BGB auf Forderungsmehrheiten außerhalb der Gesamtschuld fast einhellig verneint: RGZ 67/128 (132); RGZ 92/401 (409); RGZ 149/182 (186); BGH VersR 54/389; BGH VersR 56/36; Blomeyer aaO § 49 IV 2 S. 309; Fikentscher aaO § 62 III S. 310; Larenz aaO § 33 III S. 389; Soergel-Siebert (Reimer Schmidt) § 421 RdNr. 10; Staudinger (Werner) Vor § 420 Bem. I 4; Selb S. 18; Oertmann Vor § 420 Bem. 5 c und § 426 Bem. 2 e.
A. A. Erman (Westermann) § 421 Anm. 2; Esser § 98 I 1 S. 448.

schuldnern bestehen ja auch schon vor der Befriedigung des Gläubigers gegenseitige Rechte und Pflichten.

Sicher mag unter bestimmten Umständen es wünschenswert sein, dem Unternehmer einen Ausgleichungsanspruch gegen einen weiteren Schädiger zu gewähren²⁸. Es darf aber der gewünschte Erfolg nicht auf einem unzulässigen Weg herbeigeführt werden.

Es ist richtig, daß §§ 636, 637 RVO einen bestimmten Personenkreis privilegieren. Diese Bevorzugung erstreckt sich aber nur gegen Ansprüche des Verletzten und des Dritten. Sie schützen nicht vor einer Inanspruchnahme seitens des Sozialversicherungsträgers, wie sich aus § 640 RVO ergibt. Wenn der Unternehmer nach § 640 RVO zur Zahlung herangezogen wird, so kann er diesbezüglich nicht anders behandelt werden als jeder andere Schuldner auch. Das Privileg der Haftungsfreistellung der Unternehmer und der Betriebsangehörigen würde unzulässig ausgeweitet werden, wenn man darin eine Anspruchsgrundlage sieht²⁹. Ihr Gesetzeszweck deckt diese Ansicht nicht. Die §§ 636, 637 sollen Ansprüche abwehren, nicht schaffen.

III. Abtretung einer Forderung oder wechselseitige Erfüllungswirkung?

Götz Hueck³⁰ und Gunkel³¹ geben demjenigen der beiden Schuldner, der an den Versicherungsträger mehr leistet, als bei Bestehen eines Gesamtschuldverhältnisses auf ihn

²⁸S. u. S. 101 ff.

²⁹Hofmann VersR 59/877.

³⁰RdA 54/254.

³¹a. a. O.S. 57.

entfiele, gegen den Versicherungsträger einen Anspruch auf Abtretung des Regreßanspruches gegen den anderen Schuldner in Höhe der Mehrleistung. Möhring³² will dieses Recht nur dem Unternehmer zugestehen.

Dieser Weg der Übertragung einer Forderung durch den Sozialversicherungsträger auf den zahlenden Schuldner setzt voraus, daß die zu übertragende Forderung infolge der Erfüllung der anderen Forderung nicht untergegangen ist. Es ist also zu untersuchen, wie die Leistung des Dritten an den Sozialversicherungsträger auf dessen Forderung gegen die ihm nach § 640 RVO Ersatzpflichtigen wirkt; und umgekehrt, wie deren Leistung auf die Forderung des Sozialversicherungsträgers gegen den Dritten wirkt.

Aus der Sicht des Versicherungsträgers ist das Ergebnis gleichgültig. Er kann auf keinen Fall beide Forderungen realisieren, ob nun eine gegenseitige Wechselwirkung der Erfüllung antritt oder nicht.³³ Der wirtschaftliche Zweck der beiden Schuldverpflichtungen wird durch die einmalige Leistung an den Sozialversicherungsträger erreicht³⁴. Dieser kann sich nicht auf Grund eines Unfalls seines Versicherten durch doppelte Entschädigung bereichern.

Wegen der unterschiedlichen Folgen für den Schuldner muß auseinandergehalten werden³⁵, ob die Erfüllung einer Forderung die andere mittilgt und sie also untergehen läßt oder ob die Erfüllung auf die Bestandsvoraussetzungen der anderen Forderung derart einwirkt, daß

³²VersR 59/685.

³³Lauterbach § 640 Anm. 37; Seitz S. 263; Gunkel S. 56; Höring VersR 51/110; Götz Hueck RdA 54/254.

³⁴BGH VersR 56/36; Hofmann VersR 59/876.

³⁵Vielfach vermißt man die präzise Unterscheidung; vgl. Selb S. 17 Fußn. 18.

der Gläubiger sie nicht mehr geltend machen kann³⁶.

1. Kein Fall der sog. "verschiedenstufigen Haftung"

Vor allem von Selb³⁷ wird die Ansicht vertreten, daß außerhalb der Gesamtschuldfälle eine Erfüllungsgemeinschaft nicht bestehe und die Zahlung des einen Schuldners die andere Verbindlichkeit stets bestehen lasse. Eine gegenseitige Erfüllungswirkung könne nicht angenommen werden. Wenn keine Gesamtschuld gegeben sei, befreie die Leistung eines Schuldners den anderen nicht wechselseitig³⁸.

Dabei wird von einer Forderungskumulation ausgegangen, wie sie beim Sozialversicherungsträger und Unternehmer und Sozialversicherungsträger und Dritten nicht besteht, nämlich von der sogenannten "verschiedenstufigen Haftung". Auf Grund eines internen Haftungsverteilungsprinzips und einer von vornherein feststehenden Wertung sollte einer der beiden Schuldner den Schaden letztlich allein tragen, wie es beispielsweise für die Gesamtschuld bei §§ 840 Abs. 2 u. 3 BGB zum Ausdruck kommt. Etwa sollte intern der Dieb für den Verlust der Sache Ersatz leisten und nicht der nachlässige Verwahrer; oder der Brandstifter und nicht der baulastpflichtige Fiskus³⁹. Ein Regreß des zuerst zahlenden Fiskus oder Verwahrer gegen den Brandstifter oder Dieb sollte möglich sein, nicht aber umgekehrt. Um diesen Regreß

³⁶Eisele AcP Bd. 77 S. 374 (480); Selb S. 17.

³⁷S. 17 ff.

³⁸Vgl. auch Cosack-Mitteis Lehrbuch des Bürgerlichen Rechts § 180 S. 504; Oertmann Vorbem. 4 c zu §§ 420 ff; Palandt-Dankelmann § 421 Anm. 2; Soergel-Siebert (Reimer Schmidt) § 421 Anm. 10; Eisele AcP Bd. 77 S. 374 (480).

³⁹Vgl. RGZ 82/206.

ermöglichen zu können, sollte die Forderung des Geschädigten gegen den, der letztlich verpflichtet sein soll, nicht untergehen. Gleichzeitig mußte verhindert werden, daß der Brandstifter oder der Dieb, falls sie zuerst zahlen, ihrerseits gegen den baulastpflichtigen Fiskus oder gegen den Verwahrer einen Regreß haben. Dies war nach einer "verständigen Wertung" nicht gewollt. Infolgedessen durfte in diesem Fall die Forderung des Gläubigers gegen den Fiskus oder den Verwahrer untergehen. Die Leistung des dem Schaden "Näherstehenden"⁴⁰ soll den "Fernerstehenden" befreien, nicht aber umgekehrt. Die einmütig gewollte letzte Verpflichtung eines der Schuldner und die gewünschte Regreßmethode gebär diese Lösung der nicht wechselseitigen Erfüllung⁴¹.

Die Forderungen gegen den Dritten und gegen den Unternehmer sind nicht verschiedenstufig. Nach außen nicht, denn der Sozialversicherungsträger kann jeden Schuldner in gleichem Maße beanspruchen. Nach innen nicht, weil keine Wertung so wie in den oben angeführten Beispielen fordern kann, der Unternehmer oder der Dritte müsse letztlich für den Schaden aufkommen, denn er sei "näher dran" am Schadensfall, er habe den Unfall "direkt verursacht", während der andere ihn nur "ermöglicht" habe.

Selb hat also ganz andere Fälle im Auge als den, der hier zur Entscheidung steht.

2. Analoge Anwendung von § 422 BGB

Eine unmittelbare Anwendung des § 422 BGB verbietet sich, weil die beiden Forderungen nicht im Verhältnis einer echten Gesamtschuld zueinander stehen.

⁴⁰ Selb S. 51.

⁴¹ Frotz JZ 64/668.

Auf alle Forderungskumulationen, die zwar keine Gesamtschulden sind, bei denen aber keine Wertung einen Schuldner als den als letzten verpflichteten erscheinen läßt, findet § 422 BGB aber analoge Anwendung⁴². Dies gilt auch für das Verhältnis zwischen dem Sozialversicherungsträger und dem Unternehmer und dem Dritten⁴³.

Der Unternehmer, der grobfahrlässig den Unfall seines Arbeitnehmers verursacht hat, ist Täter einer unerlaubten Handlung; der Dritte, der schuldhaft den Unfall mitverursacht, ebenfalls. Ohne die in der Reichsversicherungsordnung getroffene besondere Haftungsbeschränkung wären beide Gesamtschuldner nach § 840 Abs. 1 BGB. Nun ist aber der Unternehmer und der Betriebsangehörige des Verletzten nicht von jeglicher Haftung frei. Die §§ 636, 637 RVO schließen zwar bürgerlich-rechtliche Schadensersatzansprüche des Geschädigten aus; aber an seiner Stelle statuiert § 640 RVO einen Ersatzanspruch der Sozialversicherungsträger, einen mittelbaren Schadensersatzanspruch. Jeder der am Unfall beteiligten Schädiger ist einem Ersatzanspruch ausgesetzt, der seinen Grund gerade in der Schädigung des Verletzten hat. Die äußeren Umstände sind

⁴²Für eine analoge Anwendung des § 422 BGB auf Forderungskumulationen, die nicht im obigen Sinne verschiedenstufig sind: Klingmüller JherJb 64/75 f und 97, der von einer Reflexwirkung der Erfüllung spricht; Rudolf Schmidt JherJb 72/102; Erman (Westermann) § 421 Anm. 3; Staudinger (Werner) Vorbem. I 4 zu § 420; Lesser aaO § 420 Nr. 4 S. 446 und § 98 Nr. 4 S. 453; Blomeyer aaO § 420 IV 2 S. 310; Ertz JZ 64/670. Auch Leib anerkennt S. 13, daß es "unechte" Gesamtschulden mit Gleichstufigkeit der Haftung und wechselseitiger Tilgungswirkung gibt. Er unterstellt sie aber direkt den Gesamtschulden.

⁴³Lauterbach § 640 Anm. 37; Wussow TZ 1933; Hofmann VersR 59/871; Schmalz MDR 60/15 und Seitz S. 263 f kommen zum gleichen Ergebnis, indem sie § 362 Abs. 1 BGB anwenden, den man unter Heranziehung des § 267 Abs. 1 BGB auch dann als erfüllt ansehen müsse, wenn einer von mehreren Schuldnern leiste. Ebenso Gunkel S. 57, der aber den Untergang der Forderung davon abhängig macht, ob ein Mitschuldner ein Interesse daran hat oder nicht. Stiegler S. 336 wendet § 422 BGB direkt an. Gegen eine analoge Anwendung des § 422 BGB ist Möring VersR 59/685.

genau wie bei einer echten Gesamtschuld. Der Gläubiger kann sich halten, an wen er will; er soll jedoch sein Interesse nur einmal befriedigen können.

Die versicherungsrechtliche Sonderregelung in den §§ 636, 637 RVO, die der einzige Grund dafür ist, daß zwischen dem Unternehmer und dem Dritten kein Gesamtschuldverhältnis besteht, spricht nicht gegen die analoge Anwendung von § 422 BGB.

Wenn der Dritte über § 1542 RVO vom Versicherungsträger für den Schaden des verletzten Arbeitnehmers in Anspruch genommen wird und diese Verbindlichkeit erfüllt, so erlischt im Umfange seiner Zahlung auch die Forderung des Versicherungsträgers gegen den Unternehmer bzw. Betriebsangehörigen des Verunglückten. Im umgekehrten Fall erlischt bei Leistung der nach §§ 640, 641 RVO Verpflichteten die Forderung des Versicherungsträgers gegen den Dritten. Diese notwendige Folge tritt ein, ob der Versicherungsträger oder ein Schuldner ein Interesse an der Erhaltung des Anspruches hat⁴⁴ oder nicht, weil eben durch die Leistung kein Minus im Vermögen des Berechtigten mehr vorliegt.

Eine Übertragung einer Forderung durch den Sozialversicherungsträger auf den zahlenden Schuldner oder - bei § 1542 RVO - eine Rückübertragung auf den Verletzten kommt danach nicht mehr in Frage⁴⁵; denn wenn beide Forderungen erloschen sind, besteht nichts mehr, was übertragen werden könnte.

⁴⁴Hofmann VersR 59/876 unterstellt dieses Interesse beim Versicherungsträger.

⁴⁵Außer den in Fußn. 43 Zitierten noch: RG DR 40/1779; OLG Stuttgart VersR 56/563. Lauterbach § 640 Anm. 37 ist inkonsequent. Er spricht sich für die Anwendung von § 422 BGB aus, befürwortet aber andererseits den von Möring eingeschlagenen Weg der Übertragung, der doch auf der Nichtanwendung von § 422 BGB beruht.

3. Umfang der Erfüllungswirkung

Eine Erfüllungswirkung kann nur insoweit eintreten, als sich die Forderungen decken.

Nach §§ 640, 641 RVO kann der Sozialversicherungsträger Ersatz seiner "Aufwendungen" verlangen. Diese setzen sich zusammen aus den Geld- und Sachleistungen, die er aus Anlaß des Unfalles an den Verletzten gemacht hat oder noch zu machen hat⁴⁶. Ferner gehören zu den Aufwendungen die vom Versicherungsträger aufgewendeten eigenen Auslagen, nämlich die Kosten des Feststellungsverfahrens und der geschäftlichen Behandlung, z. B. Zeugengebühren nach § 117 RVO, Kosten ärztlicher Beurachtung⁴⁷, Porto, den Krankenkassen von der Berufsgenossenschaft zu erstattende Verwaltungskosten in den Fällen der §§ 1501, 1510 RVO. Leistungen, die der Versicherungsträger (z. B. bei besonderer Unterstützung nach § 563 RVO) nach seinem Ermessen gewähren kann, gehören dann dazu, wenn sie ihren Grund in einer Satzungsbestimmung haben, denn dann "müssen" sie im Sinne des § 640 RVO gewährt werden⁴⁸.

Über den Rechtsübergang nach § 1542 RVO kann der Sozialversicherungsträger nur die bürgerlich-rechtlichen Schadensersatzansprüche des Verletzten verlangen, soweit

⁴⁶ BayObLG 11/137.

⁴⁷ RG 36/332; RG JW 27/1421; Stiegler S. 123.

⁴⁸ Haase-Koch § 640 Anm. 8 halten Ermessungsleistungen unter keinen Umständen für erstattungsfähig; Lauterbach § 640 Anm. 33, Schickel S. 59 und Gunkel S. 53 wollen sie immer erstatten lassen.

er an diesen Geld- oder Sachleistungen erbringt oder noch erbringen muß⁴⁹. Aufwendungen der Versicherungsträger, die keine Versicherungsleistungen darstellen, fallen nicht darunter; also beispielsweise nicht Kosten der geschäftlichen Behandlung und der Feststellung der Leistungspflicht, Barauslagen für ärztliche Gutachten⁵⁰, Rechtsanwaltskosten⁵¹, Durchgangsarztkosten⁵². Der Umfang der Verbindlichkeit des Dritten gegenüber dem Versicherungsträger wird also beschränkt einerseits durch die Höhe des Schadensersatzanspruches des Verletzten gegen den Dritten, andererseits durch die Leistungspflicht des Versicherungsträgers dem Verletzten gegenüber.

Auszuklammern bei der Feststellung des Umfangs der gegenseitigen Erfüllungswirkung sind die Posten, für die nicht eine Ersatzpflicht sowohl nach §§ 640, 641 RVO wie über § 1542 RVO besteht. Die Posten, für die nach beiden Vorschriften gleichermaßen haftet wird, sind einander gegenüberzustellen; soweit sie sich decken, gehen beide Forderungen durch die Leistung des zahlenden Schuldners unter.

IV. Ansprüche aus auftragloser Geschäftsführung

Kann über das Rechtsinstitut der Geschäftsführung ohne Auftrag der Unternehmer vom Dritten oder dieser

⁴⁹ Statt vieler Seitz S. 27.

⁵⁰ RG JW 25/943; Schickel S. 24.

⁵¹ BGH L.-M. Nr. 36 zu § 1542 RVO.

⁵² Seitz S. 138; Peters VersR 59/10; a. A. LG Verden VersR 62/332; Vollmar VersR 58/436.

vom Unternehmer anteilmäßige⁵³ Beteiligung an den Unfallfolgen verlangen?

Wenn der Dritte dem Sozialversicherungsträger den übergegangenen Schadensersatzanspruch des Verletzten begleicht, so tilgt er damit nicht auch einen Schadensanspruch des Verletzten gegen den Unternehmer, denn solche Ansprüche bestehen wegen §§ 636, 637 RVO nicht. Aber er bewirkt durch seine Zahlung, daß insoweit der besondere Ersatzanspruch der Sozialversicherungsträger gegen die in ihrer bürgerlichrechtlichen Haftung Beschränkten untergeht. Diese werden frei. Der Dritte hat damit objektiv ein Geschäft dieser Personen geführt, denn die Tilgung der Forderungen aus §§ 640, 641 RVO war ihre Aufgabe⁵⁴. Und umgekehrt, wenn der Unternehmer gemäß § 640 RVO leistet, erlischt die Forderung des gemeinsamen Gläubigers, des Sozialversicherungsträgers, gegen den Dritten. Dieser wird durch jene Zahlung von seiner Schuld frei. Der Unternehmer hat seine Angelegenheit besorgt⁵⁵.

Der Annahme einer Geschäftsführung für einen anderen nach § 677 BGB steht aber entgegen, daß jeder, wenn er leistet, eine eigene Rechtspflicht erfüllt. Das Rechtsinstitut der Geschäftsführung i. S. d. § 677 BGB betrifft die Fälle altruistischer Fürsorge für die Angelegenheiten eines anderen⁵⁶. Wer in Erfüllung einer eigenen Verbind-

⁵³Über Aufwendungsersatz nach § 683 BGB, der grundsätzlich auf Erstattung der ganzen Aufwendung geht, kann ausnahmsweise auch ein anteiliger Betrag verlangt werden. BGH JZ 63/547 und Lange JZ 63/552; Klingmüller JherJb 64/97.

⁵⁴vgl. Enneccerus-Lehmann § 165 III 2 S. 698.

⁵⁵Es würde der Annahme einer Geschäftsführung entgegenstehen, wenn die Tätigkeit des "Geschäftsführers" dem "Geschäftsherrn" nur zugute kommt, ihn aber nicht befreit; vgl. Enneccerus-Lehmann § 165 II 3 S. 700; Selb S. 30.

⁵⁶v. Caemmerer NJW 63/1403; Frotz JZ 64/669.

lichkeit handelt, führt in der Regel⁵⁷ kein fremdes Geschäft, sondern eben sein eigenes⁵⁸. Keine Dialektik macht ein eigenes Geschäft "zu einem fremden"⁵⁹, mag auch der Handelnde zugleich in fremdem Interesse tätig geworden sein. Der Zahlende tilgt hier, ob er will oder nicht, die Schuld des anderen mit; die Erfüllungswirkung ist nur abhängig vom objektiven Tatbestand der Zahlung, nicht von subjektiven Vorstellungen und Wünschen des Leistenden. Sie tritt zwangsläufig ein.

Aus diesen Gründen kann eine Geschäftsführung für einen anderen in der Zahlung der eigenen Verbindlichkeit nicht liegen. Wer vom Sozialversicherungsträger in Anspruch genommen wurde und bezahlt hat, kann vom anderen nicht vollen oder teilweisen Ersatz verlangen⁶⁰.

V. Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung

Wenn der Versicherungsträger die auf ihn nach § 1542 RVO übergegangenen Ansprüche gegen den Dritten geltend macht und dieser seine Verbindlichkeit erfüllt, so erlischt in dem Umfange, in dem sich die "Leistungen"

⁵⁷ BGH NJW 55/257 und v. Caemmerer NJW 63/1403 erwähnen Ausnahmen, in denen Geschäftsführung auch bei Erfüllung einer eigenen Verbindlichkeit vorliegt, vor allem bei Gemeinschaften. Eine solche Ausnahme liegt hier nicht vor. Der Unternehmer oder der Dritte erfüllen ihre Verbindlichkeit nicht als Mitglieder einer Gemeinschaft.

⁵⁸ v. Tuhr DJZ 14/334 (337); Rabel Rhein.Z 19/20 S. 89 (102); v. Caemmerer NJW 63/1403; Oertmann Vorbem. 4 d zu § 677. Aus BGH JZ 63/547 kann entnommen werden, daß bei der Erfüllung eigener Rechtspflichten eine auftraglose Geschäftsführung abgelehnt worden wäre.

⁵⁹ Rabel Rhein.Z 19/20 S. 102.

⁶⁰ Das Dombrandurteil des RG in RGZ 82/206 und ihm folgend Staudinger-Nipperdey § 677 Anm. 14 - 17; Erman (Hauß) Vorbem. 3 zu § 677; Soergel-Siebert (Erdsiek-Mühl) § 677 Anm. 4 - 8 können nicht als Gegenmeinungen angeführt werden. Sie treffen einen anderen Fall. Dort soll der dem Schaden "ferner Stehende" ein Geschäft des anderen geführt haben, nicht aber der dem Schaden "näher Stehende". Da hier keine sogenannte verschiedenstufige Haftung vorliegt, geht es nicht darum, wer den Schaden letztlich tragen soll, sondern darum, wie er gerecht aufzuteilen ist. Vgl. Selb S. 30.

i. S. d. § 1542 RVO und die "Aufwendungen" i. S. d. § 640 RVO gleichartig gegenüberstehen, auch die Forderung des Versicherungsträgers aus §§ 640, 641 RVO. Die hiernach haftenden Personen sind dadurch von ihrer Schuld befreit, ohne eigene Vermögensaufwendungen gemacht zu haben. Darin liegt eine Bereicherung⁶¹. Ein Anspruch des Zahlenden aus § 812 BGB würde voraussetzen, daß die Bereicherung ohne rechtlichen Grund und auf Kosten des anderen erfolgte.

1. Verzicht nach § 640 Abs. 2 RVO als Rechtsgrund

Wenn der Sozialversicherungsträger von seinem Verzichtszrecht Gebrauch macht, bevor der Dritte leistet, so erlischt die Forderung aus § 640 RVO auf Grund dieses Verzichts. Der Unternehmer bzw. Betriebsangehörige wird dadurch von seiner Verbindlichkeit frei, bevor noch die Leistung des Dritten automatisch auch seine Verbindlichkeit mitteilgen würde. Der Verzicht nach § 640 Abs. 2 RVO ist der Rechtsgrund für sein Freiwerden.

Der Verzicht kann ausdrücklich oder konkludent erklärt werden⁶². Er bedarf keiner Form.

In der bloßen Geltendmachung der nach § 1542 RVO übergegangenen Ansprüche kann noch kein - konkludenter - Verzicht nach § 640 Abs. 2 RVO erblickt werden. Denn bei der Geltendmachung der Ansprüche gegen den Dritten weiß der Versicherungsträger noch nicht, ob sein Vorgehen auch zum Erfolg führen wird. Allenfalls kann darin ein Verzicht erblickt werden, der aufschiebend bedingt für

⁶¹Vgl. Enneccerus-Lehmann § 221 I 1 S. 875.

⁶²Lauterbach § 640 Anm. 47.

den Zeitpunkt der Zahlung des Dritten wirksam sein soll. Voraussetzung dafür ist jedoch, daß auch das für den Verzicht satzungsgemäß zuständige Organ des Versicherungsträgers die Geltendmachung der Ansprüche gegen den Dritten beschlossen hatte. Dies war nach § 905 a. F. RVO bei der Berufsgenossenschaft der Vorstand oder die Vertreterversammlung. Sie beschlossen über den Rückgriff, also auch über den Verzicht⁶³. Für die Verfolgung der auf die Berufsgenossenschaften kraft Gesetzes übergegangenen Ansprüche war indes der Geschäftsführer zuständig.

Nach der neuen Gesetzeslage kann, wenn in der Satzung nichts anderes bestimmt ist,⁶⁴ auch der Geschäftsführer nach § 640 Abs. 2 RVO verzichten⁶⁵, so daß für die Geltendmachung sämtlicher Ersatzansprüche die gleiche Stelle zuständig ist.

2. Befreiung nicht "auf Kosten" des anderen Schuldners

Soweit kein Verzicht den Rechtsgrund für das Freiwerden des Nichtzahlenden bildet, gilt folgendes: Das Merkmal "auf dessen Kosten" verlangt, daß der Bereicherung auf der einen Seite ein Verlust auf der anderen Seite entspricht. Daran fehlt es; denn der Grund für die Vermögensverminderung ist nicht die Bereicherung des anderen, sondern die eigene schadensstiftende Handlung. Es bestand eine Verpflichtung zur Vermögensumschichtung, die sich nicht als "Verlust" klassifizieren läßt. Das bürgerliche Recht geht davon aus, daß eine ungerechtfertigte Bereicherung dann nicht vorliegt, wenn ein Schuldner seine eigene Schuld durch

⁶³Lauterbach § 640 Anm. 46.

⁶⁴Vgl. aber die Mustersatzung für gewerbliche Berufsgenossenschaften, abgedruckt bei Lauterbach Anhang Nr. 23.

⁶⁵Elleser BB 65/378; Schuck BG 64/369. Seit der Neufassung des Selbstverwaltungsgesetzes vom 23. 8. 1967 gilt aber nach § 14, daß zum Verzicht auf Haftungsansprüche die Genehmigung der Aufsichtsbehörde erforderlich ist.

Leistung an den Gläubiger tilgt und dadurch nur automatisch die Schuld eines anderen Schuldners des gleichen Gläubigers erlischt⁶⁶.

VI. Verteilung durch den Sozialversicherungsträger

Nachdem ein gegenseitiger Ausgleich nach den Konstruktionsmöglichkeiten des BGB nicht möglich ist, liegt es nahe, eine Lösung dort zu suchen, wo eine gerechte Verteilung der Schadensfolgen noch möglich ist, ohne Ausgleichsansprüche gewähren zu müssen: bei der Inanspruchnahme durch den Versicherungsträger.

Gibt es in diesem Ausnahmefall eine Pflicht des Gläubigers, seine Ansprüche gegen die Schuldner nur in der Höhe geltend zu machen, als jeder in schuldhafter Weise den Unfall mitverursacht hat?

1. Pflicht gegenüber dem Unternehmer

Der Unternehmer muß als Mitglied der BG infolge der Solidarhaftung laufend auch für die Unfälle anderer Unternehmer mitaufkommen. Das Gesetz hat ihm deswegen die Chance eingeräumt, durch einen Verzicht der Unternehmerge samtheit von seiner Haftung freizukommen. Dieser Verzicht, der insbesondere die wirtschaftlichen Verhältnisse berücksichtigen soll, der sich aber auch am Verschuldensmaßstab orientieren kann⁶⁷, ist für den Unternehmer nicht mehr als eine Chance, denn der Gesamtunternehmerschaft steht es vollkommen frei, ob sie den vom Unternehmer angerichteten Schaden selber tragen oder auf ihn abwälzen will. Für den Fall, daß ein Dritter den Unfall mitverursacht hat, heißt das: Aus § 640 Abs. 2 RVO ergibt sich zwar das Recht des Sozialversicherungsträgers,

⁶⁶Schnorr von Carolsfeld Anm. zu AP Nr. 5 zu § 670 BGB.

⁶⁷Rein S. 224.

den Dritten eher als den Unternehmer zu belasten⁶⁸. Aber es ergibt sich daraus keine derartige Pflicht⁶⁹. Dies zeigt gerade die Existenz des § 640 RVO, die dem Versicherungsträger den Regreß gegen den Unternehmer auch dann gibt, wenn er, wie bei der Berufsgenossenschaft, sein Mitglied ist und obwohl er ja schon mit seinen Beiträgen im voraus für eventuelle Unfälle aufgekomen ist. Das Gesetz selber berücksichtigt die Mitgliedschaft des Unternehmers bei der Berufsgenossenschaft nicht. Auch die Berufsgenossenschaft ist nicht gehalten, auf ihren Genossen besondere Rücksicht zu nehmen und sich wegen seiner Mitgliedschaft Verpflichtungen aufzubürden.

Es wäre auch seltsam, wenn zwar die Berufsgenossenschaft als Gläubiger die Genosseneigenschaft des Unternehmers würdigen müßte, andere Versicherungsträger als Regreß-berechtigte, wie z. B. die Krankenkasse, dagegen nicht, weil bei ihnen eine genossenschaftliche Mitgliedschaft nicht besteht. Von anderen Versicherungsträgern als der Berufsgenossenschaft könnte der Unternehmer also von vornherein und auf keinen Fall eine Bevorzugung erwarten. Ebenso steht es mit den Betriebsangehörigen, die nirgends Mitglieder sind.

Es zwingt weder eine eventuelle Mitgliedschaft des Betroffenen noch der Gedanke des § 640 Abs. 2 RVO die Sozialversicherungsträger, ihre Schuldner vor dem Drittschädiger zu bevorzugen.

⁶⁸RVO-Gesamtkommentar § 1542 Anm. 8 d bb, S. 84/3.

⁶⁹Frick ZfS 51/24 meint, die Berufsgenossenschaft halte sich stets an den Dritten.

2. Pflicht gegenüber dem Dritten

An zwei Punkten kann nicht vorbeigegangen werden: einmal an der Tatsache des gesetzlichen Forderungsüberganges, zum andern an der Tatsache, daß § 1542 RVO keine Möglichkeit zum Verzicht enthält, daß ganz im Gegenteil die Versicherungsträger auf Grund des § 14 Abs. 1 des Selbstverwaltungsgesetzes zur getreuen Wirtschaftsführung, d. h. auch zur Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen verpflichtet sind.

Eine freiwillige Beschränkung⁷⁰ ist demnach unzulässig. Eine irgendwie geartete Pflicht zur Beschränkung der Forderung gegen den Dritten würde dem gesetzlichen Forderungsübergang widersprechen.

3. Grenze des § 242 BGB

Die einzige Schranke, die der Versicherungsträger zu beachten hat, ist die von Treu und Glauben. Es widerspräche der Pflicht zu redlichem Handeln, wenn er den Schuldner in krassem Gegensatz zu dem Maße seiner Beteiligung am Unfall belastete⁷¹.

Aber sogar diese Pflicht hat ihre Grenzen. Wo der Versicherungsträger durch eine dem Verschuldensmaßstab entsprechende Verteilung keinen vollen Ersatz seiner Ausgaben erhalten könnte, ist er von jeder Rücksichtnahme auf die Beteiligung des Schuldners befreit.

Das Erfordernis zum Handeln nach Treu und Glauben kann auch nicht vorbeigehen an dem gesetzlich verankerten Recht des Versicherungsträgers, nach § 640 Abs. 2 RVO den Unternehmer oder Betriebsangehörigen

⁷⁰Frick ZfS 51/25 schlägt sie vor.

⁷¹BGH VersR 56/36 weist darauf hin. In dem zur Entscheidung anstehenden Fall lag ein Verstoß nicht vor.

durch einen Verzicht von seiner Verbindlichkeit freizustellen. Wenn der Versicherungsträger verzichten will, weil er den Schuldner sonst wirtschaftlich ruinierte, so ist er deswegen nicht gehindert, den vollen Schadenersatz vom Dritten zu fordern, selbst wenn dies im Gegensatz zu dessen Beteiligung am Arbeitsunfall stünde.

Das Recht auf Verzicht nach § 640 Abs. 2 RVO ist angesichts der bestehenden Rechtslage nicht beschränkbar. Es steht im freien Ermessen des Versicherungsträgers, welchen Schuldner er in welchem Maße heranziehen will⁷². Die Tatsache, daß er mehrere Schuldner hat, bringt den Vorteil mit sich, daß er sich an sie nach seinem Belieben zu halten vermag⁷³. Die Schadensverteilung kann nicht auf seinem Rücken und unter Schwämierung seiner Rechte erfolgen. Der Satz von Treu und Glauben bildet nur die äußersten Grenzen seiner Entscheidungsfreiheit.

VII. Ergebnis

De lege lata besteht keine Ausgleichspflicht unter denjenigen, die gemeinsam den Arbeitsunfall eines Sozialversicherten in schuldhafter Weise verursacht haben, wenn einer der Beteiligten das Haftungsprivileg der RVO genießt. Auch der Sozialversicherungsträger als Gläubiger ist nicht verpflichtet, von sich aus eine entsprechende Schadensverteilung vorzunehmen. Der Grund liegt in der Haftungssonderregelung der RVO, die einen

⁷²OLG Koblenz VersR 52/229; Lauterbach § 640 Anm. 37; Frick ZfS 51/24; Seitz S. 239; Höring VersR 51/111; Hofmann VersR 59/876; Lauterbach § 640 Anm. 37.

⁷³Hofmann VersR 59/876.

Anspruch des Dritten auf Ausgleich nicht entstehen läßt⁷⁴, die aber auch umgekehrt eine Ausgleichsforderung des Haftungsprivilegierten - die Kehrseite der Medaille - gegen den Dritten ausschließt⁷⁵.

So hat an diesem Kollisionspunkt der bürgerlich-rechtlichen Haftungsprinzipien, der arbeitsrechtlichen Grundsätze und des Sozialversicherungsrechts eindeutig letzteres die Priorität gesetzt. Über den gesetzlichen Haftungsausschluß kann nicht hinweggegangen werden. Es kann höchstens überdacht werden, wie mit einer Gesetzesänderung dem Problem beizukommen ist⁷⁶.

§ 8. Vorschlag de lege ferenda

I. Unbilligkeit der jetzigen Regelung

Es liegt auf der Hand, daß die gegenwärtige Rechtslage zu unbefriedigenden und unbilligen Härten führen

⁷⁴RGZ 84/415 (431); RG DR 40/1779; RG SeuffArch 90/65; RGZ 153/38; BGH VersR 56/36; BGH VersR 59/698; BGH NJW 67/982; OLG Düsseldorf VersR 58/594; Herschel DR 40/1780; Kersting JW 38/1959; Lauterbach § 640 Anm. 37; Seitz S. 264; Wussow TZ 1993; Brackmann S. 982 e; Höring VersR 15/111; Wannagat NJW 52/806; Gräber VersR 58/581; Hofmann VersR 59/876; Möring VersR 59/685; Schmalz MDR 60/15; Ilgenfritz NJW 63/1048; Teutsch S. 47; Geigel S. 838 RdNr. 45; Frick ZfS 51/24; RVO-Gesamtkommentar § 1542 Anm. 8 b dd, S. 84. Für einen Ausgleich sind: Schnorr von Carolsfeld S. 267 g a ff ~~13/13~~; Erman (Westermann) § 426 Anm. 3; Enneccerus-Lehmann § 95 I 3 e S. 374; Krolik VersW 52/26; Götz Hueck RdA 54/254; Gunkel S. 57; Stiegler S. 336.

⁷⁵Wie hier: OLG München VersR 58/115; Hofmann VersR 59/876; Seitz S. 264; Wussow TZ 1993; Geigel S. 838 RdNr. 45; für einen Ausgleich: OLG Düsseldorf VersR 58/594; Erman (Westermann) § 426 Anm. 3; Stiegler S. 336; Gräber VersR 58/581; Lauterbach § 640 Anm. 37; Möring VersR 59/685; Schmalz MDR 60/15; Götz Hueck RdA 54/254; Gunkel S. 57.

⁷⁶So auch BGH NJW 67/983.

kann¹. Sie benachteiligt einseitig den Schädiger, der vom Verletzten oder vom Versicherungsträger in Anspruch genommen wird.

Das zeigt sich besonders dann, wenn sein Beitrag zur Schadensentstehung nur geringfügig war. So muß etwa der auf Grund Gefährdungshaftung Haftende den ganzen Schaden begleichen, während der grobfahrlässig handelnde Mitschädiger frei ausgeht.

Zwar kommt es auch sonst vor, daß ein nach § 840 Abs. 1 BGB mitverantwortlicher Schädiger im Ergebnis den Schaden alleine tragen muß, nämlich dann, wenn der andere Schädiger unbekannt bleibt oder insolvent ist. Zu solchen Folgen kann es bei einer Gesamtschuld immer einmal kommen. Das nimmt der hier vorliegenden Regelung nicht die Unbilligkeit. Denn hier sperrt das Gesetz selber den angemessenen Ausgleich, indem es die Wirkungen eines sozialversicherungsrechtlichen Haftungsprivilegs über den Kreis der am Versicherungsverhältnis Beteiligten hinaus ausdehnt².

Auch ist es doch für den Dritten ein rein zufälliger Umstand, daß sein Mitschädiger nach der RVO von seiner Haftpflicht befreit ist³. Genauso zufällig ist es auch für ihn, wenn er frei ausgeht, obwohl er doch einen Haftungstatbestand erfüllt hat.

Die Regelung kann nicht mit dem Hinweis gerechtfertigt werden, daß die Bevorzugung des Unternehmers wegen seiner alleinigen Beitragszahlungen an die Berufsgenossen-

¹Dies betonen die meisten der in § 7 Fußn. 74 und 75 Zitierten.

²BGH NJW 67/982.

³Wannagat NJW 52/806.

schaft gerechtfertigt sei⁴. Denn der Arbeitskollege des Verletzten, der ebenso privilegiert ist wie der Unternehmer, hat sich keine Bevorzugung vor dem Dritten verdient; er zahlt ebensowenig Beiträge an die Berufsgenossenschaft wie dieser.

Für die Haftungsprivilegierten, die nach dem Gesetz einen Vorteil haben sollten, schlägt dieser Vorteil in einen Nachteil um, wenn sie vom Drittschädiger keinen Ausgleich für ihre Haftung gegenüber dem Versicherungsträger erhalten.

Es ist ganz außergewöhnlich, daß schon die Inanspruchnahme durch den Gläubiger den Schaden endgültig verteilt und dessen Willensentscheidung für die Belastung letztlich maßgebend ist.

II. Lösungsmöglichkeiten

1. Durchbrechung des Haftungsausschlusses

Eine Änderung des § 636 RVO dahin, daß der Haftungsausschluß des Unternehmers nicht mehr absolut gälte und damit die Freistellung nicht mehr zu Lasten des Drittschädigers ginge, könnte die Ausgleichsmöglichkeit bewirken. Dieser Weg wird denn auch vom Referentenentwurf eines Gesetzes zur Änderung und Ergänzung schadenersatzrechtlicher Vorschriften⁵ vorgeschlagen.

Damit würde eines der tragenden Prinzipien, das wesentliche Kernstück⁶ der gesetzlichen Unfallversicherung beseitigt: die Ablösung der zivilrechtlichen

⁴So auch Seitz S. 264.

⁵Vgl. Medicus JZ 67/396 und Schmalz NJW 63/1708 Fußn. 2.

⁶Götz Hueck RdA 62/186; Bereiter-Hahn § 636 Anm. 1; Elleser BB 64/1217.

Schadensersatzpflicht des einzelnen Unternehmers durch die Solidarhaftung sämtlicher Unternehmer. Ohne das Haftungsprivileg wäre die entscheidende Grundlage des unfallversicherungsrechtlichen Systems erschüttert⁷. Der große gesetzgeberische Fortschritt, den das Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884 und in seiner Nachfolge die Reichsversicherungsordnung bedeutet und der durch die Ablösung der Einzelhaftung durch die Solidarhaftung gerade und vor allem dem Versicherten große Vorteile bringt, wäre damit zunichte gemacht.

So wie das BAG⁸ lieber die Ansprüche der Arbeitskollegen beschneidet, als das Prinzip des Haftungsausschlusses zu durchbrechen, muß auch hier das Interesse des Dritten am Ausgleich zurückstehen, wenn es mit § 636 RVO kollidiert. § 636 RVO darf nicht beseitigt, umgangen oder eingeschränkt werden.

2. Versagung des innerbetrieblichen Schadensausgleichs

Wenn § 636 RVO nicht angetastet werden darf, so könnte eine Ausgleichsforderung des Dritten gegen den Arbeitskollegen des Verunglückten dadurch ermöglicht werden, daß man dem Arbeitskollegen einen innerbetrieblichen Schadensausgleich wegen dieser Haftung gegen den gemeinsamen Unternehmer versagt⁹. Ein Konflikt der Ausgleichsforderung mit dem Haftungsausschluß kann dann nicht auftreten.

Wenn die Eigenart der vom Arbeitnehmer zu leistenden Dienste es mit großer Wahrscheinlichkeit mit sich bringt, daß auch dem sorgfältigen Arbeitnehmer gelegentlich Fehler unterlaufen, die - für sich allein betrachtet -

⁷BT-Drucksache IV/120 S. 62.

⁸BAG GrS BAGE 5/1 ff.

⁹S. § 6 I 3 a und b, S. 69 ff.

zwar jedesmal vermeidbar waren, mit denen aber angesichts der menschlichen Unzulässigkeit als mit dem typischen Abirren der Dienstleistung erfahrungsgemäß zu rechnen ist, wäre es eine unbillige Härte, den Arbeitnehmer für Schäden nach den normalen Regeln haften zu lassen. Es besteht die Gefahr, daß der durch ein solches Versehen verursachte Schaden außer Verhältnis zu dem Arbeitseinkommen des Arbeitnehmers steht.

Der Freistellungsanspruch des Arbeitnehmers von solchen Schäden gegen seinen Arbeitgeber ergibt sich aus den das Arbeitsverhältnis beherrschenden Treue- und Fürsorgegedanken, mit denen es sich nicht vertrüge, wenn der Arbeitnehmer mit Ersatzansprüchen belastet würde, die sich aus der besonderen Gefahr und Eigenart der ihm übertragenen Arbeit ergeben und als solche zum typischen vom Arbeitgeber zu tragenden Risiko gehören¹⁰.

Diesem Schutz der Arbeitnehmer vor wirtschaftlichem Ruin kommt hohe soziale Bedeutung zu. Seine Beseitigung würde auf die Verantwortungsbereitschaft und Arbeitsfreudigkeit des größten Teils der arbeitenden Bevölkerung lähmend einwirken und den gesamten Arbeitsfrieden beeinträchtigen¹¹. Persönliche Unabhängigkeit und soziale Stellung der Arbeiter wären weitgehend gefährdet.

Aus diesen Gründen muß das Verlangen nach Ausgleichung unter mehreren Schuldner dort zurückstehen, wo es mit dem innerbetrieblichen Schadensausgleich kollidiert. Letzterem kommt Vorrang zu.

¹⁰BAG 5/1 (7 f).

¹¹So auch Seitz S. 230.

3. Verkürzung der Ersatzansprüche

Der beste Weg zu einem befriedigenden Ergebnis wäre, den Ersatzanspruch gegen den Schädiger in dem Maße zu kürzen, als den anderen Mitschädiger ein Mitverschulden trifft.

Der geschädigte Versicherte genießt aus der Haftungs-sonderregelung der RVO entscheidende Vorteile. Er bekommt, ohne daß er in einem unter Umständen langwierigen Prozeß dem Unternehmer oder seinem Arbeitskollegen ein Verschulden nachweisen müßte, sofort volle Sozialleistungen, auch bei eigenem Verschulden; außerdem läuft er nicht Gefahr, bei Insolvenz des Schädigers leer auszugehen.

Deshalb ist es nicht unbillig, ihm den Anspruch gegen den Schädiger zu verkürzen und damit einen Nachteil aufzuerlegen, der seinen eigentlichen Grund in der Haftungs-sonderregelung hat. Wäre nur der Freigestellte Schädiger, so hätte er gar keinen Anspruch. So bleibt ihm ein Vorteil aus der Tatsache, daß noch ein weiterer Schädiger den Unfall mitverursacht hat. Seine Versorgung, deren er wegen des Unfalles bedarf, ist durch die Verminderung seines Schadensersatzanspruches nicht gefährdet, denn er bekommt ja vom Versicherungsträger unabhängig von einem Schadensersatzanspruch volle Sozialleistungen.

Die Verkürzung des Schadensersatzanspruches gegen den Schädiger trifft den Verletzten selber im übrigen nur zum geringsten Teil. Denn infolge des Übergangs der Ansprüche auf den Sozialversicherungsträger hat dieser am meisten die Minderung zu tragen. Aber ebenfalls nicht ohne Berechtigung.

Der Versicherungsträger hat in Form der Beitragszahlungen das Aequivalent für seine Sozialleistungen und für die Freistellung des Unternehmers von dessen ohne die RVO an sich gegebenen Schadenshaftung schon erhalten; so ist es nur billig, daß der Versicherungsträger nun auch im Verhältnis zum Dritten und dem die Beiträge entrichtenden Unternehmer die Freistellung auf sich nehmen muß¹².

Diese Lösung läßt in dem Dreierkonflikt die Interessen derjenigen zurücktreten, denen dieses Zurücktreten am ehesten zuzumuten ist: die des Geschädigten, zu dessen Gunsten letztlich die Haftung eines der Schädiger ausgeschlossen ist und die des Versicherungsträgers, der in Form der Beiträge schon für seine Sozialaufwendungen ein Aequivalent erhalten hat.

Wenn der Unternehmer allein verantwortlich wäre, hätte der Geschädigte überhaupt keinen Schadensersatzanspruch. Daß er - und der Versicherungsträger - von der Mitverantwortlichkeit eines Dritten profitiert, ist gerecht. Aber daß ihnen jede noch so geringe Mitverantwortlichkeit des Dritten gleich den vollen Schadensersatz beschert, können sie selbst kaum erwarten¹³.

Im übrigen gilt für den Sozialversicherungsträger, daß er trotz der Anspruchsminderung gar nicht leer auszugehen braucht. Denn er hat bei grober Fahrlässigkeit des Unternehmers ja auch die Befriedigungsmöglichkeit nach § 640 RVO. Wenn sich sein Anspruch nach § 640 RVO verkürzt, hat er in jedem Fall noch die For-

¹²Fischer in BGB-RGRK § 426 Anm. 15.

¹³Medicus JZ 67/398 (401).

derung gegen den Dritten, so daß sich in diesem Fall überhaupt kein Nachteil für ihn ergibt.

Wenn der Versicherungsträger auf den Anspruch aus § 640 RVO nach dessen Abs. 2 verzichtet, so werden ihm nicht seine Aufwendungen an den Verletzten gänzlich ersetzt. Aber dies gilt ebenso, wenn nur der Unternehmer den Unfall verschuldete und ein Dritter gar nicht existiert. Der Verzicht kann nicht zum Nachteil des Dritten reichen.

Die Entscheidung des RG in RGZ 134/293, der angesichts der bestehenden Rechtslage nicht beigetreten werden kann, gewinnt de lege ferenda durchaus Bedeutung. Der in ihr vorgezeichnete Weg der Ansruchskürzung, der von Schnorr von Carolsfeld¹⁴, Fischer¹⁵ und Medicus¹⁶ befürwortet wird, vermag de lege ferenda die Kollision der Haftungsprinzipien des bürgerlichen Rechts mit dem Sozialversicherungsrecht, die durch die "Regreßbehinderung durch Haftungsausschluß" entstand, befriedigend zu lösen:

Der Anspruch des Verletzten und des Sozialversicherungsträgers gegen den Drittschädiger und den Unternehmer bzw. Betriebsangehörigen ist um dasjenige zu kürzen, was der andere Schädiger ohne den Haftungsausschluß im Innenverhältnis zu tragen hätte.

¹⁴Arbeitsrecht S. 267 g. a. gg. aaa.

¹⁵BGB-RGRK § 426 Anm. 15.

¹⁶JZ 67/398 ff.

§ 9: Die Haftungsbeschränkung nach § 636 Abs. 1
Satz 2 RVO

I. Ausgleichspflicht bezüglich der "Spitze"

Nach § 636 Abs. 1 RVO ist die Haftungsfreistellung des Unternehmers und über § 637 RVO die der Betriebsangehörigen beseitigt, wenn sie den Arbeitsunfall vorsätzlich herbeiführten oder wenn der Unfall bei Teilnahme des Verletzten am allgemeinen Verkehr eintrat. Dann entsteht ein Schadensersatzanspruch des Verletzten gegen den Schuldigen oder den auf Grund Gefährdungshaftung Haftenden. Er entsteht zweifelsfrei in Höhe der Differenz zwischen dem tatsächlichen Schaden und den Leistungen, die der Versicherte infolge des Arbeitsunfalles vom Sozialversicherungsträger erhält, der sogenannten "Spitze", § 636 Abs. 1 Satz 2 RVO.

Dieser Schadensersatzanspruch verbleibt beim Verletzten, denn es handelt sich um einen Anspruch gegen den Unternehmer bzw. einen ihm gleichgestellten Betriebsangehörigen¹ und für solche Ansprüche gilt die cessio legis bei den gegen Unfall Versicherten gemäß § 1542 Abs. 1 Satz 3 RVO nicht. Auch der Schadensersatzanspruch gegen den Dritten verbleibt beim Verletzten in Höhe eben dieser "Spitze". Denn er erhält keine Sozialleistungen, soweit sie der Versicherungsträger nicht zu gewähren hat; insoweit findet ein Rechtsübergang nach § 1542 Abs. 1 RVO nicht statt.

¹§ 1542 Abs. 1 Satz 3 RVO spricht zwar noch von den "nach § 899 Gleichgestellten". Nach Art. 4 § 16 UVNG ist nun zu lesen, "die ihm nach § 637 RVO Gleichgestellten". Lauterbach § 637 Anm. 14; Götz Hueck RdA 63/226.

Unternehmer und Dritter sind Schuldner des Verletzten. Zwischen ihnen besteht eine Gesamtschuld nach § 840 BGB. Untereinander sind sie nach § 426 BGB ausgleichspflichtig².

II. Ausgleichspflicht bezüglich der Sozialversicherungsleistungen

1. Der Ausgleichsanspruch des Dritten gegen den Unternehmer bzw. Betriebsangehörigen

Der Schadensanspruch des Verletzten gegen den Unternehmer oder den Betriebsangehörigen "vermindert" sich um die Leistungen, die er von Trägern der Sozialversicherung erhält.

Der Unternehmer und die ihm Gleichgestellten sind bei Arbeitsunfällen, die sie dem Versicherten vorsätzlich zugefügt haben oder die der Versicherte bei der Teilnahme am allgemeinen Verkehr erleidet, nicht von ihrer Haftung befreit wie bei den gewöhnlichen Arbeitsunfällen. Wenn sie nicht von ihrer Haftung befreit sind, und die Entstehung von Schadensersatzansprüchen nicht ausgeschlossen ist, so entstehen Schadensersatzansprüche. Sie entstehen ursprünglich in voller Schadenshöhe³. Die Verminderung nach § 636 Abs. 1 Satz 2 RVO hat nur den Zweck, den Verletzten für den-

²Geigel S. 872 RdNr. 97; Gunkel S. 41; Götz Hueck RdA 63/224; Wussow TZ 2014; Linthe S. 23.

³Elleser SozVers 64/39; Gotzen-Doetsch S. 164; Miesbach-Baumer § 636 Anm. 12 und Podzun S. 10 sind wohl der gleichen Ansicht, denn sie sprechen davon, daß die Leistungen des Unfallversicherungsträgers auf den Schadensersatzanspruch "anzurechnen" sei. Götz Hueck RdA 63/224, Geigel S. 806 RdNr. 62, Rein S. 143, Dette BG 64/230 und Lauterbach § 636 Anm. 41, nehmen an, daß ein Schadensersatzanspruch in Höhe der Versicherungsleistungen von vornherein nicht entsteht.

selben Schaden nicht zweimal in den Genuß von Entschädigungen kommen zu lassen⁴. Denn, da § 1542 RVO nach seinem Absatz 1 Satz 3 für Ansprüche gegen Unternehmer und ihm Gleichgestellte nicht gilt, könnte sonst der Verletzte Schadensersatz und dazu vom Versicherungsträger Sozialleistungen verlangen. Der Verletzte soll aber nicht die auf dem Unfall beruhenden Sozialleistungen für sich in Anspruch nehmen, ohne sie auf seine Schadensersatzforderung gegen den Unternehmer bzw. Betriebsangehörigen anrechnen zu müssen. Der § 636 Abs. 1 Satz 2 RVO beinhaltet eine Regelung der Vorteilsausgleichung⁵.

Für die unverminderte Entstehung eines Schadensersatzanspruches spricht auch der Wortlaut des Gesetzes. "Vermindern" kann sich ein Anspruch nur dann, wenn er vorher unvermindert entstanden ist. Im § 3 des Gesetzes über die erweiterte Zulassung von Schadensersatzansprüchen bei Dienst- und Arbeitsunfällen⁶, der der Sache nach im § 636 RVO enthalten ist, heißt es: Die Leistungen der Sozialversicherung sind auf Schadensersatzansprüche des Verletzten "anzurechnen". Und in § 898 a. F. RVO war bestimmt: Die Verbindlichkeit des Unternehmers beschränkt sich auf den Betrag, um den s i e (die Verbindlichkeit) die Entschädigung aus der Unfallversicherung übersteigt. Eine Verbindlichkeit mußte also ursprünglich auch in der Höhe der Entschädigung aus der Unfallversicherung entstanden sein.

Weil ein Schadensersatzanspruch des Verletzten gegen den Unternehmer und die ihm Gleichgestellten in voller

⁴So auch Götz Hueck aaO W. RVO-Gesamtkommentar § 636 Anm. 14.

⁵Lauterbach § 636 Anm. 41; Bereiter-Hahn § 636 Anm. 14.

⁶Vom 7. 12. 1943; RGBL. I 674.

Höhe des Schadens entstanden war, bevor er sich durch die Leistungen des Versicherungsträgers vermindert, so war auch eine Gesamtschuld zwischen dem Dritten und dem Unternehmer gegenüber dem Verletzten entstanden. Es entstand gegen beide ein Anspruch aus unerlaubter Handlung, der sie nach § 840 BGB zu Gesamtschuldnern machte. Die mit der Gesamtschuld entstehende Ausgleichspflicht besteht weiter und geht nicht unter, wenn auch das weitere rechtliche Schicksal der beiden Ansprüche verschieden ist. Der Anspruch gegen den Dritten geht nach § 1542 Abs. 1 Satz 1 RVO auf den Versicherungsträger über, während der Anspruch gegen den Unternehmer, der wegen § 1542 Abs. 1 Satz 3 RVO nicht ebenfalls auf den Versicherungsträger übergehen könnte, sich durch die Versicherungsleistungen vermindert.

Die Ausgleichspflicht wurzelt in dem inneren Schuldverhältnis, das zwischen den Gesamtschuldnern bestand. Der Ausgleichsanspruch entsteht schon in dem Augenblick, in dem die mehreren Ersatzpflichtigen dem Geschädigten ersatzpflichtig werden, also im Unfallzeitpunkt⁷.

Die Ausgleichspflicht des Unternehmers besteht über den Spitzenbetrag hinaus hinsichtlich des ganzen vom Dritten dem Sozialversicherungsträger geleisteten Ersatzes. Es ist kein Anhaltspunkt ersichtlich, daß der Gesetzgeber den Unternehmer oder Betriebsangehörigen in diesem Fall begünstigen und einen Ausgleichsanspruch des Dritten unterbinden wollte. Gerade, wenn der Unternehmer oder Betriebsangehörige vorsätzlich den Unfall herbeiführten, so besteht kein Grund, ihn auch nur irgendeiner Bevorzugung teilhaftig werden zu lassen. Das gleiche

⁷RGZ 69/422 (426); RGZ 160/151; BGH VersR 54/60; Enneccerus-Lehmann § 95 III S. 376.

gilt, wenn der Verletzte am allgemeinen Verkehr teilgenommen hat. Denn nach dem Gesetz über die erweiterte Zulassung von Schadensersatzansprüchen bei Dienst- und Arbeitsunfällen sollte ausdrücklich eine Gleichbehandlung dieser Arbeitsunfälle mit den sonstigen, gewöhnlichen Schadensfällen erreicht werden.

Der BGH verlangt, daß eine Haftungsbeschränkung dann gegen Dritte wirken müsse, wenn die Würdigung ihrer Eigenart und ihres Zweckes dies erfordern⁸. Die Haftungsbeschränkung des § 636 I 2 RVO erzwingt keine Drittwirkung. Bei Vorsatz des Schädigers und bei Teilnahme des Verletzten am allgemeinen Verkehr ist der Haftungsausschluß des § 636 Abs. 1 Satz 1 RVO aufgehoben. Der § 636 Abs. 1 Satz 2 RVO soll lediglich einen unverdienten Vorteil des Verletzten verhindern. Nur der Haftungsausschluß hatte die für zwei gemeinsame Schädiger atypische Ausgleichsverweigerung bezüglich der Schadensfolgen bewirkt. Nachdem der Haftungsausschluß des Unternehmers und der ihm Gleichgestellten für die hier erörterten Fälle aber wieder beseitigt ist, besteht kein Grund, von dem allgemeinen Satz abzugehen, daß ein Schädiger, der zusammen mit einem anderen einen Schadensfall eines Dritten verursacht hat, jenem ausgleichspflichtig ist.

Der Ansicht, daß die Haftungsbefreiung nur insoweit durchbrochen sei, wie es die Schadloshaltung des Verletzten erfordere⁹ und deshalb auch gegenüber dem Drit-

⁸VersR 61/918.

⁹Vertreten von Götz Hueck RdA 63/226.

ten wirke¹⁰, kann nicht zugestimmt werden. Sie würde zu dem sehr merkwürdigen Ergebnis führen, daß etwa bei vorsätzlicher Herbeiführung des Unfalles durch den Unternehmer oder einen Betriebsangehörigen ein daneben ursächlich beteiligter Dritter, der dem Versicherungsträger dessen Leistungen erstatten muß, keinen Ausgleich von jenen bekommen könnte. Dies kann vom Gesetzgeber nicht gewollt sein.

Der Dritte kann nur aus § 426 Abs. 1 BGB Ausgleich verlangen, nicht aus § 426 Abs. 2 BGB. Denn der vom Versicherungsträger gegen den Dritten geltend gemachte Anspruch war der Schadensersatzanspruch des Verletzten. Diesen Anspruch des Verletzten kann der Dritte aber nicht gegen den Unternehmer oder Betriebsangehörigen geltend machen, denn diese haften nach § 636 Abs. 1 Satz 2 RVO dem Verletzten nicht.

2. Der Ausgleichsanspruch gegen den Dritten

Fordert der Sozialversicherungsträger nach § 640 RVO Aufwendungsersatz, so wird der Unternehmer bzw. Betriebsangehörige nicht als Gesamtschuldner des dem Verletzten gegenüber entstandenen Gesamtschuldverhältnisses beansprucht. Weil § 640 RVO kein Schadensersatzanspruch des Verletzten wegen des Arbeitsunfalles ist, sondern ein auf Grund eigenen Tatbestands und eigenen Rechts entstandener Aufwendungsanspruch des Sozialversicherungsträgers, hat § 640 RVO mit der Gesamtschuld,

¹⁰ So Gunkel S. 41; Geigel S. 871 RdNr. 97; Wussow TZ 2014 für den Fall der Teilnahme am allgemeinen Verkehr. Im rechtlich gleichgelagerten Fall des vorsätzlich herbeigeführten Unfalles kommt Wussow TZ 1977 zur hier vertretenen Ansicht. Kersting JW 37/748 verneint auch bei Vorsatz des Unternehmers eine Gesamtschuld.

die zwischen dem Unternehmer bzw. Betriebsangehörigen und dem Dritten gegenüber dem Verletzten entstanden war, nichts zu tun. Aus dieser Gesamtschuld kann folglich der nach § 640 RVO Beanspruchte keinen Ausgleich vom Dritten fordern. Denn das Recht, Ausgleich verlangen zu können, setzt voraus, daß der Ausgleichsfordernde vom gemeinsamen Gläubiger mit dem Anspruch belastet wurde, der zusammen mit dem Anspruch gegen den anderen Schuldner die Grundlage für das Gesamtschuldverhältnis bildet. Ausgleich kann nicht verlangt werden wegen der Belastung mit einem solchen Anspruch des gemeinsamen Gläubigers, der mit dem Gesamtschuldverhältnis zwischen beiden Schuldnern nichts zu tun hat.

Ein Regreßanspruch des Unternehmers bzw. Betriebsangehörigen gegen den Dritten kann sich aus einer dem Versicherungsträger gegenüber bestehenden Gesamtschuld ergeben.

Daß ein solcher besteht, wird von der Rechtsprechung und dem überwiegenden Schrifttum abgelehnt, weil es zwischen den Ansprüchen aus § 640 RVO und § 1542 RVO an einem inneren Zusammenhang der beiden Verpflichtungen im Sinne einer rechtlichen Zweckgemeinschaft fehle¹¹. Es wurde dabei nur der Fall betrachtet, daß der Unternehmer nach § 636 Abs. 1 Satz 1 RVO von seiner Haftung völlig frei ist, nicht der, daß er nach Satz 2 in seiner Haftung beschränkt ist. Die Annahme einer Gesamtschuld verbietet sich aber im Falle des § 636 Abs. 1 Satz 1 RVO nicht wegen des Fehlens einer Zweckgemeinschaft, sondern aus einem anderen Grunde¹². Ein Gesamtschuldverhältnis konnte deswegen nicht entstehen, weil

¹¹S. o. S. 76.

¹²S. o. S. 81.

§ 636 Abs. 1 Satz 1 RVO einen Anspruch gegen den Unternehmer keinesfalls zuläßt. Es widerspricht der Gesamtschuldkonzeption des BGB, wenn nie und unter keinen Umständen der eine der beiden Schuldner gegen den anderen einen Ausgleichsanspruch haben kann.

Dieses Hindernis besteht nicht, wenn der Unternehmer bzw. Betriebsangehörige den Arbeitsunfall vorsätzlich herbeiführten oder er sich bei Teilnahme des Verletzten am allgemeinen Verkehr ereignete. Denn dann ist der Haftungsausschluß wieder aufgehoben, die volle Haftung an sich wiederhergestellt und nur zur Vermeidung einer Doppelleistung an den Versicherten erneut beschränkt. Anders als in den in § 7 behandelten Fällen verbietet sich ein Ausgleichsanspruch des Dritten gegen den Unternehmer oder Betriebsangehörigen nicht.

Der innere Sachzusammenhang zwischen den beiden Ansprüchen nach § 640 RVO und § 1542 RVO ergibt sich aus der gemeinsamen schadensstiftenden Handlung, die der Grund für das Entstehen der Verpflichtungen ist. Die Gemeinsamkeit ihres Zweckes ist, dem Versicherungsträger Ersatz für die Auslagen zu geben, die er anläßlich des Arbeitsunfalles als Sozialleistungen erbringen mußte¹³.

Es besteht also ein Gesamtschuldverhältnis zwischen dem Dritten und dem Unternehmer bzw. Betriebsangehörigen gegenüber dem Sozialversicherungsträger. Auf Grund dessen können jene vom Dritten Ausgleich nach § 426 BGB fordern, wenn sie aus § 640 RVO Ersatz leisten mußten.

¹³S. o. S. 31.

Der Ausgleichsanspruch kann auf § 426 Abs. 1 BGB, aber auch auf § 426 Abs. 2 BGB gestützt werden. Da die cessio legis bei Gesamtschuldverhältnissen nur die Frage der Rückgriffsbegründung erleichtern soll, kann der Anspruch aus § 640 RVO, obwohl er im öffentlichen Recht wurzelt, zum Zwecke des Ausgleichs auch auf einen Nicht-Versicherungsträger übergehen, wobei er seine Rechtsnatur nicht ändert. Der Dritte kann nicht deswegen besser gestellt sein, weil sich der Sozialversicherungsträger zunächst an einen anderen seiner Gesamtschuldner gehalten hat¹⁴.

§ 10: Schadensausgleich aus Vertrag

Zur Einführung zwei Beispiele:

Ein Landwirt bestellte bei der Baywa eine Antriebs-scheibe für seine Dreschmaschine. Der Monteur der Baywa baute eine Scheibe ein, die keinen Treib Sitz und nur eine Stellschraube hatte, obwohl zur ordnungsmäßigen Befestigung zwei Stellschrauben notwendig gewesen wären. Die Antriebs-scheibe war infolgedessen nicht betriebs-sicher. Der Landwirt, der das bei einer Überprüfung bemerkte, vertraute darauf, daß nichts passieren werde. Der mit der Bedienung der Maschine beauftragte Arbeiter wurde verletzt, als sich die Antriebsscheibe von der Dreschmaschine infolge der unsachgemäßen Befestigung löste.

Eine Gleisbaufirma übernahm Gleisbauarbeiten für die Bundesbahn. Ein Angestellter der Bundesbahn wurde von ihr als Aufsichtsposten aufgestellt, um vor heran-nahenden Zügen zu warnen. Während der Arbeiten wurde ein bei der Baufirma beschäftigter Arbeiter von einem

¹⁴Schnorr von Carolsfeld Anm. zu AP Nr. 5 und Nr. 8 zu § 670 BGB.

Zug erfaßt und getötet. Zu dem Unfall kam es, weil der Arbeiter, wie es alle Arbeiter taten, unbefugt das Nebengleis überschritten hatte; der mit der Leitung beauftragte Ingenieur der Gleisbaufirma hatte dies nicht verhindert. Außerdem hatte der Signalposten der Bundesbahn nachlässigerweise nicht vor dem Zug gewarnt.

In dem Vertrag zwischen der Baufirma und der Bundesbahn war vereinbart, daß der Auftragnehmer (die Baufirma) für alle Schäden einzustehen habe, welche die von ihm bestellten Personen bei Gelegenheit der Ausführung der Arbeiten erleiden, es sei denn, daß den Auftraggeber ein Verschulden treffe. Bei Unfällen beim Eisenbahnbetrieb solle dies nur gelten, wenn den Auftragnehmer oder einen seiner Angestellten ein Verschulden treffe.

I. Ansprüche des nach § 640 RVO Belasteten gegen den Vertragspartner

1. Vertragsansprüche des Unternehmers

Wenn den Unternehmer bei der Herbeiführung des Unfalles seines Arbeiters mindestens grobe Fahrlässigkeit trifft, ist er dem Sozialversicherungsträger nach § 640 RVO regreßpflichtig. Die Forderung aus § 640 RVO bleibt unbeeinflußt von einer etwaigen Mithaftung anderer Personen. Der Unternehmer hat auch keinen Ausgleichsanspruch gegen solche Personen. Das wurde oben ausgeführt.

Im Unterschied zu den bisher erörterten Fällen sind hier die Schädiger durch vertragliche Beziehungen verbunden. Es besteht zwischen dem Unternehmer und dem Besteller ein Werkvertrag bzw. ein Werklieferungsvertrag. Dieser Vertrag bringt für beide Parteien besondere Pflichten mit sich, die nicht bestehen zwischen mehreren Schädigern, die in keinem Vertragsverhältnis zueinander stehen. Aus dessen Verletzung können sich Ansprüche ergeben.

So gehört es zu den Vertragspflichten des Bestellers, den Raum, in dem die Werkleistungen zu erbringen sind, so einzurichten, daß der Werkausführende und seine Hilfspersonen möglichst weitgehend gegen Gefahren für Leben und Gesundheit geschützt sind. Die Bestimmung des § 618 Abs. 1 BGB¹, die diese Verpflichtung im Falle eines Dienstvertrages für den Dienstberechtigten festlegt, ist auf Werkverträge entsprechend anzuwenden, wenn der Unternehmer oder seine Gehilfen zur Herstellung des Werkes Räume des Bestellers betreten oder mit dessen Vorrichtungen oder Gerätschaften arbeiten müssen und infolge deren Beschaffenheit einen Unfall erleiden². Es treffen den Werkbesteller die gleichen Schutz- und Fürsorgepflichten, wie sie dem Dienstherrn nach § 618 BGB obliegen. Als Räume gelten dabei nicht nur die eigentlichen Betriebsräume des Bestellers, sondern die gesamte Arbeitsstätte³.

Ähnliche Pflichten folgen beispielsweise aus dem Miet- oder Pachtvertrag. Der Vermieter oder Verpächter hat den Vertragsgegenstand in einem solch fehlerfreien Zustand zu überlassen, daß der Mieter oder Pächter bei vertragsmäßigem Gebrauch der Sache keinen Gefahren ausgesetzt ist. Der Kaufvertrag beinhaltet für den Verkäufer die vertragliche Nebenpflicht, die Kaufsache so zu übergeben, daß der Käufer nicht infolge eines Fehlers Schaden erleidet; insbesondere trifft den Hersteller und Lieferer von Maschinen die Pflicht, die Bauweise nach den technischen Möglichkeiten einzurichten und die Unfallverhütungsvorschriften der Empfängerbetriebe zu berücksichtigen⁴.

¹Ferner §§ 62 HGB, 120 a, b, d, e GewO. Vgl. auch §§ 12 ff HeimarbG, 80 SeemannsG, 40 ff JugArbSchG.

²RGZ 159/268; BGH LM § 618 BGB Nr. 1 mit Anm. von Pagendarm. Neumann-Duesberg VersR 64/208.

³BGH NJW 58/710; VersR 63/189; BGB-RGRK § 618 Anm. 2.

⁴BGH DB 59/593; Andrée DB 63/867.

Wenn der Werkbesteller, der Verkäufer, der Vermieter diese vertraglichen Nebenpflichten in zu vertretender Weise nicht erfüllt, erwirbt der Vertragspartner einen unmittelbaren Schadensersatzanspruch aus positiver Vertragsverletzung⁵.

Der zu ersetzende Schaden kann darin liegen, daß der Werkunternehmer, der Käufer, der Mieter eine Vermögens-einbuße erleidet, weil er als Unternehmer nach § 640 RVO auf Erstattung von Aufwendungen des Versicherungsträgers beansprucht wird.

Der Geltendmachung dieses Schadensersatzanspruches steht die Bestimmung des § 640 RVO nicht entgegen⁶. Der erzieherische Zweck, den der Regreß des Versicherungsträgers verfolgt, könnte zwar gefährdet erscheinen, wenn es dem Unternehmer gestattet ist, die Belastung abzuwälzen. Aber, wie oben ausgeführt⁷, ist diese erzieherische Absicht sowieso schon weitgehend durch den Abschluß von Haftpflichtversicherungen illusorisch. Und selbst dann, wenn ein Unternehmer keinen Haftpflichtschutz genießt und die Folgen seines nachlässigen Verhaltens selber tragen muß, so wirkt die Möglichkeit der Abwälzung auf den Dritten nicht gegen die Erziehungsabsicht des Gesetzes. Denn der Unternehmer bleibt immer noch im Umfang seines Verschuldens belastet und kann den Teil, der eigener Schuld entspricht, nicht auf andere überwälzen. Das eigene Verschulden des Unternehmers findet seine Berücksichtigung, weil sich der Ersatzanspruch gegen den Vertragspartner nach § 254 BGB insoweit mindert.

⁵Palandt (Dankelmann) § 276 Anm. 7 und § 326 Anm. 12.

⁶OLG München VersR 58/115; Höring VersR 51/111 und das dort zit. Urteil des OLG Naumburg vom 15. 7. 1941 8 U 202/40.

⁷S. o. S. 31.

Nicht nur das eigene Verschulden hat der Unternehmer zu vertreten; auch ein Verschulden des Verletzten geht zu seinen Lasten. Er hat es nach § 278 BGB⁸ zu vertreten. Der vertragliche Ersatzanspruch gegen den Dritten vermindert sich also auch insoweit, als der verletzte Arbeiter des Unternehmers schuldhaft den Unfall mitverursachte, §§ 254, 278 BGB. Der Dritte hat alleine seine eigene ursächliche schuldhafte Beteiligung am Unfall zu vertreten; die des Unternehmers oder seiner Bediensteten kann ihn nicht belasten.

Es findet eine echte Abwägung aller Umstände statt, die zum Arbeitsunfall beigetragen haben. Die Belastung durch den Sozialversicherungsträger legt die Schadenstragung noch nicht fest. Die Schädiger können sich untereinander wegen der beiderseitigen Beteiligung auseinandersetzen. Es entstand infolge des Rückgriffs nach § 640 RVO ein eigener vertraglicher Anspruch des Unternehmers gegen den Dritten auf Ersatz dieses Schadens. Dies unterscheidet diese Fälle wesentlich von den in § 6 und § 7 behandelten. Dabei sind besonders im Vertrag ausdrücklich vereinbarte Klauseln für eine Haftungsübernahme durch den Dritten nicht erforderlich, da sich diese Pflicht schon unmittelbar aus dem Vertrag selbst ergibt.

Sollte der Dritte mit dem Unternehmer vereinbart haben, daß im Innenverhältnis für Schäden allein der Unternehmer aufkommen solle, so hat dieser keinen Schadenersatzanspruch gegen den Dritten. Hat der Dritte dagegen die Haftung für Schäden des Unternehmers übernommen, so hat dieser Anspruch auf Ersatz des gesamten, ihm erwachsenen Schadens. Allerdings sind Umstände denkbar, unter denen sich weder der Dritte auf den Haftungsausschluß noch der

⁸oder ähnlicher Bestimmungen, wie §§ 431, 456, 607 Abs. 1 HGB.

Unternehmer auf die Haftungsübernahme berufen darf. Dies kann etwa dann der Fall sein, wenn ein grob unsachgemäßes Verhalten sachunkundiger Bediensteter des Unternehmers bemerkt und grundlos nicht unterbunden wurde⁹.

2. Vertragsansprüche der Betriebsangehörigen

a) Die Arbeitnehmer haben eigene vertragliche Rechte

Vertragspartner werden in aller Regel nur Unternehmer und Dritte sein, nicht aber Betriebsangehörige und Dritte. Trotzdem können bestimmte vertragliche Pflichten des Dritten gegenüber dem Unternehmer sich auch auf dessen Bedienstete erstrecken, so daß diese eigene vertragliche Rechte haben, bei deren Verletzung sie gegen den Dritten Anspruch auf Ersatz des ihnen daraus erwachsenen Schadens haben.

So erstreckt sich bei einem Werkvertrag die Fürsorgepflicht des Bestellers auch auf die Arbeiter des Werkunternehmers, die an dem Werkerfolg in den Räumen des Bestellers mitarbeiten ebenso wie sich die Fürsorgepflicht des Werkunternehmers auch auf die Personen bezieht, denen gegenüber der Besteller besondere Schutzpflichten hat¹⁰. Ein Vertrag zur Lieferung einer betriebssicheren Anlage beinhaltet auch Schutzpflichten zugunsten der Personen, die der Besteller zu ihrer Bedienung heranzieht, wenn er in der für den Lieferer erkennbaren Absicht gehandelt hat, auch die Belange dieser seiner Bediensteten wahrzunehmen¹¹.

⁹Vgl. BGH VersR 64/663.

¹⁰RGZ 127/218; RGZ 164/397; BGH LM § 1542 RVO Nr. 19 mit Anm. von Rietschel.

¹¹BGH LM § 328 BGB Nr. 11.

Es ist jedoch kein unbegrenzt weiter Personenkreis geschützt. Nach dem Sinn und Zweck eines solchen Vertrages und nach den Grundsätzen von Treu und Glauben besteht die vertragliche Sorgfalts- und Obhutspflicht nur gegenüber Personen, die durch den Vertragspartner mit der Leistung des anderen Vertragsteiles in Berührung kommen und deren Ergehen den Vertragspartner selbst berührt, weil er seinerseits ihnen gegenüber zu Schutz und Fürsorge verpflichtet ist¹². Die Erweiterung der Verantwortlichkeit des anderen Vertragsteils ist ihm gegenüber insoweit gerechtfertigt, als er erkennen kann, daß sein Vertragspartner auf die Sicherheit seiner Arbeiter ebenso bedacht ist, wie auf seine eigene und es sich dabei um einen überschaubaren Personenkreis handelt, wobei es den Vertragspartnern natürlich möglich ist, den Kreis der geschützten Personen durch besondere Vereinbarungen zu erweitern.

Der Dritte hat als Vertragsteil dem Unternehmer gegenüber die Pflicht, Arbeitsräume, Anlagen, Geräte etc. so betriebssicher einzurichten, daß bei vertragsmäßigem Verhalten der Unternehmer keinen Schaden erleidet. Dieselbe Verpflichtung besteht gegenüber den Bediensteten des Unternehmers, zu dessen Gunsten der Vertrag Schutzwirkungen entfaltet¹³. Aus der Verletzung der Sorgfaltspflicht erwächst dem Geschützten ein eigener vertraglicher Schadensersatzanspruch¹⁴.

Die Sorgfaltspflicht beinhaltet einmal, dem Bediensteten des Vertragspartners Körperintegrität und Eigentum vor Schäden zu bewahren¹⁵. Sie beinhaltet auch,

¹²BGH LM § 328 Nr. 11; BGH VersR 59/1009; BGHZ 33/247; BGH NJW 64/33; Wussow TZ 1122; Larenz aaO § 11 III S. 128.

¹³BGH VersR 59/645 und VersR 59/1009; Larenz aaO § 11 III S. 127; Wussow TZ 1125.

¹⁴Vgl. Larenz NJW 60/77 (80).

¹⁵Wussow TZ 1125.

ebenso wie dies gegenüber dem Vertragspartner selber der Fall war, ihn vor allgemeinen Schäden zu bewahren, wie sie ihm beispielsweise anlässlich der Verletzung eines weiteren Arbeiters erwachsen könnten. Der Schaden kann darin bestehen, daß er eine Vermögenseinbuße erleidet, weil er wegen des Unfalles dem Versicherungsträger nach § 640 RVO ersatzpflichtig wird. Wenn dieser Schaden dem Unternehmer zu ersetzen ist, so auch seinem Bediensteten. Denn dieser hat, wenn sich der Vertragsschutz auf ihn erstreckt, kein minderes Sicherungsbedürfnis als jener.

b) Einwendungen

Der Schadenersatzanspruch mindert sich, soweit den Betriebsangehörigen selber ein Verschulden trifft, § 254 BGB.

Trifft den Unternehmer ebenfalls eine Mitschuld, so kann dies der Dritte dem Betriebsangehörigen gegenüber auch dann einwenden, wenn § 278 BGB nicht anwendbar ist, weil der Unternehmer nicht der gesetzliche Vertreter des Betriebsangehörigen ist. Der seine Schutzposition aus der Vertragsbeziehung der unmittelbaren Vertragspartner herleitende Betriebsangehörige kann keine größeren Rechte haben als der unmittelbare Vertragspartner des Schädigers. Dieser aber müßte sich sein Mitverschulden entgegenhalten lassen. Die Einbeziehung der Bediensteten in den geschützten Vertragsbereich bringt es mit sich, daß er mit der Erweiterung des Rechtsschutzes auch die damit verbundenen Rechtsnachteile in Kauf nehmen muß¹⁶, selbst wenn er einen eigenen, selbständigen vertraglichen Anspruch geltend macht.

¹⁶ So BGHZ 33/247 (250); a. A. Larenz aaO § 11 III S. 129 Fußn. 1.

Wenn den Verunglückten eine eigene Schuld trifft, so findet das beim Regreß aus § 640 RVO keine Berücksichtigung. Der Betriebsangehörige kann jedoch den diesem Verschulden entsprechenden Teil nicht auf den Dritten überwälzen. Er kann selber keine größeren Rechte haben als der unmittelbare Vertragspartner des Dritten, sein Unternehmer. Dieser müßte sich im Rahmen des § 278 BGB ein Verschulden der Arbeiter entgegenhalten lassen, deren er sich zur Erfüllung seiner Vertragspflichten bedient. Also muß sich auch der Betriebsangehörige ein Verschulden des mit ihm zusammen am Vertragserfolg mitarbeitenden verunglückten Kollegen entgegenhalten lassen. Dies entspricht der Billigkeit, denn es ist zu bedenken, daß der Dritte für ein Verschulden des Verletzten nicht einzustehen hätte, wenn er nicht auf dem Umweg über den nach § 640 RVO belasteten Betriebsangehörigen, sondern direkt über § 1542 RVO beansprucht worden wäre. Dem auf den Versicherungsträger übergegangenen Anspruch des Verletzten hätte er dessen Mitverschulden einwenden können.

Wenn in einer besonderen Vereinbarung, etwa in allgemeinen Geschäftsbedingungen der Dritte sich verpflichtet hat, für Schäden einzustehen, die den Arbeitnehmern seines Vertragspartners erwachsen, so haftet er diesen auf Ersatz des gesamten Schadens. Wenn lediglich vereinbart ist, daß der Dritte für Schäden des Unternehmers aufkommt, so bedarf die Frage, ob damit auch die Arbeiter des Unternehmers gemeint sind, einer besonderen Prüfung. Eine solche Vereinbarung wird restriktiv auszulegen sein. Denn ein soweit über die Vertragspartner hinausgehender Haftungsumfang ist nur möglich, wenn dem Dritten erkennbar war, daß er auch Schäden der Arbeitnehmer seines Kontrahenten werde tragen müssen und er sich ohne Zweifel darauf einstellen konnte.¹⁷ In diesem

¹⁷Vgl. Helm AcP 161/517 (524).

Zusammenhang ist aber zu beachten, daß der Dritte nicht besser gestellt sein soll, weil der Vertragspartner zur Erfüllung seiner Vertragspflichten seine Arbeitnehmer heranzieht, und daß die Mitarbeiter des Unternehmers nach außen nicht schlechter gestellt sein sollen als der Unternehmer selber¹⁸.

Hat sich der Dritte in einer Vertragsklausel von seiner Haftung gegenüber dem Unternehmer freigezeichnet, so werden damit auch die vertraglichen Rechte der Arbeitnehmer des Unternehmers beschnitten. Der Arbeitnehmer leitet seine vertragliche Schutzposition alleine aus der Stellung seines Arbeitgebers gegenüber dem Dritten her. Deshalb kann er keine größeren Rechte haben als jener. Neben den Vorteilen muß er auch die Nachteile auf sich nehmen. Eine Härte liegt darin nicht, denn andere als diese vertraglichen Ansprüche der Arbeiter können durch eine Vereinbarung zwischen dem Unternehmer und dem Dritten nicht abgeschnitten werden, und auch diese können nicht abbedungen werden, soweit sie sich auf eine Verletzung des § 618 BGB durch den Dritten stützen; denn diese Bestimmung ist nach § 619 BGB zwingendes Recht.

Im übrigen aber muß der Arbeitgeber in der Gestaltung seiner Vertragsverhältnisse frei sein, solange er nicht bewußt zum Nachteil seiner Bediensteten handelt.

Die Ausnutzung einer Monopolstellung durch den Dritten bei Ausgestaltung der Vertragsbedingungen könnte allerdings den Einwand unzulässiger Rechtsausübung nach sich ziehen.

¹⁸Schnorr von Carolsfeld, Arbeitsrecht S. 295.

II. Ansprüche des Dritten gegen den Unternehmer

Wenn der Sozialversicherungsträger nicht aus § 640 RVO vorgeht, sei es, daß er nicht will, sei es, daß er nicht kann, weil der Unternehmer bzw. der Betriebsangehörige nicht grobfahrlässig handelte, so wird er Ersatz vom Dritten über § 1542 RVO fordern. Daneben sieht sich der Dritte auch den Ansprüchen ausgesetzt, die nicht auf den Versicherungsträger übergegangen, sondern beim Verletzten verblieben sind.

Den Dritten und den Unternehmer verbinden vertragliche Beziehungen. Ein Vertrag bringt für beide Teile Sorgfaltspflichten mit sich. So beinhaltet beispielsweise ein Werkvertrag nicht nur für den Besteller die Pflicht, die Räume, in denen der Werkunternehmer mit seinen Arbeitern den vereinbarten Erfolg erbringt, sicher zu halten; er beinhaltet auch die Pflicht für den Werkunternehmer, die Arbeiten so auszuführen oder ausführen zu lassen, daß dem Besteller aus der Ausführung keine Schäden entstehen¹⁹. Wenn der Verkäufer den Verkaufsgegenstand zum Besteller bringt, so hat er ihn so abzuliefern, daß nicht der Besteller anlässlich der Übergabe Schaden erleidet.

Ein Vertrag begründet nicht nur die Pflicht zu gehöriger Leistung, sondern darüber hinaus auch die Schutzpflicht, den Vertragspartner bei der Abwicklung des Schuldverhältnisses vor Schädigungen zu bewahren, die sich vermöge der durch die Sonderbeziehungen begründete Einwirkungsmöglichkeit auf den fremden Rechtskreis ergeben können²⁰.

¹⁹RGZ 175/282.

²⁰BGH VersR 59/698; Enneccerus-Lehmann § 551 S. 234; BGB-RGRK Anhang zu § 326 Anm. 1.

Aus der Verletzung solcher Pflichten erwachsen dem Dritten vertragliche Schadenersatzansprüche. Der Schaden kann auch darin bestehen, daß der Dritte Ersatz für den Tod oder für Verletzungen von Arbeitnehmern des Vertragspartners leisten muß.

1. Der § 636 RVO steht dem Ersatzanspruch nicht entgegen

Der Geltendmachung dieses Schadenersatzanspruches steht die in § 636 RVO normierte Haftungsprivilegierung des Unternehmers nicht entgegen. Der Anspruch, den der Dritte geltend macht, ist kein Ausgleichsanspruch, sondern ein eigener Anspruch aus positiver Vertragsverletzung. Er beinhaltet nicht einen Schaden des Verunglückten. Ein Ersatzanspruch des Verunglückten ist durch die Leistung des Dritten an ihn oder an den Versicherungsträger gemäß § 362 BGB durch Erfüllung untergegangen. Der Dritte fordert Ersatz für einen Vermögensnachteil, der ihm infolge der Vertragsverletzung entstanden ist. Zwar stehen die - teilweise nach § 1542 RVO auf den Versicherungsträger übergegangenen - Haftpflichtansprüche des Verletzten in wirtschaftlichem Zusammenhang, jedoch nicht in rechtlichem. Denn ohne den Vertrag fehlte dem Anspruch jede rechtliche Grundlage, wie in § 6 und § 7 dargelegt wurde. Das den Schaden verursachende Ereignis ist die Heranziehung des Dritten durch den Verletzten oder den Sozialversicherungsträger. Eine positive Vertragsverletzung durch den Unternehmer wäre ja auch möglich, ohne daß einer seiner Bediensteten verletzt würde. Es besteht kein Anlaß, den Unternehmer deshalb nicht für eine Verletzung seiner Vertragspflichten heranzuziehen, weil diese die Beeinträchtigung der körperlichen Integrität eines seiner Arbeitnehmer zur Folge hatte. Eine gegenteilige Ansicht würde zu der unannehmbaren Konsequenz zwingen, daß die Durchsetzung der Vertragsansprüche

des Dritten gegen den Unternehmer von einem für das Vertragsverhältnis völlig belanglosen Umstande abhänge, nämlich davon, ob der gemeinsam verursachte Unfall einen Arbeitnehmer oder einen Betriebsfremden getroffen hat²¹. Der § 636 RVO verhindert die Entstehung von Schadenersatzansprüchen des Verletzten gegen den Unternehmer, mag die Verletzung des Arbeitnehmers auch daraus entstanden sein, daß der Unternehmer seine ihm gegenüber nach § 618 BGB obliegenden Pflichten versäumt hat²². Etwas ganz anderes ist die Verpflichtung des Unternehmers Dritten gegenüber, ihn im Rahmen des Vertrages von Schaden freizuhalten. Der § 636 RVO stellt den Unternehmer dann nicht von einer Haftung frei, wenn er als Vertragspartner eines Dritten schuldhafterweise Schadenersatzansprüche seiner eigenen Arbeitnehmer gegen diesen verursacht²³. Ein etwa nach § 640 Abs. 2 RVO erklärter Verzicht des Versicherungsträgers hätte auf diese Ansprüche keinen Einfluß, weil der Versicherungsträger keinen Einfluß auf die vertraglichen Beziehungen zwischen dem Unternehmer und dem Dritten nehmen kann.

²¹RGZ 175/181; BGH VersR 59/698.

²²RGZ 84/415.

²³Dies ist ständige Rechtsprechung: RG JW 38/2976; RG DR 40/1434; RGZ 157/282; BGH VersR 52/343; mit dem dort zit. Urteil RGZ 157/342 vom 20. 4. 38 dürfte wohl das Urteil vom 26. 4. 38 in RGZ 175/282 gemeint sein); BGH VersR 57/44; BGH VersR 57/431; BGH VersR 58/196; BGH VersR 59/698; OLG Stuttgart VersR 56/563; OLG München VersR 58/115; RVO-Gesamtkommentar § 636 Anm. 3 und § 1542 Anm. 8 d bb; Geigel S. 872 RdNr. 100; Lauterbach § 636 Anm. 7; Höring VersR 51/111; Wussow TZ 1974; Gunkel S. 41; im Urteil des OLG Stuttgart ist gesagt, für die Entscheidung sei beachtlich, daß der BGH im Fall des vereinbarten Haftungsausschlusses den Ausgleichsanspruch eines Dritten nicht versagt habe, weil der Haftungsausschluß nur zwischen den ihn Vereinbarenden wirke. Dieser Gesichtspunkt ist aber gerade nicht beachtlich, denn § 636 RVO verhindert auch eine Beanspruchung des Unternehmers wegen eines Arbeitsunfalles seines Arbeitnehmers, die auf dem Umwege über den Ausgleichsanspruch eines Dritten kommt, s. o.S.69 Allein maßgebend sind die vertraglichen Beziehungen zwischen Unternehmer und Dritten.

2. Kritik der Gegenmeinungen

Die Fürsorgepflicht und bei ihrer Verletzung die Schadenersatzpflicht folgt aus dem Vertrag unmittelbar. Es ist deshalb für die Entstehung der Schadenersatzansprüche nicht nötig, daß in besonderen Vereinbarungen die Haftungsübernahme durch den Unternehmer geregelt wurde²⁴.

Kersting²⁵ ist der Ansicht, ein Schadenersatzanspruch des Dritten gegen den Unternehmer verstoße nur dann nicht gegen dessen in der RVO bestimmtes Haftungsprivileg, wenn seine Haftungsübernahme ausdrücklich vereinbart war. Denn, volenti non fit iniuria. Die gegenseitigen Rechte und Pflichten der Parteien aus dem Vertrag könnten nicht Grundlage des Anspruchs sein. Kersting übersieht, daß aus der Verletzung einer vertraglichen Pflicht ein unmittelbarer Ersatzanspruch des Dritten aus positiver Vertragsverletzung entspringt, der mit einem Schadenersatzanspruch des Verletzten gegen den Unternehmer nichts gemein hat. Wenn das RG den Anspruch schon aus dem bürgerlichrechtlichen Verhältnis zwischen den Parteien für begründet ansieht, so meint es damit nicht, wie Kersting es versteht, daß § 636 RVO bürgerlichrechtliche Ansprüche nicht ausschließe; es meint, daß aus dem Vertrag ein eigener Anspruch des Dritten sich herleitet, der ein anderer ist, als der, den § 636 RVO ausschließt²⁶.

²⁴RGZ 157/282; Höring VersR 51/111; das RG begründet sein Urteil allein aus den Vorschriften des bürgerlichen Rechts und sagt, es komme auf die oben im zweiten Beispiel erwähnten besonderen Haftungsvereinbarungen gar nicht an. Auch den übrigen in Fußn. 21 zit. Entscheidungen lagen fest durchweg Fälle zugrunde, bei denen die Vertragspartner eine besondere Haftungsverteilung nicht vereinbart hatten.

²⁵JW 38/1958 in einer Anm. zu RG JW 38/1956 = RGZ 157/282.

²⁶RG JW 38/2976 und RG DR 40/1434 verwerfen ausdrücklich Kerstings Ansicht.

Auch Seitz²⁷ will einen Ersatzanspruch des Dritten nur anerkennen, wenn sich der Unternehmer besonders verpflichtet habe, den Dritten von fremden Schadenersatzansprüchen freizustellen. Angesichts der Vertragsfreiheit könne dies auch nicht als Verstoß gegen ein gesetzliches Verbot oder gegen die guten Sitten gewertet werden. Den Anspruch direkt aus Vertrag herzuleiten, sei unbefriedigend, weil das eine Umgehung des § 636 RVO bedeute. Wenn der Dritte die Forderung des Verletzten und des Versicherungsträgers befriedige, gingen auf ihn die Ansprüche über. Da dem Geschädigten wegen § 636 RVO keine Ansprüche gegen den Unternehmer zustünden, könnten sie auch nicht übergehen, und gegen ihn geltend gemacht werden. Seitz verkennt, daß der Dritte keine Ansprüche des Verletzten gegen den Unternehmer geltend macht. Die Schadenersatzforderungen des Verletzten gehen durch Erfüllung unter, wenn der Dritte sie befriedigt²⁸. Sie können schon deswegen gar nicht auf ihn übergehen. In den wirtschaftlichen Auswirkungen allerdings bedeutet der Schadenersatzanspruch des Dritten, daß der Unternehmer teilweisen Ersatz leisten muß, weil einer seiner Arbeiter verunglückt ist. Aber rechtlich wird nicht für einen Schaden des Verletzten gehaftet, sondern für einen Schaden des Vertragspartners.

Reinhardt und Schulz²⁹ wollen unter keinen Umständen zulassen, daß der Unternehmer mit Ersatzansprüchen überzogen wird. Zwar bestünden Ansprüche des Dritten aus positiver Vertragsverletzung. Aber der verletzte Arbeitnehmer handele pflichtwidrig, wenn er es dazu kommen lasse, daß der Dritte solche Ansprüche erheben kann. Denn

²⁷S. 265 f.

²⁸BGH VersR 59/698.

²⁹JuS 61/2 (8).

in § 636 RVO sei das Gebot billiger Rücksichtnahme auf den andererseits in weitem Umfang Unfallschutz leistenden Unternehmer konkretisiert, und daran müsse sich auch der verletzte Arbeitnehmer halten.

Diese Ansicht würde eine unbegründete Schlechterstellung des Verletzten mit sich bringen. Hat der Unternehmer alleine den Unfall verursacht, so sind dem Verletzten über die Versicherungsleistungen hinausgehende Forderungen abgeschnitten. Hat ein Dritter, der mit dem Unternehmer in keinerlei vertraglichen Beziehungen steht, den Unfall verursacht, so entsteht dem Verletzten der Vorteil, daß er seinen gesamten Schaden ersetzt bekommt, weil seine Ansprüche gegen den Dritten durch nichts beschränkt sind. Sind der Dritte und der Unternehmer durch einen Vertrag verbunden, so darf es dem Verletzten nicht zum Nachteil gereichen, daß einmal zwei statt einer seine Verletzung verursacht haben, und daß zum anderen die beiden vertraglich verbunden sind. Der Verletzte soll ja andererseits durch einen solchen Vertrag gerade besonders begünstigt sein. Auch ist zu bedenken, daß der größere Teil des Schadensersatzanspruches des Verletzten regelmäßig auf einen Versicherungsträger übergeht. Der Versicherungsträger ist aber nicht durch Rücksichtnahme auf den Unternehmer beschränkt, aus § 1542 gegen den Dritten vorzugehen. Er könnte ja, wenn die Voraussetzungen des § 640 RVO vorliegen, direkt vom Unternehmer selbst Regreß verlangen. Im übrigen müssen die Versicherungsträger Ansprüche gegen Dritte wegen § 14 Abs. 1 des Selbstverwaltungsgesetzes in Verbindung mit §§ 1804, 1833 BGB realisieren.

Möller³⁰ wendet sich ebenfalls gegen ein stillschweigendes pactum de non petendo; aber auch er möchte

³⁰JuS 61/10 (12).

vermeiden, daß der Dritte Ansprüche gegen den Unternehmer durchsetzen kann. Er schlägt vor, - zumindest für den Werkvertrag -, den Werkunternehmer und den Besteller, in dessen Räumen der Werkerfolg zu erbringen ist, als "Werkgemeinschaft" anzusehen und so dem Besteller auch den Schutz des § 636 RVO zu gewähren.

Dies geht jedoch nicht. Das Haftungsprivileg des § 636 RVO ist eine tiefgreifende Durchbrechung des allgemeinen Haftungsprinzips, das nicht ausgedehnt werden kann. Es kann nur dem Unternehmer zustehen. Wer Unternehmer ist, ist in § 658 Abs. 2 RVO bestimmt. § 636 RVO schützt nicht den, bei dem der Versicherte im Auftrage seines Arbeitgebers Arbeiten ausführt³¹; es sei denn; der Besteller des Werkes ist ausnahmsweise Leihunternehmer, weil der Verletzte bei seiner Tätigkeit in das Unternehmen des Bestellers in der Art eines eigenen Arbeitnehmers eingegliedert war. An einer Eingliederung wird es indessen gewöhnlich fehlen, wenn sich die beiden Unternehmer als Käufer und Verkäufer, als Besteller und Lieferer oder sonst in anderer Weise als Vertragskontrahenten gegenüberstehen³².

3. Einwendungen

Der Vertragspartner, der vom Unternehmer Schadensersatz für seine Vermögenseinbuße verlangen kann, hat keinen Schaden erlitten, soweit den verunglückten Arbeiter selber ein Verschulden trifft. Denn insoweit minderte sich sowohl der eigene Anspruch des Verletzten gegen den Dritten nach § 254 BGB als auch der auf den Versicherungsträger nach § 1542 RVO übergegangene Anspruch nach §§ 254, 412, 404 BGB³³. Der Unternehmer braucht dem Dritten nicht für ein Verschulden des verunglückten Arbeiters einzustehen.

³¹RGZ 82/111; BGH VersR 60/426; Stiegler S. 10; Lauterbach § 636 Anm. 13 und 50.

³²Vgl. Lauterbach § 636 Anm. 53 und 54.

³³Vgl. OLG Stuttgart VersR 56/563.

Wohl muß er im Rahmen des § 278 BGB für ein Verhalten seiner anderen Bediensteten haften, die den Unfall schuldhaft mitverursacht haben.

Eigenes Verschulden oder das derjenigen Personen, deren er sich zur Erfüllung seiner vertraglichen Pflichten bedient, muß der Dritte nach § 254 BGB oder §§ 278, 254 BGB sich entgegenhalten lassen.

Es können auch im Vertrag zwischen dem Unternehmer und dem Dritten abweichende Haftungsvereinbarungen getroffen sein, insbesondere in allgemeinen Geschäftsbedingungen. Dann richtet sich die Haftung nach diesen. Hat sich der Unternehmer von seiner Haftung freigezeichnet, so hat der Dritte keinen Anspruch. Hat der Unternehmer die Haftung für Schäden des Dritten übernommen, so kann dieser seinen gesamten Schaden geltend machen. Jedoch kann die Berufung auf solche Regelungen unter Umständen rechtsmißbräuchlich sein. So, wenn der Ersatzberechtigte ein grob unsachgemäßes Verhalten untergeordneter und nicht sachkundiger Arbeiter bemerkt und es grundlos nicht unterbunden hätte³⁴. Unzulässige Rechtsausübung kann auch vorliegen, wenn der Dritte seine Monopolstellung ausnützt, um den Unternehmer zu einer unbedingten Haftungsübernahme zu zwingen; etwa, wenn die Bundesbahn einem Industrieunternehmen einen Bahngleisanschluß nur einrichten will, wenn die Haftung für sämtliche in Zusammenhang mit dem Bahnbetrieb entstehenden Unfälle unabhängig vom jeweiligen Verschulden übernommen wird³⁵.

Hat ein Betriebsangehöriger des Verletzten den Unfall mitzuvertreten, so kann der Dritte über § 278 BGB den Unternehmer selbst in Anspruch nehmen. Ist das nicht möglich,

³⁴Vgl. BGH VersR 56/663.

³⁵Seitz S. 266.

weil der Unternehmer sich von seiner Haftung freigezeichnet hat, so kann der Betriebsangehörige selber nicht belangt werden: ein deliktischer Anspruch besteht wegen des Vermögensschadens nicht, den der Dritte infolge seiner Leistungen an den Versicherungsträger erlitten hat; er würde auch an § 637 RVO scheitern. Ein vertraglicher Anspruch besteht ebenfalls nicht. Vertragspartner des Dritten ist der Unternehmer, nicht dessen Bedienstete. Gegen diese kann kein eigener vertraglicher Anspruch des Dritten entstehen, wenn sie bei Erfüllung ihrer Arbeiten dem Dritten einen Schaden zufügen, der sich ihm als Schaden infolge der Verletzung einer Sorgfaltspflicht seitens des Unternehmers darstellt. Die Bediensteten eines Vertragsteiles haben dem anderen Vertragsteil gegenüber keine eigenen vertraglichen Sorgfaltspflichten. Sie werden nur innerhalb der vertraglichen Pflichten ihres Arbeitgebers tätig.

L e b e n s l a u f

Am 27. April 1939 wurde ich in Augsburg als Sohn des Kaufmanns Adalbert K. Wiest und seiner Ehefrau Eugenie geb. Leidig geboren.

Nach dem Besuch der Volksschule in Westheim/Schwaben trat ich 1949 in das Humanistische Gymnasium bei St. Stephan in Augsburg über. Dort legte ich im Juli 1958 die Reifeprüfung ab.

Ich studierte an den Universitäten München und Erlangen Rechtswissenschaft. Am 7. Januar 1963 bestand ich das erste juristische Staatsexamen vor dem Prüfungsausschuß der Universität Erlangen. Nach dem Vorbereitungsdienst als Rechtsreferendar im Oberlandesgerichtsbezirk Nürnberg legte ich am 7. November 1967 die zweite juristische Staatsprüfung ab.

